

- SPD im Zwiespalt
- Wende der Tarifpolitik?
- Diskussion in der PDS
- Wirtschaft in Kuba
- Stasi-Diskussion
- SPD im Baltikum
- Zerstückerungsstrategie?
- Osrab – Narva
- Kampf um DT 64

Arbeiterpolitik

33. Jahrgang
 Nummer 1
 22. März 1992
 DM 4,-

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Gegensätze zwischen Ost und West

Sozialdemokratische Politik im Zwiespalt

Die bürgerlichen Kreise der Bundesrepublik haben große Probleme. Zur Zeit müssen Jahr für Jahr zwischen 150 und 200 Mrd. DM für den »Wiederaufbau« der Wirtschaft in der ehemaligen DDR aufgebracht werden. Diese Zahl ergibt sich, wenn man den Verbrauch (1991 ca. 360 Mrd. DM) in Bezug zum dort erwirtschafteten Bruttosozialprodukt (1991 ca. 190 Mrd. DM) setzt. Das bedeutet, daß bei einem deutschen Bruttosozialprodukt von ca. 2800 Mrd. DM ein mehrprozentiges Wachstum allein für diese »Transferleistungen« nötig ist. Bei einem erwarteten Wachstum von nur 2% für Westdeutschland, auf das 93% des gesamten BSP entfallen, wird 1992 also eine Umverteilung von West nach Ost stattfinden, die für die Bevölkerung in Westdeutschland ein reales Minus zur Folge haben wird.

Das bringt vor allem die SPD in ein Dilemma. Da der »Wiederaufbau« unter kapitalistischen Vorzeichen stattfindet, können die Kosten nicht zu Lasten der Unternehmen gehen, die man vielmehr im Gegenteil mit allen möglichen Vergünstigungen zu Investitionen bewegen will. Die erforderlichen finanziellen Mittel müssen also von der Masse der Lohnabhängigen aufgebracht werden. Politiker wie Lambsdorff fordern dann auch folgerichtig Nullrunden in der Tarifpolitik. Bürgerliche Kommentatoren wie Hans Mundorf vom Handelsblatt sprechen davon, daß der Staat ebenso wie auch die Gewerkschaften begreifen müßten, daß im Westen der Gürtel enger geschnallt werden müßte und das Steigen des Lebensstandards im Osten langsamer gehen werde als erhofft. Der Maßhalteappell für die ehemaligen DDR-Bürger wird von Mundorf mit dem Hinweis garniert, daß sie ohne die Wiedervereinigung schließlich »das Schicksal z. B. von Russen und Ukrainern teilen« (Handelsblatt vom 11.2.92) müßten. Auch die westlichen Wirtschaftsinstitute stimmen in den Chor ein. So sagt das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn voraus, daß auch »unter Bedingungen kräftigen Wirtschaftswachstums ... die Verteilungskämpfe in Westdeutschland in den 90er Jahren im wesentlichen Kämpfe um die Verteilung von Einkommensverlusten sein« werden. Die westdeutsche Erwerbsbevölkerung müßte dann von den Tarifparteien trotz sinkender Realeinkommen zu »immer neuen Produktivitätssteigerungen« (Handelsblatt vom 11.2.92) motiviert werden.

Das Dilemma, in das die SPD durch diese Entwicklung gestürzt wird, besteht darin, daß sie die Positionen der genannten Politiker, Journalisten und Wissenschaftler im Grundsatz teilt, ihre Mitglieder, Anhänger und Wähler aber allenfalls z.T. bereit sind, die dafür erforderlichen Opfer zu bringen. Außerdem, und das verschärft die Situation, sind die Erwartungen, die Mitglieder und Wähler im Westen in SPD und Gewerkschaften setzen – sofern noch Erwartungen bestehen und diese nicht in sog. »Politikverdrossenheit« umgeschlagen sind –, vielfach gänzlich andere als die, die von denen im Osten gehegt werden. Wäh-

rend erstere die finanziellen Belastungen, die aus dem Programm »Wirtschaftsaufschwung Ost« in Form von Steuererhöhungen, Preissteigerungen oder unzureichenden Tarifabschlüssen resultieren, möglichst weitgehend abwehren möchten, sehen viele Einwohner der früheren DDR das aus einer wenigstens teilweise gegensätzlichen Perspektive.

Denn sie sind von den Steuererhöhungen zwar ebenfalls direkt und von schlechten Tarifabschlüssen im Westen zumindest indirekt betroffen, hoffen aber z.T. zurecht, z.T. zu Unrecht darauf, daß die damit verknüpften Einbußen durch die »Transferleistungen« aus dem Westen mehr als ausgeglichen werden. Sie sehen bei den Maßnahmen, deren unmittelbare Finanzierung nach der Zerstörung der DDR-Wirtschaft vor allem die westdeutsche Bevölkerung zu tragen hat, während die Mehrzahl der ehemaligen DDR-Bürger die Kosten vor allem in Form drohender oder schon vorhandener Arbeitslosigkeit zu spüren bekommt, nicht nur die Seite des Verlustes, sondern auch die einer Chance, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Insofern existiert in dieser Frage z.T. ein objektiver Interessengegensatz zwischen ihnen und der Bevölkerung in Westdeutschland. Unter den herrschenden Verhältnissen müssen die meisten ehemaligen DDR-Bürger auf »Transferleistungen« von Seiten der Lohnabhängigen aus dem Westen hoffen. Denn da eine Umverteilung von oben nach unten derzeit nicht zur Debatte steht, vielmehr das Gegenteil stattfindet, um den Unternehmen das Investieren in den neuen Bundesländern schmackhaft zu machen, muß eine Umverteilung von West nach Ost von der Masse der normalen Beschäftigten getragen werden.

In welcher großen Probleme dies die SPD bringt, zeigt die Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Im Westen mußte sie sich, obwohl viele Landesregierungen die zusätzlichen Einnahmen dringend benötigen (s. das Verhalten des niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder), letztlich dem Unmut der Stammwählerschaft beugen. Sie stand als die traditionelle Partei des »kleinen Mannes« unter dem Druck, die unter den gegebenen Bedingungen mit dem Programm »Aufschwung Ost« verbundenen finanziellen Belastungen für die Masse der Bürger als unsozial anprangern und im Falle der Mehrwertsteuererhöhung auch ablehnen zu müssen. Im Osten dagegen waren die Erwartungen anders. Zwar gilt die SPD nach der Enttäuschung über die CDU auch hier als Partei des »kleinen Mannes«. Viele Menschen sehen in der Steuererhöhung aber weniger eine Belastung als vielmehr eine Möglichkeit, von den damit verknüpften »Transferleistungen« zu profitieren. Der Ministerpräsident von Brandenburg Stolpe hat deshalb letzten Endes auch zugestimmt. Er brachte die Hoffnung der Mehrheit seiner Wähler damit wohl zutreffend zum Ausdruck. Das gesplante Abstimmungsverhalten der SPD-regierten Länder im Bundesrat zeigt die Spaltung der Partei, die auf die unterschiedlichen

Lebensverhältnisse und -perspektiven in Ost und West zurückzuführen ist. Die traditionelle Rolle als Partei des »kleinen Mannes« ist nicht mehr so wie früher haltbar.

In der alten Bundesrepublik war es für die SPD möglich, sich trotz der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft noch als Anwalt der breiten Masse aller Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten, vom gutverdienenden Angestellten und Facharbeiter bis zum Arbeitslosen, darzustellen. Die Basis ihrer Politik bildete die relativ privilegierte Stellung, die ihre Stammwähler aus der Arbeiterklasse der überlegenen Stellung der westdeutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt verdankten. Die SPD konnte sich als Vertreterin der kleinen Leute in der Bundesrepublik geben und zugleich der Politik des Kapitals in den wesentlichen Punkten zustimmen, weil trotz aller Tendenzen zur sog. 2/3-Gesellschaft ein erheblicher Teil der Verteilungskonflikte auf Kosten der Bevölkerung in weniger »leistungsfähigen« Ländern innerhalb und außerhalb Europas zu entschärfen war. Das ist heute nicht mehr so einfach, weil ein entscheidender Teil des Verteilungskampfes jetzt zwischen den »kleinen Leuten« in West und Ost stattfindet. Der irische, portugiesische oder gar der brasilianische Arbeiter, Bauer oder Tagelöhner konnte der SPD egal sein, weil seine Opfer ihre Wahlchancen nicht negativ beeinflussten. Bei den Beschäftigten und Arbeitslosen in Ostdeutschland sieht das anders aus. Sie sind ebenso wie die meisten im Westen der BRD potentielle Wähler. Somit bleibt der Volkspartei SPD nichts anderes übrig, als eine Schaukelpolitik zu betreiben, die in ihren Aussagen je nach Lage und Ort mal so, mal so ausfällt. Da ein solches Taktieren die realen Opfer aber nicht verhindern kann, nützt sie der SPD auch nur wenig. Sie bietet ein Bild der Zerrissenheit, Perspektivlosigkeit und Handlungsunfähigkeit - konsequenter Ausdruck der realen Situation.

Für die Gewerkschaften stellt sich die Situation etwas anders dar. Noch ist dem bundesdeutschen Kapital daran gelegen, den »sozialen Frieden« als entscheidenden Konkurrenzvorteil im internationalen Wettbewerb nicht auf's Spiel zu setzen. Wie die Stahltarifrunde zeigt (vgl. Artikel zur Stahltarifrunde), besteht auf Seiten der Arbeitgeber zwar ein großes und stetig wachsendes Interesse an deutlichen Einschnitten zu Lasten der Beschäftigten, das Risiko einer massiven Auseinandersetzung aber scheuen sie, zumal sie die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor zukünftig gerade in den neuen Bundesländern noch brauchen werden. Deshalb verlaufen die Tarifrunden, oberflächlich gesehen, weitgehend immer noch nach denselben Gesetzmäßigkeiten wie vor dem Anschluß der DDR. Die Umverteilung findet zur Zeit vorrangig durch staatliche Maßnahmen statt, noch nicht durch Tarifabschlüsse.

Die Tarifpolitik bleibt aber nicht völlig unbeeinflusst. Damit die Steuererhöhungen nicht auf die Forderungen durchschlagen, werden von den Gewerkschaftsvorständen klare Richtlinien für die Tarifforderungen ausgegeben.

In nachstehenden Buchhandlungen werden die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren der GFSA angeboten: • **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Str. 14-16 • **Berlin-West:** »Bücherstube Marga Schoeller«, Knesebeckstr. 33 • **Bielefeld:** »Eulenspiegel« Buchladen, Hagenbruchstr. 9 • **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstr. 46 • **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstr. 65b • **Dresden:** »Der kleine Buchladen«, Haus der Begegnung, Franz-Liszt-Str. 13 • **Frankfurt/Main:** »Frankfurter Fachbuchhandlung« M. Kohler, Roßmarkt 10 • **Gießen:** Buchhandlung »Kleine Freiheit«, Bismarckstraße • **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 • **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstr. 10a • **Hamburg:** Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Paulinenplatz 15 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Schulterblatt«, Schulterblatt / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße • **Hanau:** Bücherstube »Dausion«, Am Freiheitsplatz 6 • **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 • **Lüneburg:** »F. Delbano«, Bessemerstr. 3 • **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstr. 120 • **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstr. 3

So verkündete der IGM-Vorsitzende Steinkühler schon zu Beginn der organisationsinternen Diskussion über die Metall-Tarifrunde 92 und noch vor den Beschlüssen der Vertreterversammlungen, daß eine zweistellige Forderung dieses Jahr nicht drin sei. Allem Gerede von einer demokratischen Entscheidungsfindung zum Hohn wird die Tarifpolitik immer zentralisierter. Der Stahlabschluß markiert einen neuen vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung. Die enorme Zentralisierung scheint den Vorständen erforderlich zu sein, um die von ihnen im Grundsatz akzeptierte Umverteilung für den »Wirtschaftsaufschwung« im Osten gegenüber der eigenen Basis durchzusetzen. Denn obwohl die Gewerkschaftsmitglieder in der Mehrheit gewisse Opfer für den Osten der Republik zu bringen bereit sind, ist der ihnen abverlangte Verzicht in ihren Augen doch zu groß. Sie wehren sich zwar nicht massiv dagegen, ob sie sich bei eventuellen Abstimmungen aber einfach an die Vorstandslinie halten werden, erscheint nicht sicher. Deshalb bauen die Vorstände mit einer weiteren Zentralisierung der Tarifpolitik vor.

Dies erscheint umso nötiger, als der tatsächliche Preis der Einheit erst in Zukunft zu entrichten sein wird. Denn die derzeit schon spürbaren Belastungen sind nur ein Vorläufer. Im Augenblick werden die Kosten zum größten Teil durch die rapide steigende Staatsverschuldung gedeckt. Diese Strategie ist aber nicht mehr allzu lange durchhaltbar. Es ist damit zu rechnen, daß die unmittelbaren Belastungen schon bald stark zunehmen werden, dem einzelnen Beschäftigten sehr viel stärker in die Tasche gegriffen werden wird als jetzt. Die Bevölkerungsmasse im Westen der Republik wird die realen Kosten der »Wiedervereinigung« dann auch bei den Tarifabschlüssen sehr viel mehr spüren als bisher (neben stärker steigenden Steuern, Preisen etc.). Gleichzeitig wird die Lage für viele ehemalige DDR-Bürger weiterhin durch Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung weiter Landstriche und die Zerstörung der meisten sozialen Beziehungen geprägt sein. Auf diese Zuspitzung der Lage in West und Ost bereiten sich die Gewerkschaftsapparate zur Zeit vor. 4.3.92 ■

INHALT

Sozialdemokratische Politik im Zwiespalt	1
Wende der Tarifpolitik?	3
Der sozialistischen Idee verpflichtet. Die PDS bleibt!	7
Zur Geschichtsdiskussion in der PDS	8
Die aktuelle wirtschaftliche Situation in Kuba	11
Zur Diskussion:	
»Staatssicherheit« – Sozialismus?	19
Aufarbeitung der DDR-Geschichte!?	20
Leserbriefe:	
Zur Rolle der deutschen Sozialdemokratie im Baltikum 1917/18	23
Triumph imperialistischer Zerstückelungsstrategie?	24
Korrespondenzen:	
Erdrutschsieg der Opposition in der Teamstergewerkschaft	27
Westberliner helfen Ostberlinern: Osram – Narva ..	29
Der 9. November 1991 in Halle und seine Hintergründe	32
Power from the East Side	34

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA-Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15

Wende der Tarifpolitik?

Seit dem Herbst vergangenen Jahres kursiert das Schlagwort von der »Wende der Tarifpolitik« in der innenpolitischen Diskussion. Eine »verunglückte« Tarifrunde wie 1990 dürfe sich nicht wiederholen, betonen seitdem Sprecher des Unternehmerlagers, die »führenden« Wirtschaftsinstitute sowie Politiker der Koalition bis weit in das SPD-Lager hinein.

Noch im letzten Jahr bemühten sich die Unternehmer – mit Blick auf die gut gefüllten Auftragsbücher und den künftigen EG-Binnenmarkt – den »sozialen Frieden« nicht anzutasten und Arbeitskämpfe zu vermeiden. Inzwischen ist der Ton jedoch deutlich schärfer geworden. Sicherlich gehört es zum alljährlichen Ritual, angesichts der gewerkschaftlichen Tarifforderungen den Niedergang der deutschen Wirtschaft an die Wand zu malen. Aber in diesem Jahr geht es um etwas grundsätzliches. »Die Zeit ist mittlerweile reif zur Erkenntnis, daß nunmehr, im Jahre 1992 und in den Folgejahren, der Preis für die Wiedervereinigung gezahlt werden muß... 1990 und 1991 waren 'Mogeljahre', konnte die Politik noch die Täuschung aufrechterhalten, als bliebe in der Tarif- und Finanzpolitik noch alles beim alten und wären Opfer für die deutsche Einheit Hirngespinnste von Bedenkenträgern. 1992 aber werden am Baume der Erkenntnis die Früchte reif«, so schreibt das »Handelsblatt¹, und so redet selbst der sonst eher moderat auftretende Bundespräsident. Mit dieser Begleitmusik wurde die Tarifrunde der nordwestdeutschen Stahlindustrie eingeläutet.

Ein kurzer Rückblick:

Die IGM schloß im letzten Jahrzehnt im Stahlsektor immer ein bißchen niedriger ab als in der Metallverarbeitung. Im Laufe von 8 Jahren wuchs die Differenz bei den Löhnen auf etwa 10 % und bei den Gehältern auf etwa 16 %. Im Frühjahr 1988 unterschrieben die IGM und die Stahlarbeitgeber einen Tarifvertrag mit dreijähriger Laufzeit, der die schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 36,5 Wochenstunden auf Kosten massiver Lohnzugeständnisse beinhaltete. Zum 1. 3. 88 sowie zum 1. 9. 89 wurden die Tarife um jeweils 2 % erhöht, für 1990 waren keine Lohnerhöhungen vorgesehen, für 1991 erst nach Ablauf des Tarifvertrages zum 31. 9. 91. Die IGM schloß 1988 zu diesen Bedingungen ab,

1 Handelsblatt vom 11.2.92

2 Der Ecklohn beträgt bei Stahl 14,29 DM, in der Metallverarbeitung 15,24 DM; er ist Berechnungsgrundlage für Tariflöhne und stahltypische Zuschläge.

3 Kurz angemerkt: Diese Unternehmerzahlen sind nicht seriös. Zum einen haben sie sich für verschiedene Produkte sehr unterschiedlich entwickelt, zum anderen sind auch die Rohstoffpreise gesunken.

An alle regelmäßigen Leser der »Arbeiterpolitik«

Die Kosten für die Sachausgaben zur Herstellung unserer Informationsbriefe steigen. Wir müssen deshalb die Preise der Einzelhefte ab Januar 1992 etwas anheben. Das Abonnement kostet statt bisher DM 20,- künftig DM 25,- jährlich.

Der neue Preis deckt bei weitem nicht die Kosten, da wir ohne Anzeigen auskommen wollen. Zur Herausgabe unserer Informationsbriefe sind wir deshalb weiterhin auf Spenden angewiesen. ■

weil eine Verbindung der Tarifrunde mit den Auseinandersetzungen um die beabsichtigte Schließung des Krupp-Stahlwerkes in Rheinhausen unbedingt vermieden werden sollte.

Im Sommer 1988 begann nun – unerwartet für Unternehmer wie IG Metall – ein Stahlboom, der sich mit der Vereinigung Deutschlands noch verstärkte und erst seit dem Sommer 1991 abflaut. Das Rekordjahr 1990 bescherte der Stahlindustrie, allen voran Thyssen, Milliarden Gewinne. In den Stahlbelegschaften regte sich Unzufriedenheit, wurden Stimmen laut, den Tarifvertrag vorzeitig zu kündigen. Die IGM blitze damit erwartungsgemäß beim Unternehmer ab. Nun begann in allen Stahlbetrieben die Diskussion um außertarifliche Sonderzahlungen, die zwar die Unzufriedenheit der Kollegen linderten, aber auch dazu führten, daß sich die Löhne und Gehälter in Stahl und Metall² weiter auseinanderentwickelten. Die außertariflichen Einmalzahlungen des Jahres 1991 zum Beispiel bewegten sich in einer Spanne von 500 DM (Thyssen, Salzgitter) bis nichts (Klößner). Bemerkenswert war hierbei die Begründung bei Klößner: »Zahlen wir 500 DM, seid ihr auch unzufrieden, also zahlen wir euch nichts.«

Aus Unternehmersicht sind die Milliarden Gewinne der letzten drei Jahre heute kein Diskussionsthema mehr: Dieses Geld sei weitgehend investiert worden und stehe damit nicht mehr zur Disposition. Der Blick nach vorn zeige, daß der Stahlverbrauch rückläufig sei, die Stahlpreise im Inland im letzten Jahr um 8 % gefallen seien – im Ausland sogar um 15 %³. Kurz und gut: Die Stahlindustrie gehe – sagen die Unternehmer – harten Zeiten entgegen. Man müsse, obwohl das Jahr 1991 für die meisten Betriebe noch zufriedenstellend verlief, Milliardenbeträge investieren, um international konkurrenzfähig zu bleiben und nach Rechnungen des Unternehmensverbandes in diesem Jahr etwa 6000 Arbeitsplätze abzubauen. Für Tariferhöhungen gäbe es daher keinen Spielraum.

Im September 1991 legten die Gremien der IGM ihre Tarifforderung fest. Zum ersten Mal seit Jahren wurde für die knapp 130 000 Beschäftigten der Stahlindustrie von NRW, Niedersachsen und Bremen eine reine Lohnforderung aufgestellt: 16 Pf./Std. Voraberrhöhung plus 10,5 % Tariferhöhung.

Im Vorfeld der Tarifrunde gab es in den meisten Belegschaften wenig Diskussion. Ein Abschluß in Höhe des Ergebnisses der Metallverarbeitung, also 6,7 %, wurde von den meisten Kollegen als realistisch eingeschätzt und auch erwartet. Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit, selbst ohne nennenswerte Resonanz bei vielen Kollegen, begannen daher die Tarifverhandlungen im Oktober. Die Unternehmer setzten von Beginn an auf Zeitgewinn: In den ersten beiden Verhandlungsrunden legten sie kein Angebot vor. Stattdessen schaltete sich wegen der »gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Streits« der IGM-Vorstand in Person des zweiten Vorsitzenden Zwickel in die Tarifrunde ein und nannte Anfang November öffentlich als realistischere Ziel die Zahl 6,7 %! Dieses »Entgegenkommen« war den Unternehmern sicherlich noch in Erinnerung, als sie in der dritten Verhandlungsrunde am 21. 11. 91 ihr erstes Angebot vorlegten: 100 DM/Monate bis Mai 92, danach Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Auf die Kollegen wirkte dieses Angebot ernüchternd. Für die IGM war es geradezu eine Frage der Selbstachtung, die vierte Verhandlungsrunde am 28. 11. 91 mit Warnstreiks

Nach der Urabstimmung ging dann alles sehr schnell. Die Stimmen waren am 31. 1. 92 ausgezählt, die Informationen darüber einen Tag später, einem Samstag, in den Betrieben. Die Tarifkommission sollte am Montag über weitere Maßnahmen entscheiden und dann erst am Dienstag der IGM-Vorstand. Jetzt wurden die Verhandlungen zur »Chefsache«. Nicht mehr die Verhandlungskommissionen, sondern Kriwet, der inzwischen über die Presse signalisierte, daß eine Einigung noch möglich sei, und Steinkühler führten die Tarifgespräche. Johannes Rau, der Ministerpräsident in NRW, tonte in der Presse, er stehe zur Verfügung, wenn er von beiden Parteien als Vermittler gebeten werde.

Hinter den Kulissen hatte Rau jedoch bereits seit Wochen zwischen Kriwet und Steinkühler vermittelt. Als man am Sonntag, den 2. Februar, den Kompromiß festzurte, war zuvor die Linie zwischen Rau, Kriwet und Steinkühler festgelegt worden. Die Verhandlungsleiter Brockhues und Schmithals saßen lediglich dabei und guckten zu. Ein Prototyp sozialpartnerschaftlicher Lösung.

Das Ergebnis – 5,9 % rückwirkend ab 1. 11. 91, einmalig 175 DM, Erhöhung des Ecklohns um 16 Pf zum 1. 9. 92, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 130 DM sowie die Zusage zur Angleichung der Stahltarife an den heutigen Ecklohn der Metallindustrie am Ende der Laufzeit – lag geringfügig über der Forderung, die die IGM-Verhandlungskommission noch kurz vor der Urabstimmung aufgestellt hatte. Dies überraschte insbesondere Außenstehende. Eine Erklärung lieferte u. a. der DGB-Chef Meyer, der aus seiner Erfahrung als IGBE-Vorsitzender weiß: »Wenn ein Arbeiter für Streik stimmt, ist er über einen Graben gesprungen. Er und seine Familie wissen, was in den nächsten Wochen an Einschränkungen bevorstehen kann. Wenn es dann ein Ergebnis gibt, muß schon deutlich mehr auf dem Tisch liegen, als vor der Urabstimmung geschluckt würde.« Die Reaktionen der Stahlarbeiter auf das Ergebnis waren, obwohl die Unternehmer noch deutlich zugelegt hatten, eher verhalten: Einerseits war man froh, nicht streiken zu müssen, andererseits nahm man enttäuscht zur Kenntnis, wieder einmal niedriger abgeschlossen zu haben als die Metallindustrie 1991.

Die breite Zustimmung der Tarifkommission – 119 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und nur 2 Nein-Stimmen – deuteten aber bereits an, wie schwach aber der Druck aus den Betrieben letztlich war und wie sehr sich die betrieblichen Funktionäre von der IGM-Spitze in die Pflicht nehmen ließen. Dennoch hinterließ die Einmischung des IGM-Vorstandes in die Tarifverhandlungen sowie Steinkühlers Geheimdiplomatie bei vielen Mitgliedern der Tarifkommission den faden Beigeschmack, nur Dekoration oder Handlanger des Apparates zu sein.

Bewußt setzte die IGM-Spitze eine laut Richtlinien nicht erforderliche zweite Urabstimmung an. Es sollte klar werden, wie die Kräfte an der Basis sind, damit nicht allein die Führung für das Ergebnis verantwortlich gemacht werden kann. Ärger machte noch die Dortmunder IGM-Verwaltungsstelle, da die VKL der Hoesch Stahl AG kein eindeutiges Votum zur Zustimmung zum Tarifergebnis abgab, sondern in einem Mobilisierungsflugblatt lediglich schrieb: »*Beteiligt Euch alle an dieser zweiten Urabstimmung! Nur so können wir unsere Stimmung und Meinung zum Ausdruck bringen*«. Auch die VKL Krupp Siegen gab kein eindeutig befürwortendes Votum zum Ergebnis in ihrem Flugblatt ab. Das Ergebnis der zweiten Urabstimmung zeigt: Die Belegschaften nahmen den Tarifabschluß hin. Mit 45% der stimmberechtigten Mitglieder wurde die satzungsgemäße Zustimmung erreicht. Kein rühmliches Ergebnis für die IGM, und Lorenz Brockhues, der IGM-Verhandlungsleiter,

Reallohnverlust und Anrechnung

Die anrechenbare Angleichung des Ecklohnes in zwei Stufen für den 1. 9. 92 und 1. 11. 92 an den der Metallindustrie vom 1. 4. 91 (!) wird von der IGM als Erfolg angesehen. Doch noch nicht mal das ganze Jahr 92 gilt der erhöhte Ecklohn, er wirkt sich positiv erst in der Tarifrunde November 92 aus. Dann ist nur die Ausgangslage für die Tarifierhöhung höher. Außerdem sagen die Unternehmer ganz klar, daß die Eckloohnerhöhung eine Rechengröße ist, die in der Stahl-Tarifrunde vom November 1992 noch einmal verhandelt wird.

Ein zweiter Punkt wird auch noch bei der Vorrechnung verschwiegen: Der Metalltarif steigt mit der jetzt stattfindenden Tarifrunde wieder ab 1. 4. 92. Damit liegen die Stahl-Lohntarife am 1. 11. 92 wieder 7 Monate hinter denen der Metallindustrie zurück. Eine erneute Aufholjagd nach dem Metallabschluß beginnt.

Die Erhöhung des Ecklohnes wird mit eventuell noch vorhandenen übertariflichen Zulagen verrechnet. Real erhöhen sich bei einer Ecklohnanhebung aber die stahltypischen Zulagen wie die Schichtzulage usw., die vom Ecklohn abhängen. Damit ist ohne weiteres etwas erreicht, wenn auch spät.

bemühte sich denn auch, es positiv zu wenden: »*Der relativ hohe Anteil der Nein-Stimmen ist für mich ein eindeutiges Nein der Arbeitnehmer zur tarifpolitischen Wende.*«

Das Kalkül der Unternehmer oder wie geht es weiter ?

Trotz aller rhetorischen Schärfe wollen die Unternehmer die Sozialpartnerschaft nicht aufkündigen. Dennoch blieb nicht alles beim alten. Insofern ist die »Wende in der Tarifpolitik« in der Tat eingeleitet und wird in den nächsten Jahren wohl auch schon in den nächsten Tarifrunden fortgesetzt. »*Dies ist der erste Schritt zu der erforderlichen tarifpolitischen Wende und nicht, wie Kritiker meinen, der Auftakt für eine Lohnrunde, die sich die deutsche Wirtschaft nicht leisten kann... Die Stahlarbeiter bringen also ein Opfer unter Berücksichtigung der unzufriedenen Ertragslage in der Stahlindustrie.*«⁵

Mit diesen Worten kritisierte der Thyssen-Chef Kriwet Mitglieder des Sachverständigenrates und von Gesamtmetall, denen der Lohnabbau nicht schnell genug geht. Letztlich ist es dem Stimmungsumschwung in den Stahlbetrieben im Verlauf der Urabstimmung zu verdanken, daß die Stahlarbeiter »nur« 1 Prozent schlechter abgeschlossen als die Metallarbeiter 1991. Die Unternehmer hatten sich mehr vorgenommen. Aber genauso wichtig wie der Lohnabbau ist ihnen der soziale Frieden im Betrieb und eine IGM, die zumindest von ihren Mitgliedern akzeptiert wird. Immerhin haben sich die Stahlkonzerne für dieses und die folgenden Jahre einiges vorgenommen:

● Der Thyssen-Konzern wird Thyssen-Stahl und Thyssen Edelstahl zusammenlegen. Vorläufige Konsequenz: Mindestens 1000 Arbeitsplätze werden abgebaut. Nach der Inbetriebnahme des zweiten Großhochofens werden drei Hochöfen in Ruhrort stillgelegt: 600 Arbeitsplätze werden abgebaut.

● Krupp/Hoesch: Der Krupp-Aufsichtsrat stimmte mit den Arbeitnehmerstimmen der Hoesch-Übernahme zu. Unter Vermittlung von Johannes Rau wurden zwischen Krupp und IGM »Eckpunkte« festgelegt. Dies bedeutet zunächst

5 Handelsblatt vom 6. 2. 92

Stellenabbau in der Größenordnung von 1800. Unabhängig davon laufen die bereits beschlossenen Stellenabbaupläne in allen Stahlbetrieben weiter.

● Mannesmann kooperiert im Großrohrbereich mit dem französischen Stahlkonzern Usinor/Sacilor, bei nahtlosen Rohren zukünftig mit Hoesch. Auch hier ist ein weiterer Stellenabbau beabsichtigt.

In einem Satz: Die deutsche Stahlindustrie befindet sich mitten in einem Fusions- und Umstrukturierungsprozeß, für den die IGM als Ordnungsmacht gebraucht wird. Aus diesem Grund wollten die Unternehmer die Gewerkschaft nicht völlig brüskieren. Verschiedene Betriebsräte sprechen schon heute aus: Das was uns die Unternehmer über die beabsichtigten 4 % hinaus gegeben haben, holen sie sich bei den Verhandlungen neuer Sozialpläne wieder zurück.

Nachtrag:

Gesondert betrachtet werden muß die Stahlindustrie der Ex-DDR. Sie spielte in dieser Tarifrunde nur eine untergeordnete Rolle. Zwar werden die Löhne der ostdeutschen Stahlarbeiter aufgrund des Tarifvertrages vom März 1991 im April dieses Jahres auf 70 % des Westlohns angehoben, insofern saßen die ostdeutschen Kollegen mit am Tisch. Andererseits sind aber von den ehemals knapp 90 000 ostdeutschen Stahlarbeitern ohnehin nur noch 40 000 übriggeblieben, von denen in diesem Jahr weitere 10 000 entlassen werden. Dies alles ist aber kein Problem der westdeutschen Stahlindustrie, sondern wird, da man sich mit dem Engagement in den neuen Bundesländern zurückhält, auf die Steuerzahler verschoben. Dennoch sei in aller Kürze betont: Auch als Feuerwehr im Osten sind die Gewerkschaften den Unternehmern unentbehrlich, wenngleich deren Autorität am Sinken ist 6.3.92 ■

»Der Sozialistischen Idee verpflichtet. Die PDS bleibt!«

Unter dieser trotzigem Losung versammelten sich am 14. und 15. Dezember 1991 die Delegierten des 2. Parteitag der PDS zu ihrer 3. Tagung. Sie war im Sommer auf Antrag der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen beschlossen worden und sollte sich als offenes Plenum speziell mit der vielbeschworenen Geschichtsaufarbeitung beschäftigen.

Ausgangspunkt für diesen Antrag waren Auseinandersetzungen vor und während der 2. Tagung dieses Parteitages zum Stasi-Thema, in deren Gefolge sich eine »Strömung« aus einigen Vertretern des Parteipräsidiums (Holger Börner, Helga Adler) und selbsternannten »Erneuerern« gebildet hatte. Diese, in der Partei »Strömlinge« genannte Gruppierung, zog sich nun im unmittelbaren Vorfeld und im Verlauf der 3. Tagung des Parteitages aus den Vorständen und z.T. auch aus der Partei zurück, nachdem sie den Versuch, aus der PDS eine »moderne sozialistische Partei« zu machen, als gescheitert ansahen.

Ist die Flucht nicht Ausdruck des fehlenden politischen Inhalts? Was ist unter einer »modernen sozialistischen Partei«, von einer »neuen offenen Form linker Organisationen« (offen für wen und was) zu verstehen? »Konkrete Politik« »links von der SPD« wird eingefordert – bleiben das nicht Leerformeln, von denen Nelken (einer der »Strömlinge«) selbst eingesteht, daß es sich bald »ausgeströmt« hat? Ist es gar Zeichen einer sozialistischen Partei oder Organisation, daß man ein- und austreten kann, je nach Opportunität?

Die 2. Tagung des 2. Parteitages hatte im Sommer den Entwurf eines neuen Statutes angenommen, der inzwischen von den Mitgliedern in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit angenommen wurde. In diesem neuen Parteistatut ist ein Vorstand von 14 bis 18 Genossen vorgesehen, d. h. in der Größe des bisherigen Präsidiums. Der Parteivorstand von bisher über 70 Mitgliedern entfällt danach. Seine Funktion übernimmt teilweise der neugebildete Parteirat, der aus Vertretern der Landesverbände, Arbeits- und Interessengemeinschaften und Plattformen besteht, die von diesen direkt gewählt werden.

Diese Veränderung der Leitungsstruktur sollte eine straffere und wirksamere Führungstätigkeit ermöglichen. Das Statut sah aber vor, diese organisatorischen Veränderungen erst mit dem 3. Parteitag, d. h. irgendwann Mitte/

Ende 1992 wirksam werden zu lassen. Da aber die 2. Tagung des 2. Parteitages wesentlich mitgeprägt wurde von scharfen Auseinandersetzungen zwischen Führungsmitgliedern der Partei, bei denen die inhaltlichen Differenzen und politischen Richtungsunterschiede nicht benannt werden konnten oder wollten, sondern als persönliche Querelen, Rangeleien und »Machtkämpfe« ausgetragen wurden, kamen die Leitungsgremien überein, dem Parteitag schon jetzt die Wahl des neuen, wesentlich verkleinerten Vorstands vorzuschlagen und so die notwendige politische Auseinandersetzung ein weiteres Mal zu vertagen bzw. durch organisatorische Maßnahmen zu umgehen.

Damit wurde diese Tagung des Parteitages zu einem »Personalparteitag«. Die auf der 2. Tagung begonnene Programmdiskussion wurde nicht wieder aufgenommen. Die damals als gleichberechtigt den Parteimitgliedern zur Diskussion unterbreiteten Programmentwürfe (von der Grundsatzkommission, vom Landesverband Thüringen und von der Kommunistischen Plattform) wurden bisher an der Parteibasis wenig diskutiert, z.T. kaum zur Kenntnis genommen, so daß es leicht war, die programmatischen Fragen in den Hintergrund zu drängen.

Für die Vorstandswahl hatte Gregor Gysi gemeinsam mit den Vorsitzenden der Landesverbände Ost einen Vorschlag unterbreitet. Nach ihm sollte die Repräsentanz der Landesverbände West im Vorstand verringert werden, nachdem die Westausdehnung der Partei als gescheitert akzeptiert wurde und die PDS sich als Partei für die Interessenvertretung der ehemaligen DDR-Bürger zu profilieren sucht. Bei vielen Delegierten war allerdings der Eindruck entstanden, daß Gysi versuchte, sich einen handverlesenen, gefügigen Vorstand zusammenzustellen. Von den 18 vorgeschlagenen Genossen wurden dann nur 13 gewählt. Der von Gysi durch direkte Intervention favorisierte Bundesgeschäftsführer fiel knapp durch. An seiner Stelle wurde der ehemalige Hamburger »DKP-Erneuerer« Wolfgang Gehrcke wiedergewählt, der sich bisher in Programmfragen profiliert hatte. Statt der im Wahlvorschlag vorgesehenen drei Genossen aus Westdeutschland wurden fünf in den Vorstand gewählt, dabei vier von ihnen, nachdem sie sich selbst als in der Gewerkschaftsarbeit engagiert und erfahren vorgestellt hatten, unter ihnen der ehemalige »Metall«-Redakteur Moneta. Erstmals ist die Kommunistische Plattform im Parteivorstand vertreten.

Die verschobene Programmdiskussion wurde in anderer Form auf die Tagesordnung gesetzt. Einem Leit Antrag zur Sozialpolitik, eingebracht von einer Arbeitsgruppe des Vorstands, stand ein Antrag der Kommunistischen Plattform zum sozialen Widerstand und zur Gewerkschaftsarbeit gegenüber. Da dieser Antrag aber in sich sehr widersprüchlich formuliert war – Orientierung auf die Organisation sozialen Widerstands, einerseits, und opportunistische Anbiederung an die DGB-Gewerkschaften gepaart mit ihrer weitgehend unkritischen Sicht als Interessenvertreter der Arbeitenden, andererseits – fand sich leicht ein nun schon PDS-typischer Kompromiß: beide Anträge wurden als vorbereitendes Diskussionsmaterial zu einer Konferenz zu diesem Thema bestätigt.

Die Debatten auf dem Parteitag machten allerdings ein Charakteristikum der PDS sehr deutlich. Sie will sich als Partei des sozialen Widerstands profilieren, ist aber in den realen Auseinandersetzungen kaum verankert, zumindestens spielten sie in der Diskussion kaum eine Rolle. Lediglich der 85-jährige bekannte DDR-Schauspieler und Altkommunist Erwin Geschonnek, der sich geweigert hatte, in den Raubkrieg der Faschisten zu ziehen und dafür sechs Jahre KZ auf sich genommen hatte, rief mit seinem Appell zur Wehrdienstverweigerung zu einer konkreten Aktion auf und erhielt dafür begeisterten Beifall der Delegierten, ebenso wie für seine Kritik an dem intellektualistischen Konzeptionsgebastel einiger Vorständler, das er durch unmittelbare Aktionen ersetzt wissen wollte. Den Versuch, konkrete gewerkschaftliche Auseinandersetzungen und soziale Kämpfe in der ehemaligen DDR politisch zu analysieren, unternahm nicht etwa daran beteiligte ostdeutsche PDS-Mitglieder, sondern solche aus dem Westen. So war es überhaupt auffallend, daß über die Politik und Aktivitäten der Gewerkschaften und die Auseinandersetzungen in ihnen kaum diskutiert wurde und wenn, dann von Genossen, die keine eigenen, unmittelbaren Erfahrungen einbringen können.

Die meisten »Wessis«, die vor den Bundestagswahlen in die PDS/Linke Liste kamen, haben schon einige Vereine hinter sich gebracht. Haben sie irgendwann ihre Vergangenheit im Westen kritisch aufgearbeitet, bevor sie denen im Osten »gute« Ratschläge geben? Und kann denn eine Partei, die noch die Niederlage der SED von gestern verkraften muß, den politischen Ansprüchen der Gegenwart entsprechen, wenn ihr die Möglichkeiten der Selbstfindung versperrt werden?

Diese 3. Tagung des 2. Parteitages machte aber auch Entwicklungen der PDS deutlich. Während auf der 2. Tagung im Juni 1991 die Delegierten noch dem »Transformationskonzept« Gysis zustimmten, das auf allmähliche »Demokratisierung« der Gesellschaft unter Ausnutzung der ihr immanenten Entwicklungspotenzen setzt, war davon im Grundsatzreferat Gysis diesmal keine Rede mehr. Gysi sprach vielmehr davon, daß die PDS in Opposition stehe nicht zur Regierung, sondern zu der kapitalistischen Gesellschaft, die sie überwinden will und stellte dabei das System der Lohnarbeit generell in Frage. Er spiegelte damit die in der Partei insgesamt durch die realen Erfahrungen in den Parlamenten, den tagtäglichen politischen und sozialen Auseinandersetzungen vorangeschrittene Desillusionierung über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Parlamentarismus wider. Dabei wird allerdings auch deutlich, daß diese Desillusionierung einhergeht mit einer unveränderten Konzeptionslosigkeit, was Mittel und Wege des Kampfes betrifft. Eine nicht näher ausgeführte »sozialistische Idee« wird hochgehalten, die bestehenden Zustände werden beklagt und die eigene Aktionsunfähigkeit wird konstatiert. Zugleich hat Gysi mit über 93 % der Stimmen sein bestes Wahlergebnis als Parteivorsitzender erreicht,

obwohl er sich bei der Kandidatenvorstellung im Gegensatz zu seinem Referat zu der »Strategie des Transformationskonzepts« als seinem persönlichen politischen Credo bekannte. Dies ist ein PDS-typischer Widerspruch, daß die inhaltliche Weiterentwicklung sich in den Personalfragen kaum widerspiegelt.

Es fehlte auf dem Parteitag auch die Debatte über die Tätigkeit der Parlamentsfraktion. Sabine Fache, Bundestagsabgeordnete der PDS, äußerte in einer Erklärung anlässlich des Freitodes von Dr. Riege: *»Ich versuche über Ursachen nachzudenken. Die Erinnerung an Diskussionen zu diesem Thema in anderen Ländern . . . an die Parteitage zeigen, daß wir über Ansätze nie hinausgekommen sind. Die Unsicherheiten in unseren eigenen Ansprüchen führen zunehmend stärker dazu, daß wir uns die Politik der Herrschenden aufdrücken lassen, ihre moralischen Wertungen übernehmen und uns damit schon wieder opportunistisch verhalten.«*

Diese Tagung des Parteitages demonstrierte auch, daß die PDS in ihren Ansprüchen und in ihrer Selbsteinschätzung anspruchsloser oder realistischer geworden ist. Statt für die PDS den Anspruch auf eine das vereinigte Deutschland gestaltende Rolle zu formulieren, sah der Ehrenvorsitzende Hans Modrow das wichtigste Ergebnis der bisherigen Politik dieser Partei wohl nicht zu Unrecht darin, daß sie noch existiert: *»Die PDS hat bestanden. Es ist nicht gelungen, sie zu zerschlagen.«* Dieses Resultat scheint dann beträchtlich, wenn man in Betracht zieht, wie Modrow den widersprüchlichen Zustand der Partei charakterisierte: Die endlosen Debatten führen nicht zu neuen Ideen und gemeinsamem Handeln.

Die PDS bleibt unter starkem politischen Druck und den Machenschaften der »Treuhänder« und der »unabhängigen« Parteienkommission ausgeliefert. Trotzdem betonte der wiedergewählte Schatzmeister Dietmar Bartsch, daß die wirklichen Gefahren für den Bestand dieser Partei als einer sozialistischen politischen Kraft nicht von außen kommen, sondern in erster Linie von ihr selbst ausgehen. Auch wenn Gysi trotz weiterhin rückläufiger Mitgliederzahlen, insbesondere bei den unter 30-jährigen, meinte, *»Stabilisierungstendenzen in der PDS«* ausmachen zu können, bleibt das Klagen über mangelnde politische Führung und permanente Aktionsunfähigkeit der Partei als Ganzes die vorherrschende Stimmung.

Besonders deutlich wurden die inneren Widersprüche der PDS, ihre politischen Schwächen, in der Geschichtsdebatte, die, statt den eigentlichen Gegenstand dieser Tagung auszumachen wie ursprünglich vorgesehen, auf eine Art Podiumsdiskussion von 21.00 bis 1.00 Uhr am Abend des ersten Beratungstages reduziert wurde. **10.03.92 ■**

Zur Geschichtsdiskussion in der PDS

Ebenso uneinheitlich und zerrissen wie gegenüber den aktuellen Problemen und Aufgaben steht die PDS der Aufarbeitung ihrer Geschichte gegenüber. Auch auf diesem Gebiet sind in der großen Masse der Parteimitglieder und der Delegierten eher Stimmungen und Strömungen denn feste Positionen sichtbar. In der Geschichtsdiskussion schlagen die Wogen besonders hoch, Gefühle und Ängste beeinflussen die Debatte. Bei allen Schattierungen und Abstufungen sind jedoch zwei Pole erkennbar, die die Auseinandersetzung bestimmen:

1. Vor allem jüngere Parteimitglieder fordern die rückwärtslose Offenlegung und Aufarbeitung der Vergangenheit. Mitarbeiter der Ministeriums für Staatssicherheit sol-

len sich zu ihrer bisherigen Tätigkeit bekennen und auf öffentliche Ämter und Mandate, auch für die PDS, verzichten. Das erscheint ihnen als einzige Garantie, mit der die PDS wieder Vertrauen in der Bevölkerung gewinnen kann. Sie hat die moralische Schuld vor den ehemaligen DDR-Bürgern auf- und abzuarbeiten.

2. Ein großer Teil der Parteimitglieder befürchtet, damit dem Gegner in die Hände zu arbeiten. Für sie stehen im Vordergrund die positiven Seiten der DDR-Geschichte, an die es anzuknüpfen gilt. Verbunden mit dieser Sichtweise ist die Rückbesinnung auf das, was man theoretisch in der SED über den Kapitalismus vermittelt bekam. Die »bisherigen Wahrheiten« werden wieder hochgehalten.

In beiden Lagern oder Richtungen sind die Ansichten nicht einheitlich und unverrückbar, tauchen zu anderen politischen Fragen Differenzen untereinander auf, können Vertreter der entgegengesetzten Richtung einer Meinung sein.

Die Herrschenden in der BRD gehen daran, die Geschichte neu zu schreiben. Sie bestimmen in der Öffentlichkeit Art und Weise sowie die Richtung, in der die jüngste Vergangenheit aufgearbeitet werden soll. Ihr Ziel: Alles, was einen sozialistischen Ausweg aus den gesellschaftlichen Zuständen weist, soll diskreditiert, im Bewußtsein der Menschen gelöscht werden. »Der Sieger schleift die Festungen der Besiegten«; Millionen stellt er zur Verfügung, um Straßen und Plätze umzubenennen, um Denkmäler abzureißen. Nichts soll an die Vergangenheit erinnern, was nicht von ihm diktiert und gesteuert werden kann. Wie können und sollen wir mit der eigenen Vergangenheit umgehen, ohne dem Gegner in die Hände zu arbeiten? Welches ist das Kriterium, der Maßstab, mit dem wir zu urteilen haben, was soll für die PDS, ihre Mitglieder dabei herauskommen? Oder ist es tatsächlich nicht besser, die Vergangenheit ruhen zu lassen und sich den Tagesaufgaben zuzuwenden?

Schlußstrich ziehen?

Auch wenn die PDS es wollte, sie kann keinen Schlußstrich unter ihre Vergangenheit ziehen; in der Verbindung dazu liegt ja für viele ihrer Mitglieder und Sympathisanten gerade ihre Existenzberechtigung. Bei fast allen politischen Auseinandersetzungen in der BRD drängen die Fragen, die mit der Existenz der DDR und ihres Scheiterns zusammenhängen, an die Oberfläche, verlangen nach Antworten. Der Versuch, sich diesen Fragen zu entziehen, könnte nur Unsicherheit hervorrufen. Er würde die PDS hilflos machen gegenüber den politischen Angriffen ihrer Gegner, sei es bei der juristischen Abrechnung mit den Funktionsträgern der DDR und den Angehörigen der Grenztruppen oder bei den Berufsverboten, den politisch motivierten Entlassungen und bei mehr oder weniger begründeten Stasi-Vorwürfen gegen Funktionäre der PDS. Es gibt keinen Grund, die Geschichtsschreibung allein den Herrschenden zu überlassen, die sie für ihre politischen Ziele funktionalisieren. Dabei kann es uns nicht darum gehen, die Vergangenheit aufzuarbeiten, um mit ihr abzuschließen, um uns zu »rehabilitieren«, um wieder Einfluß zu gewinnen, indem wir uns für die begangenen Fehler bei der ehemaligen DDR-Bevölkerung entschuldigen. Die kritische und gründliche Sichtung der Vergangenheit ist vielmehr eine von vielen, aber eine besonders notwendige Voraussetzung, damit wir uns den aktuellen Aufgaben zuwenden können, ohne die Unzulänglichkeiten und Fehler der Vergangenheit unbewußt weiter mit uns herumzuschleppen.

Dabei ist die Aufgabe einer sozialistischen Partei, die die Macht in den Händen hält, eine andere als die einer Partei, die unter kapitalistischen Verhältnissen um eine sozia-

listische Perspektive ringt. Der einen stehen alle Mittel staatlicher Macht und deren Institutionen zur Verfügung, die andere muß ihre Ziele gegen die bürgerliche Staatsgewalt durchsetzen. Das kann sie nur, wenn es ihr gelingt, unter der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen Rückhalt und Kraft zu gewinnen. Und hat sich nicht in der DDR gezeigt, daß das Bauen auf innere Sicherheit, auf staatliche Gewalt- und Ordnungsmittel letzten Endes wirkungslos bleiben muß, wenn es nicht gelingt, wenigstens unter größeren Teilen der werktätigen Bevölkerung eine aktive Stütze zur erlangen, d.h. auch kritische Mitarbeit, Einmischung von unten, Widerspruch gegen Entscheidungen der höheren Instanzen usw.?

Warum ist die DDR gescheitert?

Wenn wir im folgenden einige Aspekte der Geschichtsdiskussion ansprechen, dann nicht, um zu verurteilen oder zu entschuldigen oder gar zu rechtfertigen. Es kommt uns darauf an, die Ursachen, die zum Scheitern führten, zu finden. Maßstab kann nicht sein, was propagandistisch von der einen oder anderen Seite vorgebracht wurde, sondern es gilt, die wirklichen Vorgänge nachzuvollziehen, die Kräfteverhältnisse und gesellschaftlichen Widersprüche aufzuspüren, zu benennen und zu bewerten. Erst vor diesem Hintergrund werden die politischen Entscheidungen der SED verständlich, sind sie kritisch zu hinterfragen. Die Propaganda von der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« hat einen kaum weniger dichten Nebel über die Verhältnisse geworfen als die Bonner Propaganda vom Unrechtsstaat.

Die DDR war der erste Versuch des Sozialismus auf deutschem Boden unter ganz bestimmten historischen Vorzeichen. Es ist ihm bis zu seinem Scheitern nicht gelungen, die Mängel, Unzulänglichkeiten seiner Geburt abzustreifen (vor allem die Passivität der Arbeiterklasse), sie wurden z.T. sogar noch konserviert und verstärkt. Letztlich ausschlaggebend für das Scheitern des DDR-Sozialismus war aber der unmittelbare Vergleich mit der Bundesrepublik, den die Masse der Bevölkerung täglich zog. Das Gerede von der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« mußte für die meisten als Propaganda erscheinen, wenn der Kapitalismus nebenan seinen Bürgern offensichtlich einen höheren Lebensstandard ermöglichte. Die Auseinandersetzung fand statt auf dem Feld des »Systemvergleichs«. Der Preis, den vor allem die DDR als Nachbar der reichen BRD zu zahlen hatte, war die Hebung des Lebensstandards um jeden Preis, auch auf Kosten der notwendigen Entwicklung der Produktivkräfte, der Ressourcen, der Umwelt, einer zunehmenden Auslandsverschuldung usw. Dabei sehen wir hier noch ab von den ungeheuren Opfern des Wettrüstens, die das sozialistische Lager zu erbringen hatte. Aus all diesen Gründen gelang (und konnte es im Wesentlichen auch nicht gelingen) es dem DDR-Sozialismus nicht, sich das Fundament zu schaffen, das bei seiner Beseitigung wenigstens zu einem nennenswerten Widerstand geführt hätte.

Die Geschichte der DDR und des gesamten Ostblocks kann deshalb nicht isoliert betrachtet werden. Auch wenn der »Eiserne Vorhang« eine scharfe Trennlinie zwischen beiden Lagern zog, so gab es doch eine enge Verbindung/Verschmelzung von Innen- und Außenpolitik. Der internationale Klassenkampf bestimmte die Form, in der die inneren Gegensätze ausgetragen bzw. unterdrückt wurden. Entscheidend für die Entwicklung des sozialistischen Lagers war die Sowjetunion als ihre stärkste Kraft. Sie bestimmte von Beginn an, seit der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Politik in den befreiten, von ihren Truppen besetzten Ländern. Die Sicherung der eigenen Grundlagen und der staatlichen Unabhängigkeit gegenüber der BRD, die

Abwehr der offen und versteckt vorgetragenen Ansprüche und direkten und indirekten Angriffe des Imperialismus, nicht die Gewinnung der Arbeiterklasse, waren bestimmend für die innenpolitische Herangehensweise. Abweichende Meinungen, Kritik am eingeschlagenen Kurs, drohten sie nicht dem Feind in die Hände zu arbeiten? Hinzu kam eine weitere Schwierigkeit. Kann man es sich überhaupt leisten, den Weg, den die SU als Stütze und Garant des sozialistischen Lagers vorgab, zu verlassen? Der Spielraum für eigenständige Versuche und Lösungen war eng gezogen. So hatten wir in der DDR zweierlei zu beobachten: Auf der eine Seite den Versuch, sich die Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen durch die Hebung des Lebensstandards zu »erkaufen«, auf der anderen Seite den Ausbau des Apparates der inneren Sicherheit, die Aufblähung der Stasi, verstärkte Unterdrückung oppositioneller und kritischer Regungen, besonders in Zeiten krisenhafter Entwicklungen.

Dadurch mußten die SED und ihre Massenorganisationen an Anziehungskraft, besonders unter dem kritischen Teil der Jugend, verlieren. Mit den Veränderungen in der SU (Perestroika und Glasnost) hatte sich das verstärkt. Der »große Bruder« zog sich als Ordnungsmacht des sozialistischen Lagers schrittweise zurück, während die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend an Grenzen stieß. Die Parteilührung reagierte repressiv und unüberlegt, ja geradezu hektisch wie z.B. mit dem Sputnik-Verbot, verstärkter Überwachung und Verfolgung von Jugendlichen, die sich unabhängig unter dem Dach der Kirche organisiert hatten. Das war kein Zeichen der Stärke, sondern der Unsicherheit und Schwäche. Es erwies sich letzten Endes als wirkungslos. Kurios verlief das Ende der DDR, es waren Mitglieder des Neuen Forums, die sich den Ausreisewilligen an der Grenze zur CSSR entgegenstellten, mit Flugblättern und der Aufforderung, ihr Land nicht zu verlassen. Die alte Führung hatte sich als unfähig erwiesen, mit der entstandenen Situation zurechtzukommen. Es war auch das Neue Forum, das in einer ersten Stellungnahme zum Beschluß der Grenzöffnung durch die Parteilührung unter Krenz von einem Ausverkauf der DDR sprach, während die SED-PDS-Regierung Hans Modrows die Losung »Deutschland – einig Vaterland« sich zu eigen machte.

Auch die Oppositionsbewegung konnte das Vakuum nicht füllen, das die alte SED-Führung hinterlassen hatte. Zu groß war ihre inhaltliche Konzeptionslosigkeit und Unsicherheit in bezug auf positive Perspektiven für die DDR, zu gering ihr Ansehen und die Zustimmung zu ihren nur vage formulierten Zielstellungen. Die Masse der Bevölkerung wählte den Weg in die D-Mark, sprach sich gegen einen Versuch aus, die entstandenen Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu bewältigen. Der Glaube an einen eigenständigen Weg der DDR erwies sich als unbegründete Illusion, als pure Fehleinschätzung. Die Entwicklung hat weder der SED-Führung mit ihren alten Rezepten noch ihren Kritikern recht gegeben; die Wirklichkeit hat beide widerlegt.

Lehren des Scheiterns

Was heißt das für die Diskussion über die Vergangenheit? Wir können nicht die heutigen Erfahrungen und Erkenntnisse als Meßlatte an die Entscheidungen in der 40-jährigen DDR-Geschichte anlegen. Es gilt die objektiven und subjektiven Ursachen zu erkennen aus der Bewertung der jeweils konkreten historischen Bedingungen und den damaligen Kräfteverhältnissen. Die Kämpfe der Vergangenheit sind ausgefochten, die beteiligten Klassen, Parteien und Organisationen haben ihre Kräfte gemessen. Wir können weder die Fehler (die vermeidbaren und unvermeidbaren) rückgängig machen, noch können wir die al-

ten Zuständen zurückholen, indem wir ihre positiven Seiten hervorheben und versuchen, damit den Kritikern entgegenzutreten.

Hinter der Forderung nach schonungsloser Offenlegung, auch der Verantwortung und Verstrickung Einzelner, steht ein wichtiges, positives Anliegen für die Zukunft. Es ist das Aufbegehren gegen administrative Methoden, gegen das Anordnen, wobei die Masse der Parteimitglieder oder der Bevölkerung zu schlucken hat, was von oben kommt. Mit dieser Methode kann man keine Anhänger- und Mitgliedschaft gewinnen, die den politischen Aufgaben gewachsen ist. Damit verprellt man die aktivsten und gutwilligsten Kräfte gerade in der jungen Generation. Die Forderung nach schonungsloser Offenlegung ist auch eine Konsequenz aus den Erfahrungen mit den »Wendehälsen«, mit den Mitgliedern und Funktionären, die noch bis zum Schluß mitgemacht haben, ohne Zweifel erkennen zu lassen oder zu widersprechen und die sich dann nicht schnell genug auf die Seite der Stärkeren, der Sieger stellen konnten. Sie waren den Jugendlichen als Autoritäten, als Lehrer, Vorgesetzte, Parteifunktionäre gegenübergetreten und wollen heute von dem, was sie ihnen erzählten, was sie früher getan hatten, nichts mehr wissen. Die, die sich so reibungslos den neuen Bedingungen anpassen und unterordnen, sind es, die ein Interesse daran haben, die Vergangenheit so schnell wie möglich zu vergessen und den Mantel des Schweigens darüber zu decken.

Daß viele Jugendliche das Wissen nicht besitzen, um die Geschichte konkret zu beurteilen, daß ihnen der »Maßstab« fehlt, daß sie die Methode nicht beherrschen, mit der revolutionäre Marxisten an die Aufarbeitung der Geschichte herangehen, kann man ihnen nicht vorwerfen. Es ist eine weit verbreitete Erscheinung und auch ein Resultat der DDR-Geschichte. Sozialistische Inhalte, kritisches Bewußtsein lassen sich nicht allein durch Einpauken in der Schule oder auf Parteikursen vermitteln. Dazu bedarf es der kontroversen Auseinandersetzung, des kritischen Einmischens ins gesellschaftliche Leben. Und wie sollen Funktionäre, für die der Marxismus ein Lippenbekenntnis war, solche Inhalte vermitteln? Das Hochhalten von marxistischen Grundsätzen und Formeln kann eigenes Denken nicht ersetzen, wo es gilt, die gewonnenen Erfahrungen und theoretischen Erkenntnisse auf die Untersuchung der konkreten Verhältnisse und ihrer geschichtlichen Herausbildung anzuwenden.

So kommt in der PDS jetzt hoch, was in der DDR nicht offen ausgetragen werden konnte: Die Auseinandersetzung um die Methoden, mit denen die SED-Führung die staatlichen und gesellschaftlichen Grundlagen sichern wollte. Dabei trifft die Kritik auch diejenigen, die mit fester Überzeugung glaubten, innerhalb der Partei und der staatlichen Organe ihren Beitrag zu Sicherung des Sozialismus zu leisten. Es gibt keinen Weg, der uns diese Auseinandersetzung ersparen könnte.

Nicht vor den heute im vereinten Deutschland Herrschenden, sondern vor der internationalen Arbeiterbewegung und den Menschen, die im Sozialismus ihre Hoffnungen sehen, haben sich die Sozialisten/Kommunisten aus der SED zu verantworten. In der Diskussion müssen wir darauf achten, daß wir nicht (auch nicht unbewußt) die Maßstäbe der Sieger übernehmen. Einer solchen Diskussion würden sich mit Recht viele verweigern. Wie schnell sich die Maßstäbe der Sieger einschleichen, beweist das Verhältnis von Ost und West in dieser Auseinandersetzung. Wenn von Verantwortung und der Pflicht zur Selbstkritik und Aufarbeitung die Rede ist, so richtet sich das in erster Linie an die Parteien und Personen aus den sozialistischen Ländern, aus der DDR. Aber auch die offiziellen kommunistischen Parteien, die vielen sozialistischen Organisatio-

nen in Westeuropa haben mit ihrer bisherigen Politik Schiffbruch erlitten. Auch sie haben allen Grund, ihre eigene Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Hatten sich nicht DKP und SEW jahrzehntelang den Vorstellungen und Interessen ihrer großen Brüder aus dem sozialistischen Lager untergeordnet, haben sich nicht viele ihrer Mitglieder daran beteiligt, die Zustände in der DDR in den schönsten Farben zu malen, während sie vorhandene Schwierigkeiten und Widersprüche nicht sahen oder nicht sehen wollten? Nicht nur die Parteien, die die Macht in den Händen hielten, auch die, die unter kapitalistischen Verhältnissen kämpfen, haben eine historische Verantwortung für das Scheitern des ersten Anlaufs zum Sozialismus.

Allen, die die PDS kritisch begleiten (sei es innerhalb oder außerhalb der Partei), fällt ins Auge, wie wenig die Differenzen und Streitpunkte offengelgt und diskutiert werden. Der Versuch der Parteiführung, die Einheit der PDS zu erhalten, führt oft zu einer Herangehensweise, die es allen recht machen will. In den Grundsatzreferaten des Vorsitzenden Gysi wird das deutlich; die verschiedenen Strö-

mungen sollen zusammengehalten werden, indem sich jede Richtung die ihr passenden Inhalte heraussuchen kann. Wir werden unsere politischen Aufgaben aber nicht lösen können, indem wir aus dem gescheiterten Sozialismus in der DDR die positiven Inhalte herausnehmen und versuchen, sie zu versöhnen, sie einzubringen in die kapitalistische Wirklichkeit. Ein solcher Versuch kann nur ein trübes Gemisch erzeugen, dessen einziges Resultat nicht in der Verbesserung der Verhältnisse, sondern in der Vernebelung der Köpfe besteht. Auch in der Aufarbeitung der Geschichte wird uns eine solche Herangehensweise nicht weiterhelfen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR lassen sich nicht zerlegen in ihre einzelnen Bestandteile, von denen sich jeder, je nach politischem Standpunkt, die ihm passenden Einzelteile zusammensuchen kann.

Es geht politisch eben nicht darum, diese oder jene soziale Errungenschaft der DDR zu erhalten, so wünschenswert das im Einzelfall auch sein mag, sondern darum, neue Horizonte für eine sozialistische Bewegung zu gewinnen. 10.03.92 ■



Die aktuelle wirtschaftliche Situation in Cuba

seits des kapitalistischen Weltmarktes aufzubauen, das Verhältnis zwischen Industrieländern und der Dritten Welt, der ungleiche Tausch zwischen ihnen, die Verschuldung der Länder der Dritten Welt und inwieweit diese Bedingungen seit langem schon und auch in Zukunft Kuba beeinflussen.

Außerdem bleiben die hierzulande häufigen Fragestellungen nach Bürokratie, der Partei, der Repression, der Opposition, der Jugend unbeantwortet, aber auch die Fragen nach dem Zusammenhang zwischen dem kubanischen Gesellschaftssystem und anderen Versuchen von eigenständiger sozialistischer oder antiimperialistischer Politik in Lateinamerika wie z.B. Nicaragua.

Die Folgen der RGW-Auflösung für Kuba

Bis 1989 wurden über 85 % des kubanischen Außenhandels mit den RGW-Staaten abgewickelt, davon wiederum 80 % mit der Sowjetunion im Wert von über fünf Mrd. US-Dollar, und 5 % mit der DDR, dem zweitgrößten Handelspartner.

Die Pfeiler der Wirtschaft in Kuba waren bisher:

- Handel innerhalb des Zusammenschlusses der sozialistischen Länder in Form von Kompensationsgeschäften und mit Transfer-Rubeln, d.h. Umgehung von Weltmarkt und Devisen.
- Vereinbarung fester Fünfjahres-Verträge zur Planung der Wirtschaft.
- Ausfuhr von Zucker, Nickel, landwirtschaftlichen Produkten an feste Abnehmer.
- Einfuhr von Öl, Lebensmitteln, Medikamenten, Rohstoffen, Produkten der Leicht- und Schwerindustrie, Industrieanlagen.

Dieser Bericht versucht, Ausschnitte der aktuellen Situation der kubanischen Wirtschaft zu zeigen: Die frühere Abhängigkeit Kubas von der wirtschaftlichen Struktur des RGW, das fast völlige Erliegen der Industrie nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, die Beschränkung auf ein absolutes Notprogramm zum Überleben. Das Ziel ist heute, Zeit zu gewinnen in der Hoffnung, neue Wege zu einem wirtschaftlichen Fundament für die weitere Existenz entwickeln zu können.

Vieles bleibt unerwähnt, was von der Thematik nicht zu trennen ist: Der gescheiterte Versuch, einen Markt jen-

● Behandlung als Entwicklungsland innerhalb des RGW neben der Mongolei und Vietnam, was bevorzugte Handelsbedingungen und Präferenzpreise bedeutete. Kuba braucht zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaft jährlich zehn Mio. Tonnen Öl, die auf dem Weltmarkt zwei Mrd. US-Dollar kosten.

Nach dem Zusammenbruch der RGW-Länder gingen die Importe um 50 % gegenüber 1989 zurück. Als abzusehen war, daß die gewohnte Versorgung der kubanischen Bevölkerung und der Industrie künftig nicht mehr sichergestellt werden kann, daß infolge zurückgehender Importe auch die nationale Produktion durch Rohstoff- und Energiemangel beeinträchtigt wird, wurde Ende 1990 die erste Etappe der »periode especial«, die spezielle Periode in Friedenszeiten ausgerufen. Im Rahmen dieses Notprogrammes, das Einschränkungen bei der Versorgung der Bevölkerung, der Industrie und der Landwirtschaft bedeutete, wurde begonnen, die Wirtschaft auf eine andere Basis umzustellen. Allerdings ging die ursprüngliche Planung wohl nicht von einem so schnellen und restlosen Zusammenbruch und Auseinanderfallen des RGW und der SU aus.

Die neue Weltlage jedoch erfordert Handel unter Weltmarktbedingungen sowie die Suche nach neuen Handelspartnern bzw. die Erweiterung bestehender Beziehungen. Dies wird erschwert durch die weiterhin bestehende US-Blockade und die bereits vorhandenen Auslandsschulden, die zur Zeit nicht zurückgezahlt werden können.

Daher arbeitet die kubanische Wirtschaft in der »periode especial« seit Ende 1990 auf der Basis folgender Prioritäten:

- Größtmögliche Selbstversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gütern für den täglichen Gebrauch mit Hilfe des »plan alimentario«, des Ernährungsplans.
- Einschränkung des Ölverbrauchs in mehreren Stufen bis hin zur Versorgung allein der lebenswichtigen Bereiche.
- Kurzfristig Reduzierung der Produktion der Leichtindustrie, wenn nötig auch der Schwerindustrien.
- Ausbau der Zuckerwirtschaft.
- Ausbau des Massentourismus und Ausbau von joint-venture-Unternehmen, besonders im Touristikbereich.
- Mittelfristig Steigerung des Exports von pharmazeutischen und biotechnischen Produkten.
- Für die traditionellen Exporterzeugnisse Zucker, Tabak und Nickel und zum Import von Industriegütern, Lebensmitteln, Rohstoffen und Öl braucht Kuba neue Handelsbeziehungen.

Die Anwendung dieses Konzepts geschieht in einem Stufenplan, dessen einschneidendster Schritt die »opcion zero« ist, die Null-Option. Für diese Phase wird das Überleben Kubas allein mit eigenen Mitteln ohne Importe, insbesondere ohne Öl, geplant.

Die größten Probleme der kubanischen Wirtschaft

1. Der Energiemangel

Die SU lieferte bis 1989 13 Mio. Tonnen Erdöl, 1990 nur ca. zehn Mio. Für 1991 wurden zehn Mio. Tonnen vertraglich vereinbart, aber nur ca. acht Mio. geliefert. Die Lieferungen erfolgten zudem unregelmäßig, so daß der Verbrauch nicht im voraus geplant werden konnte. Deshalb ist es in den letzten zwei Jahren vielfach zu Engpässen gekommen mit der Folge, daß der Stromverbrauch 1991 um 25 % reduziert werden mußte: So gibt es in den Städten häufig stundenweise Stromsperrern.

Für Privat-PKW's wurde die Benzinzuteilung so strikt eingeschränkt, daß sie kaum mehr fahren. Der Personenverkehr wurde sehr stark eingeschränkt, die Busse fahren seltener, manche Linien kaum noch. Besonders die Linien im Überlandverkehr wurden zusammengestrichen. Statt dessen wurden an diejenigen, die nah am Arbeitsplatz wohnen, eine Mio. Fahrräder verteilt.

Die kubanische Fluggesellschaft hat die Inlandflüge eingeschränkt, die Handelsflotte läuft nicht mehr alle Häfen an, Traktoren werden häufig durch Ochsespanne ersetzt, Betriebe stellen Nachtschichten ein und verkürzen den Arbeitstag auf fünf bis sechs Stunden, um Strom zu sparen. Die Nickelproduktion kann wegen Ölmanagements, aber auch wegen Mangels an anderen Rohstoffen nur eingeschränkt betrieben werden. Die Verteilung von Öl ist oft schwer zu regeln. So verfaulen landwirtschaftliche Produkte, weil sie wegen Mangels an Transportmitteln nicht rechtzeitig die Stadt erreichen, es auf dem Lande aber keine Weiterverarbeitungsmöglichkeiten für die neue Ernte gibt.

Im Dezember 1991 ruhte die gesamte Produktion für eine Woche, außer in einigen ausgewählten Betrieben, die meisten Büros blieben geschlossen. In öffentlichen Ämtern und Büros ist die Belegschaft auf 20 % (!) reduziert worden. Die Unbeschäftigten aus Betrieben und Behörden gehen im allgemeinen auf Landeinsätze, bei Fortzahlung von 70 bis 100 % der Gehälter.

Die Dauer der Straßenbeleuchtung wird eingeschränkt, die Dauer der Fernsehsendungen auf fünf Stunden täglich beschränkt, weniger Kinofilme werden gezeigt, Sportveranstaltungen finden bei Tageslicht statt. Transportfahrzeuge dürfen nicht leer zu ihren Ausgangspunkt zurückfahren, sondern müssen eine andere Ladung mitnehmen oder wartende Menschen befördern. Mit all diesen Maßnahmen wird versucht, den Stromverbrauch um weitere 12 % zu senken. Zur Verbesserung der Energieversorgung gibt es Ansätze zu joint-venture-Unternehmen bei der Ölsuche und bei der Verwendung der Raffinerien. Diese Maßnahmen schlagen bisher aber noch nicht nennenswert zu Buche.

Bisher nicht wesentlich berührt von der Verschlechterung der Versorgungslage, sollen die Gesundheits- und Bil-



dungsprogramme in Kuba weiterhin aufrechterhalten werden. Praktisch alle Devisen Kubas sollen jetzt ausgegeben werden für Medikamente und Lebensmittel.

2. Der Mangel an Rohstoffen und Ersatzteilen

- Im Bereich der Bauindustrie gibt es wegen der ausbleibenden Importe großen Mangel an Material. Daher werden fast alle Bauvorhaben gestrichen, auch die für das Gesundheitswesen. Einige Ausnahmen sind der Bau einiger Wohnungen, die durch Mikrobrigaden erstellt werden und Bauprojekte, die für die Ernährung wichtig sind, wie z.B. ein Staudamm. Dringend für den Ausbau des Tourismus benötigte Hotels müssen mit ausländischem Kapital gebaut werden.

- Der Mangel an Papier hat zu erheblichen Einschränkungen des Umfangs und der Auflage von Zeitungen geführt. Eine Produktion von Büchern besteht kaum noch, auch Schulprogramme leiden inzwischen darunter.

- Es mangelt an Medikamenten wie Schmerz-, Asthma-, Kreislauf-, Narkosemitteln u.a.; aber auch medizinisch-technisches Material wie chirurgisches Nahtmaterial ist nicht ausreichend vorhanden.

- Viele Betriebe der Konsumgüterindustrie schränken oder stellen ihre Produktion stunden- oder tageweise ein.

- Fehlende Ersatzteile für Maschinen, die früher in der DDR, der CSSR, Rumänien oder Ungarn produziert worden waren, sind ebenfalls oft ein Grund für Stillstände oder Einschränkung der Produktion. Denn entweder sind diese Ersatzteile nur noch über Devisen erhältlich oder gar nicht mehr, weil die Betriebe zwischenzeitlich geschlossen wurden.

3. Stillstand der großen Industrieprojekte

Es gibt einige Industrieprojekte, die besondere Bedeutung für Kuba haben und deren Fortbestand bzw. deren Arbeit sehr unwahrscheinlich ist:

- Eine Ö Raffinerie in Cienfuegos mit Pipeline-Verbindung durch die Insel zum Hafen Metanzas, wo Supertanker einlaufen können, steht wegen Ölmangels meist still.

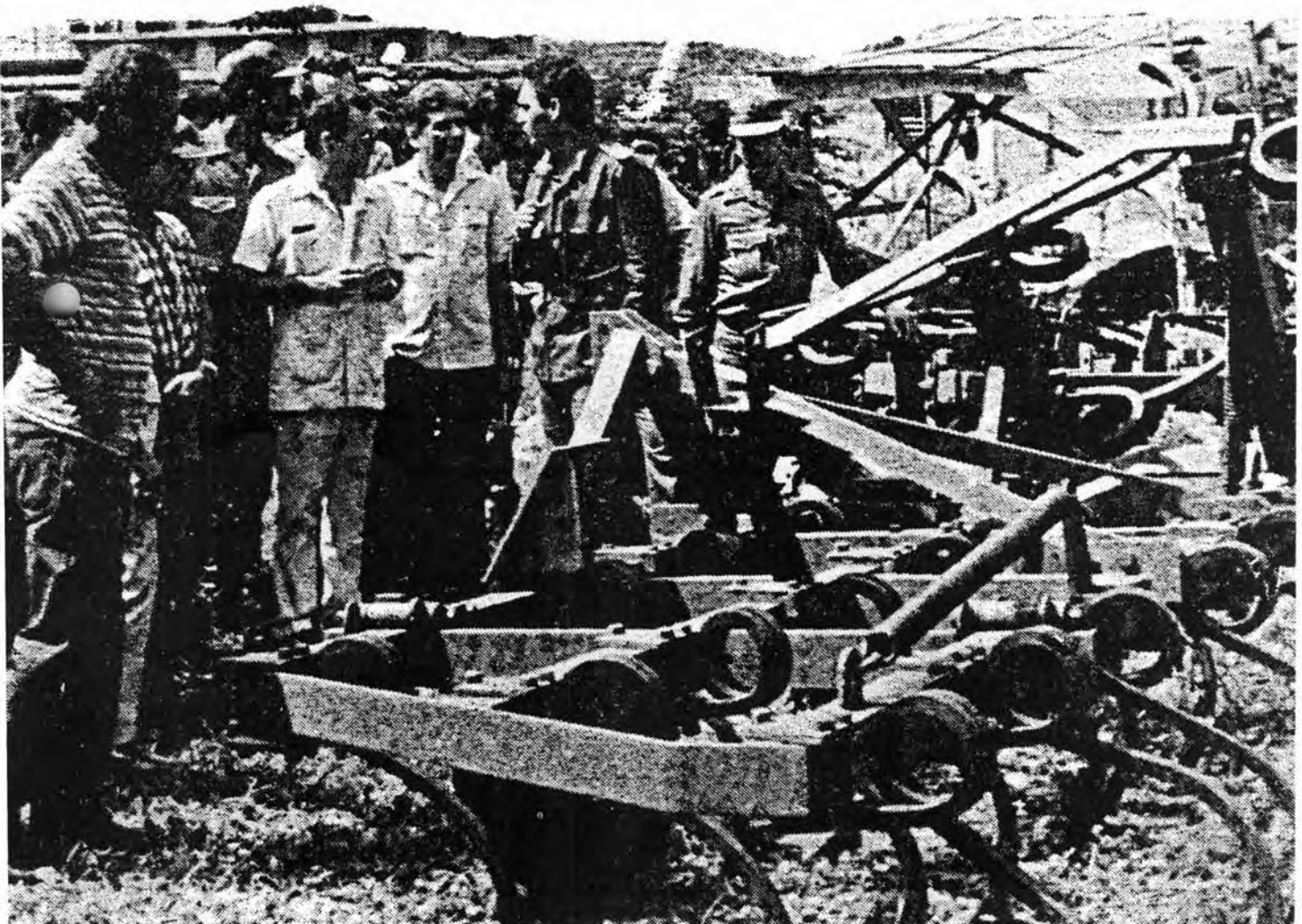
- Die Nickelproduktion, bislang ein sehr wichtiges Ausführprodukt Kubas, ist ebenfalls sehr eingeschränkt. Eine im Bau befindliche Nickelfabrik in Camaroica, die unter Beteiligung der DDR errichtet werden sollte, wird wohl nicht in Betrieb gehen.

- Ein AKW, das mit Beteiligung der SU im Bau war, wird nicht fertiggestellt, da weder Ausrüstung noch Technologie weiterhin geliefert werden. Die Tätigkeit des AKW war mit einer jährlichen Einsparung von 2,4 Mio. Tonnen Öl veranschlagt. (Anmerkung: Mit der Erwähnung dieses Projekts wird die ursprünglich erhoffte Nutzung von Atomenergie in einem weiteren Land der Erde nicht gutgeheißen.)

Die Anwendung für alternative Technologien zur Nutzung von Energie wie Solarenergie, Biogas, Wärmekraftwerke, Kleinstwasserkraftanlagen ist minimal und schlägt sich landesweit nicht nieder. Die Investitionskosten sind hoch und müßten zur Zeit von Kuba allein getragen werden.

Die Lage der Landwirtschaft und die Versorgung mit Dingen des täglichen Lebens

Bis 1989 gab es eine beträchtliche Einfuhr aus den osteuropäischen Ländern: Fleisch, Fett, Getreide und Gemüse



(besonders als Konserven), Käse, Milchpulver. Außerdem wurden für die Land- und Viehwirtschaft Düngemittel, Viehfutter oder deren Rohstoffe, sowie Landmaschinen und Energie importiert. Dazu kamen Medikamente, Textilien, Baumwolle, Holz und Papier, Seifenartikel, sowie Rohstoffe zur Herstellung von Papier, Seifenartikeln, Glas und Zement.

Seit dem Sieg der Revolution sind fast alle Lebensmittel und Dinge für den täglichen Bedarf rationiert und subventioniert. Eine bestimmte Zuteilung pro Person regelt, daß alle Menschen für ihren privaten Haushalt sehr billig eine Lebensmittelgrundlage erhalten. Das gilt z.B. für Obst, Gemüse, auch Konserven, Eier, Geflügel, Fisch, Fleisch, Getreide, Brot, Milch, Zucker, Butter, Tabak, Alkohol, Seife, Schuhe, Kleidung, Stoffe und anderes. In den letzten Jahren wurden viele Produkte über die Zuteilung hinaus zu etwas höheren Preisen auf den sogenannten Parallelmärkten frei verkauft.

Wichtig ist, daß die Versorgung der Bevölkerung maßgeblich über öffentliche Einrichtungen erfolgt: Über die Kantinen in Betrieben, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Alteinrichtungen usw. Sie sichern ausgewogene und kalorien- sowie eiweißberechnete Mahlzeiten, außerdem bestimmte Sonderleistungen für Kranke, Alte, Kinder. Auch der Grundbedarf an Kleidung (z.T. auch Schuhen) wird durch die Ausgabe von Arbeits-, Schulkleidung und Uniformen abgedeckt.

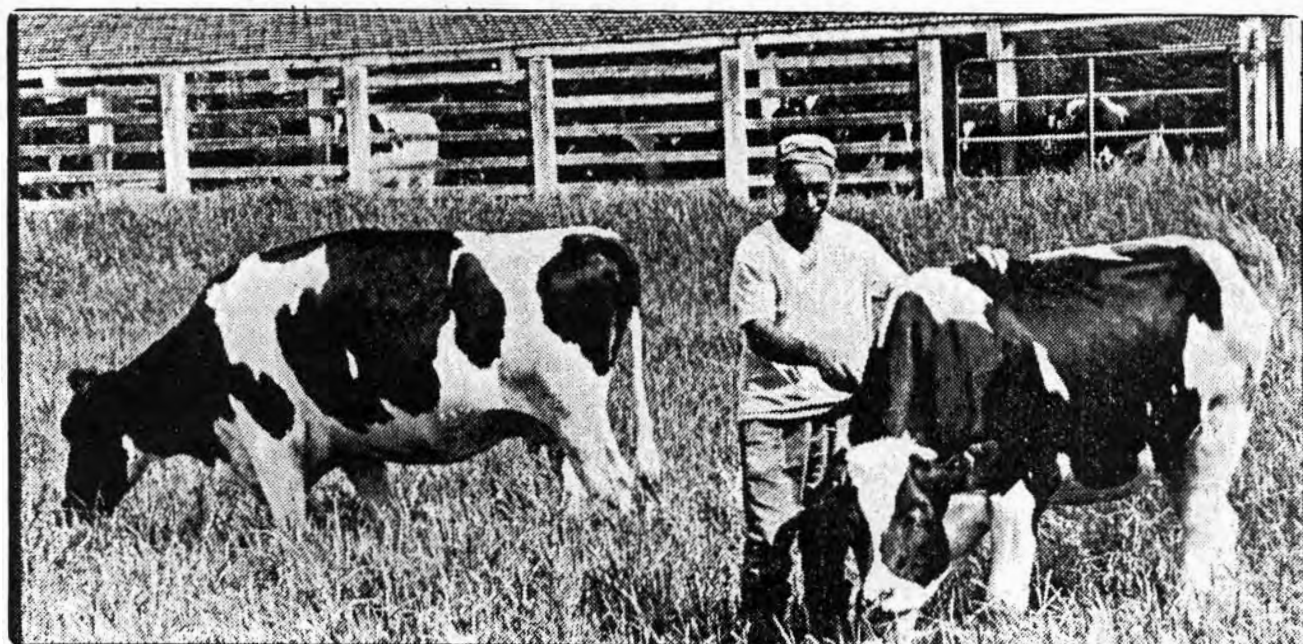
Seitdem Kuba mit seinen ehemaligen Handelspartnern nicht mehr rechnen kann, soll mit dem »plan alimentario«, der Ende 1990 in Kraft trat, die Versorgung auf eigene Füße gestellt werden: Da in ländlichen Regionen der Mangel an Nahrungsmitteln für den einzelnen nicht so drastisch zutage tritt, weil viele Bewohner noch privaten Anbau betreiben oder Vieh haben, ist der Ernährungsplan besonders zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung in den Städten notwendig.

Bislang war die Landwirtschaft auf bestimmte Regionen des Landes konzentriert. Der »plan alimentario« sieht vor, daß in der Umgebung der größeren Städte Grüngürtel entstehen, d.h. dezentral Obst und Gemüse etwa in der Größenordnung des Bedarfs angebaut werden. Dadurch wird zusätzlich Boden erschlossen und durch die Verkürzung der Transportwege Energie eingespart. Transport und Ver-

teilung der Produkte bereiten noch Probleme. Vieles verfault, bevor es die Städte erreicht. Der bisherige Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft konnte kompensiert werden. Wegen der niedrigen Löhne in der Landwirtschaft hatte vor Jahren eine Landflucht eingesetzt: Heute organisieren die Gewerkschaften in den Städten Brigaden für zweiwöchige Landeinsätze bei Fortzahlung des Gehalts. Zur Unterbringung wurden in landwirtschaftlichen Betrieben Lager für jeweils knapp dreihundert Menschen eingerichtet. Nach einer Empfehlung sollten alle Beschäftigten jährlich zwei Wochen Arbeit in der Landwirtschaft versehen. Viele Kubaner melden sich gern, da in den Lagern das Essen gut ist, der Aufenthalt auch Feriencharakter hat und man während der zwei Wochen die Bezugsscheine für Lebensmittel aller Art einspart.

In der Landwirtschaft wurden weitere Umstellungen vorgenommen. Der Einsatz von Ochsen gespannen anstelle von Traktoren dient der Energieeinsparung und macht zugleich auch kleinere Ackerflächen zugänglich, die bisher mit großen Landmaschinen nicht nutzbar waren. Um den Import von Insektiziden zu sparen, werden vermehrt biologische Stoffe zur Insektenbekämpfung in der Landwirtschaft verwendet. Der Ausbau der privaten Tierhaltung wird gefördert. Eine für tropische Bedingungen leistungsfähige Rinderzucht und Milchwirtschaft durch rationelle Beweidung (patreo racional), durch vermehrte Gewinnung von eiweißhaltigem Viehfutter aus Zuckerrohr soll verbessert werden. (Ein großer Teil der vereinbarten Futterlieferungen aus der Sowjetunion wurde nicht eingehalten.)

Trotz all dieser Maßnahmen, und obwohl der »plan alimentario« bereits im ersten Jahr zu Ertragssteigerungen im Obst- und Gemüseanbau geführt hat, herrschte 1991 aufgrund des Importrückganges Mangel an Fleisch, Fisch, Stoff, Schuhen, Seife, aber auch Obst. Wegen Rohstoffmangel wurde z.B. über etwa drei Monate keine Seife verteilt. Es gab z.B. keine Flaschen zum Abfüllen von Alkohol oder Medikamente, da ein Rohstoff zur Glasherstellung fehlte. So konnte eine gleichmäßige Verteilung der Produkte des täglichen Lebens nur über eine Kürzung der Rationen geschehen. Diese Lage führte zum Anwachsen eines Schwarzmarktes auf Peso-Basis, wo von Kleinstproduzenten Obst, Gemüse, Hühner, manchmal auch gestohlener Reis und anderes angeboten wird.





sondern auch das know-how zum Betreiben eines rentablen Unternehmens.

Etwa zwanzig gemischte Kapitalgesellschaften existieren bereits, fünfzig weitere Genehmigung werden geprüft, die meisten beziehen sich auf den Touristikbereich und betreffen Unternehmen aus den Herkunftsländern der Touristen: Spanien, Mexiko, Kanada, BRD, Italien. In diesem Jahr hofft Kuba auf 500 Mio. US-Dollar Einnahmen (400 Mio. US-Dollar 1990) mit steigender Tendenz. Eine spanische Hotelkette baut die berühmte Gegend Varadero mit aus; ein baskisches Unternehmen will den südlichen Teil der »Insel der Jugend« zu einem Touristenzentrum ausbauen, was allerdings zunächst die Urbarmachung des Landstrichs verlangt.

Der Tourismus ist eine Notmaßnahme, deren Ausbau eigentlich nicht gewünscht wird, sondern für einige Jahre unumgänglich erscheint. Die Kubaner wissen, daß sie den Preis als erste zahlen: Joint-venture-Unternehmen, besonders die mit ausländischen Kapitalmehrheiten, nehmen Einfluß auf Einstellungen und Entlassungen von Personal sowie auf die Lohnhöhe.

Der Tourismus schafft große ökologische Probleme. Da bei weiterem Ausbau immer mehr Kubaner mit dem Tourismus in Kontakt kommen,

- wird die Konfrontation mit der Luxus-Konsumtion der Touristen immer größer,
- werden Drogenkonsum und Prostitution mit ihren sozialen und gesundheitlichen Folgen zunehmen,
- und eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zieht weitere Kreise: Die Menschen ohne US-Dollar müssen mit allen Beschränkungen leben. Den Menschen mit Kontakt zu Touristen und mit US-Dollar tut sich in den Hotels und Touristenläden eine bunte Warenwelt auf, die mit der Realität in Kuba nichts gemein hat.

Offiziell ist es nicht erlaubt, daß Kubaner US-Dollar besitzen, aber der Dollar-Schwarzmarkt blüht. Die Touristenläden mit einem großen Angebot an Waren, die für Kubaner schon lange kaum mehr zu bekommen sind, haben für die Wirtschaft die Funktion, von Touristen Dollars einzunehmen, aber auch die Dollars, die in der kubanischen Bevölkerung kursieren, abzuschöpfen. In den letzten zwei Jahren hat sich die zweite Währung in US-Dollar ausgelehnt.

Inwieweit diese Erscheinungsformen bestimmend in Kuba werden, die Gesellschaft aushöhlen und spalten, die Abkehr vom Gesellschaftssystem fördern, muß beobachtet werden. Diese Gefahren sind in Kuba bekannt, werden aber bei der derzeitigen Wirtschaftslage in Kauf genommen.

Medizinische und biotechnische Produkte

Kuba betreibt seit Anfang der achtziger Jahre gen- und biotechnische sowie pharmazeutische Forschung. Bezüglich einiger Stoffe ist die Forschung auf einem Stand, der eine industrielle Produktion erlaubt. Die Entwicklung der Forschung geschah in Zusammenarbeit mit der DDR, aber auch mit der SU; die Anwendung liegt neben dem medizinischen Bereich besonders in der Landwirtschaft. Der Verkauf dieser Produkte in die SU brachte 1991 einen Ertrag von 400 Mio. Rubel. Da man sich auch zukünftig hohe Deviseneinnahmen verspricht, wird dieser Industriezweig mit zweiter Priorität nach dem Tourismus gefördert. So bleibt Kuba nicht allein Rohstofflieferant, sondern wird Technologie-Exporteur. Für den Impfstoff gegen die Erreger von Meningitis B (Gehirnhautentzündung) ist Kuba der einzige Hersteller. Er wird millionenfach an andere lateinamerikanische Länder verkauft, besonders an Brasilien im Gegenwert von 100 Mio. US-Dollar 1990.

In einigen Fällen wurden auch Betriebskantinen ganz oder teilweise geschlossen bei Betrieben, die klein sind, deren Beschäftigte sich durch ihre Arbeit häufig an anderen Orten aufhalten oder die durch Rohstoffmangel ihre Produktionszeiten einschränken. Aber insgesamt wurde die Ernährung der Bevölkerung im gewohnten Maßstab durch die Küchen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufrechterhalten.

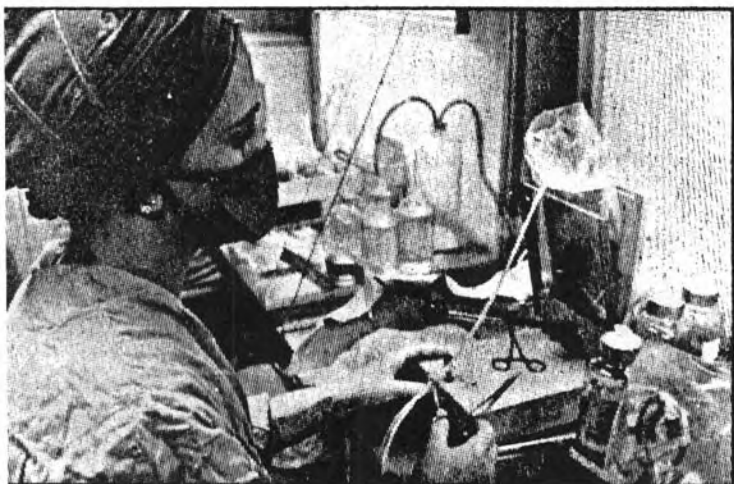
Die Versuche Kubas, den Schwierigkeiten zu begegnen

Um Devisen zu erwirtschaften, hat Kuba momentan drei Anknüpfungspunkte: den Tourismus, medizinische und biotechnische Produkte sowie die Zuckerwirtschaft.

Der Tourismus

Seit Anfang der achtziger Jahre, der langsamen Lockerung der politischen Blockade, ist Kuba dem Tourismus zugänglich. Seit 1989/90 hat der Tourismus erste Priorität als Devisenquelle.

Um in diesem Industriezweig kurzfristige Einnahmen zu erzielen, muß Kuba verstärkt auf joint-venture-Unternehmen zurückgreifen, was ein Gesetz von 1981 zuläßt. Die Kapitalmehrheit des Unternehmens muß laut Gesetz in kubanischer Hand bleiben, obwohl hier bereits Ausnahmen für lateinamerikanische Firmen gemacht wurden. Kuba verspricht sich von Gemeinschaftsunternehmen nicht nur die Entlastung von den Investitionskosten z.B. für Neubauten,



Kuba stellt als einziges Land bisher gentechnisch Streptokinase her, einen Eiweißstoff, der Blutgerinnsel auflösen und so z.B. einen Herzinfarkt wenige Stunden nach seiner Entstehung wieder unterbrechen kann. Außerdem stellt Kuba die Eiweißstoffe Interferon und Interleukin her, die eingesetzt werden zur Behandlung von Krebs oder schweren (Virus-)Infektionen wie AIDS oder Hepatitis. Kuba wird 1992 ca. 15 Mio. Behandlungseinheiten nach China liefern, außerdem in die Schweiz und in arabische Länder. Im Vergleich zu anderen Angeboten sind die kubanischen Interferone preisgünstig. Seit Jahren produziert Kuba einen HIV-Test zur Feststellung der AIDS-Infektion, der sehr billig ist, aber nur in Kuba selbst für flächendeckende Untersuchungen verwendet wird. Ebenfalls für den Export bestimmt ist die Produktion von einigen Antibiotika, aber auch die Herstellung eines Wachstumsfaktors, der das Hautwachstum nach schweren Verbrennungen oder Verletzungen anregt. Dieses Produkt kann bislang nur bei einer weiteren Firma weltweit bezogen werden. Ein weiteres Produkt (PPE) soll den Cholesterinspiegel im Blut kontrollieren und negative Auswirkungen von Cholesterin auf den Kreislauf und die Blutgefäße mindern. Es soll zukünftig den Touristen auch in den Hotels zum Verkauf angeboten werden. An Impfstoffen gegen Cholera und AIDS wird gearbeitet. Die Herstellung von Reagenzstoffen für Laboratorien wurde aufgenommen, Bakterien, die die Bodendüngung übernehmen werden, entwickelt.

Das Problem beim Verkauf der Produkte liegt darin, daß die Patentierung Devisen kostet und daß die Länder der Dritten Welt, in denen Kuba mit einem Absatz rechnet, die Verkaufspreise kaum bezahlen können. In die Märkte von Europa oder Japan vorzustoßen, ist noch schwieriger und kostet viel Zeit: Die Produkte werden jahrelang auf Reinheit und Verträglichkeit getestet. Danach muß gegen die multinationalen Pharma-Konzerne um Marktanteile gekämpft werden. Im Jahre 1992 erwartet Kuba einen Ertrag von 200 - 300 Mio. US-Dollar über die jetzigen Absatzmärkte.

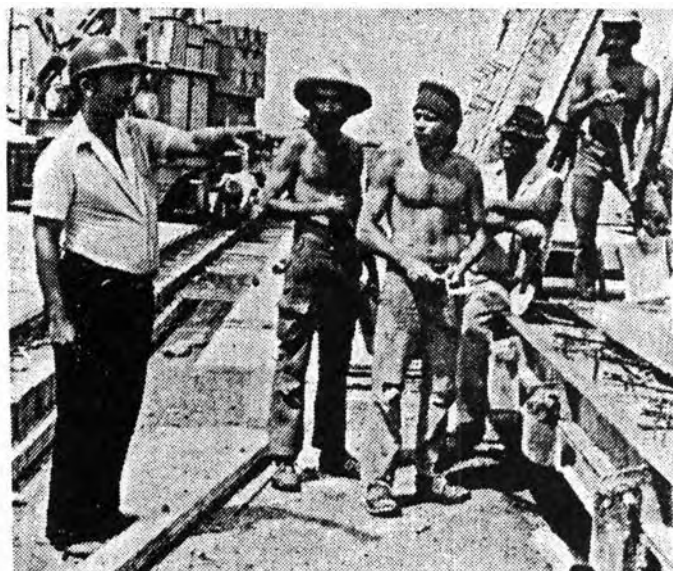
Heinrich Brandler

Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution

»... Viele Arbeiter der kapitalistischen Länder, die jahrzehntelang die eigene Bourgeoisie bekämpft haben, um sich einen höheren Anteil an dem von ihnen produzierten Reichtum zu verschaffen – einen Anteil, der ihnen vorenthalten wurde – sind durch die Formen der Entwicklung der Sowjetunion schwankend in ihrem Urteil geworden. Sie sind Sozialisten, insoweit sie die Beseitigung der Herrschaft der Kapitalisten und ihrer auf Profit aufgebauten Wirtschaft für notwendig halten.... Die ungeheueren Opfer des Sowjetvolkes, die oft grausamen und barbarischen Formen, in denen sich der Selbstbehauptungskampf der Sowjetmacht abspielte und abspielt, schrecken jedoch meist ab. Sie suchen nach einem leichteren, humaneren Weg zum Sozialismus...« (Aus der Einleitung)

Nachdruck des zur internen Diskussion vervielfältigten Manuskriptes von 1950, Vorwort von 1981 · ca. 140 S. 8,00 DM

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15



Zuckerwirtschaft

Seit Jahrzehnten ist Kuba der größte Zuckerproduzent der Erde. Zuckerrohr wird in Monokultur angebaut, was als problematisch gilt, da der Abbau arbeitsintensiv ist und der Boden verarmt. Die Zuckerrohrernte und -verarbeitung ist in Kuba seit der Revolution in hohem Grade mechanisiert worden. Die Mechanisierung ist allerdings an einen sehr hohen Energieverbrauch gebunden. In den letzten Jahren lag die Ernte bei ca. 8 Mio. Tonnen jährlich. Wie hoch die Ernte in diesem Jahr ist, muß unter Berücksichtigung des Energiemangels abgewartet werden.

Bislang kaufte die SU ca. 60 % des kubanischen Zuckers und lieferte als Kompensation Öl. Der Zuckerpreis lag über dem auf dem Weltmarkt, aber unter dem Preis, den die eigene Herstellung von Zucker aus Rüben gekostet hätte.

Dem Ausbau der Zuckerwirtschaft wird allgemein wenig Perspektive gegeben aufgrund nicht gesicherter Absatzmärkte, dem Preisverfall für Zucker und auch wegen zunehmender Entwicklung von Zuckerersatzstoffen. Jedoch gibt Kuba noch als mittelfristiges Ziel die Steigerung der Jahresernte (möglichst auf zwölf Mio. Tonnen) an, da sich eine eigene Zuckertechnologie entwickelt hat. An 27 Zuckerrohrderivaten wird gearbeitet, einige sind bereits in der praktischen Anwendung. Aus Zuckerrohr werden z.B. Papier, Spanplatten, Wachs, Zitronensäure, aber auch zehn verschiedene Viehfutter hergestellt. Fast die gesamte Ernährung der Rinder ist mit einem eiweißreichen Futtermittel möglich, die von Schweinen und Geflügel teilweise. Mit deren Weiterentwicklung, industrieller Herstellung sowie Export erhofft Kuba dreifach höhere Einnahmen als der Zuckerexport einbringt.

Neuorientierung im Außenhandel

Kuba braucht neue Handelsbeziehungen für den Export und für den Aufbau von joint-venture-Unternehmen. Dies trifft besonders die Bereiche Tourismusanlagen, Ölraffinerien, Ölsuche, aber auch Betriebe in der Nahrungsmittel-, Leicht- und metallverarbeitenden Industrie, die zu großen Teilen wegen Rohstoffmangels stillstehen. Kuba braucht Handelsbeziehungen zum Import von Öl, Lebensmitteln, Medikamenten, Maschinen usw., vorzugsweise in Form von Kompensationsgeschäften. Die Länder müssen eine Bereitschaft zur Entwicklung von Umschuldungsprogrammen haben und eine gewisse Unabhängigkeit von den USA.

Nach dem Ausschluß Kubas aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) begannen sich erst ab Mitte der

siebziger Jahre die Beziehungen wieder zu normalisieren. Seit Ende der achtziger Jahre, besonders seit Beginn der »periodo especial«, intensivierte Kuba den Kontakt zu den Ländern Lateinamerikas, was 1991 mit drei Ereignissen unterschiedlichen Charakters demonstriert wurde:

- Ablauf der panamerikanischen Spiele, die Kuba unter großen wirtschaftlichen Entbehrungen sehr repräsentativ ausrichtete,

Zur US-Blockade

Seit 1960 besteht eine totale Wirtschaftsblockade der USA gegenüber Kuba. Anlaß war die Verstaatlichung von Ölraffinerien, bis dahin im Besitz von Texaco, Shell und Esso, nachdem diese die Raffinierung von Öl verweigert hatten, das aus der SU nach Kuba geliefert worden war.

1961 wurde Kuba auf Druck der USA aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgeschlossen. Mindestens bis Mitte der siebziger Jahre gab es keine Verbindung zwischen Kuba und den Ländern, die zu den USA in einer Abhängigkeit standen, mit Ausnahme Mexikos.

Das Embargo betrifft nicht nur den direkten Handel USA – Kuba, sondern Produkte jedweder Nationalität dürfen nicht nach Kuba verkauft werden, wenn eines ihrer Bestandteile aus US-amerikanischer Produktion stammt, oder wenn die Herstellerfirma über multinationale Verflechtungen im Besitz von US-Firmen ist. Ebenso dürfen US-Firmen keine Produkte kaufen, in denen ein Bestandteil oder Rohstoff aus kubanischer Produktion stammt. Handelsschiffe, die kubanische Häfen anlaufen, dürfen danach für ein halbes Jahr keinen US-Hafen anlaufen. Außerdem wird selbst ein nach diesen Regeln zulässiger Handel mit Kuba durch politischen Druck der USA eingeschränkt. Aus dieser Situation heraus blieb Kuba damals allein der Anschluß an den RGW.

Nachdem diese Handelsbeziehungen unter den bisherigen Bedingungen nicht mehr aufrecht zu erhalten sind, braucht Kuba Wirtschaftskontakte zu anderen Ländern der kapitalistischen Welt. Hier aber wirkt nach wie vor die US-Blockade mit dem minimalen Handlungsspielraum. Daher spricht Kuba von einer doppelten Blockade: Selbst wenn Devisen in Kuba zur Verfügung stünden, wäre die Beschaffung der notwendigen Güter kaum zu gewährleisten.

Seit etwa einem Jahr läuft verstärkt Kubas Bemühung, über UN-Gremien eine Entscheidung zu erreichen, die die Blockade der USA nicht weiter zuläßt, oder wenigstens auf die unmittelbare Blockade USA – Kuba beschränkt.

Daß eine Aufhebung der Blockade Kuba nicht nur entlasten würde, sondern daß die US-Konzerne fertige Konzepte für die Eroberung des kubanischen Marktes haben, wird in Kuba nicht als große Gefahr angesehen angesichts einer geplanten Wirtschaft, in der Kuba über die notwendigen Einfuhren entscheidet und nicht jeder einzelne Betrieb im Land das tut.

Die Blockade wird auch von US-Firmen manchmal umgangen, es gibt heimliche Geschäftsbeziehungen. Bei den panamerikanischen Spielen in Kuba im Sommer 1991 konnten US-Fernsehgesellschaften Übertragungsrechte wegen der Blockade nicht kaufen, was für Kuba hohe Einnahmen bedeutet hätte. Kuba hat die Rechte dann verschenkt, die Gesellschaften haben entsprechend Ausrüstung von sehr hohem Wert in Kuba zurückgelassen. Neuerdings wird Fluggesellschaften, die Touristen aus Europa nach Kuba bringen, mit dem Entzug ihrer Landrechte in den USA gedroht. ■

- Ibero-amerikanisches Gipfeltreffen in Guadalajara/Mexiko, bei dem Kuba seine Verbundenheit mit den anwesenden 19 Ländern Lateinamerikas, mit Portugal und Spanien zum Ausdruck brachte,

- Besuch eines Treffens der Gruppe der Drei (G-3): Venezuela, Mexiko und Kolumbien. Auf diesen Konferenzen wurde die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen Kubas zu den lateinamerikanischen Staaten beraten. Konkrete und offizielle Absprachen zu Öl-Lieferungen gab es jedoch nicht. Vielmehr konnte Kuba keine Vorteile aus dem Pakt von San José ziehen (ein Abkommen der Gruppe der Drei zur Lieferung von Öl an arme Länder zu niedrigen Preisen), was formal mit früheren Schulden Kubas bei Mexiko begründet wurde.

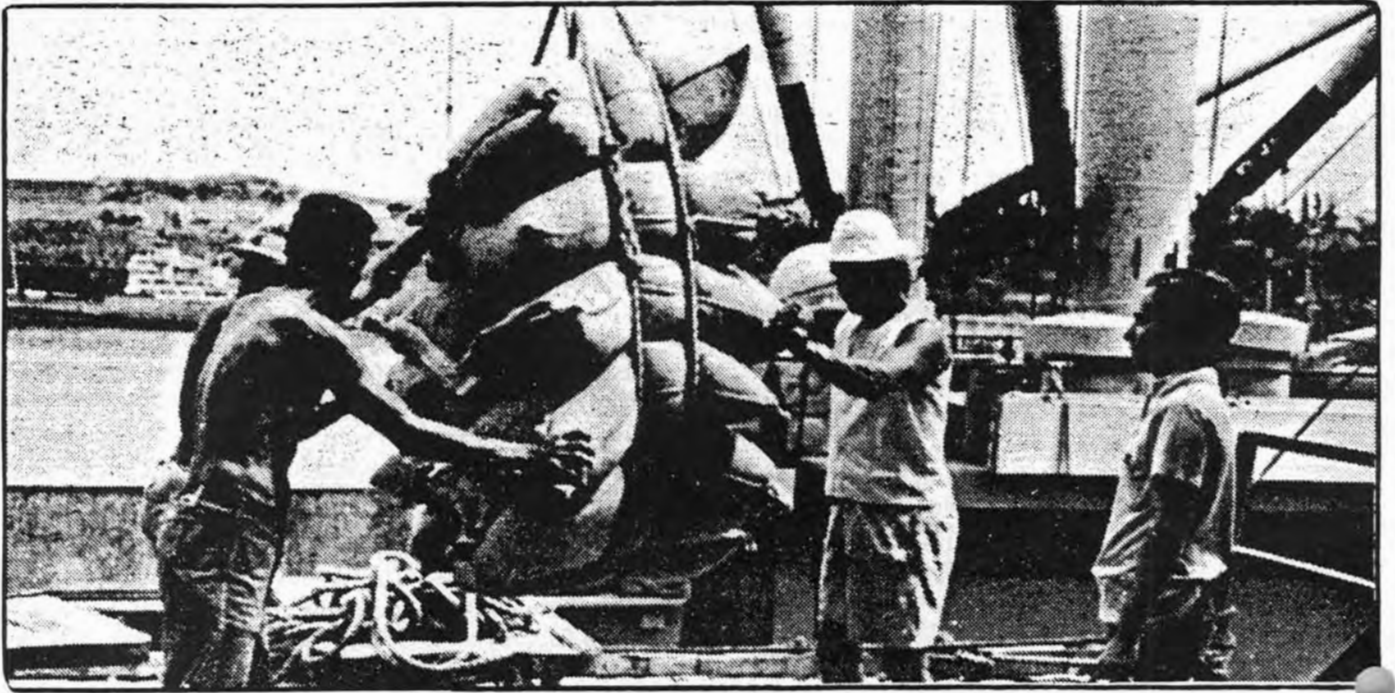
Aber seit 1991 entwickeln sich viele Wirtschaftskontakte im kleineren Stil und auf der halboffiziellen Ebene: Der staatliche mexikanische Ölkonzern liefert Öl an Kuba gegen Sofortzahlung. Außerdem zeigt er sich interessiert am Ausbau einer halbfertigen Raffinerie auf Kuba. Venezuela verkauft Öl über Drittländer an Kuba. Equador auch; außerdem wird Öl equadorianischer Unternehmen in einer wegen Ölmanagements stillstehenden kubanischen Raffinerie raffiniert und die Kosten dafür mit Öl bezahlt. Kuba erhält viele Einnahmen im Tourismus-Bereich durch Mexiko. Es gibt Verhandlungen mit mexikanischen Unternehmen über joint-venture-Unternehmen im Tourismusbereich mit mexikanischer Kapitalmehrheit. Kürzlich erhielt Kuba von Mexiko einen neuen Kredit über 300 Mio. US-Dollar, zukünftig sollen 25 % des kubanischen Exports an Mexiko zur Abzahlung der Kredite verwendet werden. Die Liste dieser Handelsgeschäfte ließe sich erweitern. Natürlich ist eine enge Verbindung nach Lateinamerika auch wegen der kurzen Transportwege und -kosten sehr günstig.

Aber auch mit anderen Ländern steht Kuba in Verhandlungen, so mit dem Iran; aber auch mit Irak und Libyen über ein Tauschgeschäft Öl gegen Zucker. Japan kauft Zucker, ist beteiligt an joint-venture-Abkommen. Aus Kanada erhält Kuba Einkünfte im Tourismus. Unternehmen aus EG-Ländern betreiben joint-venture-Unternehmen. Ein französischer Ölkonzern sucht vor der Küste Kubas nach Öl; bei positivem Ergebnis wird die Ausbeute geteilt. Die Schweiz kauft Interferon. Spanien, traditionell der größte Handelspartner Kubas unter den kapitalistischen Ländern, ist an vielen joint-venture-Unternehmen im Tourismus-Bereich beteiligt; im Gegenzug liefert Kuba Marmor. China schickt Fahrräder und Fahrradfabriken, kauft Lebensmittel und Pharmazeutika.

- Nach Anerkennung der baltischen Staaten führt Kuba mit ihnen Wirtschaftsverhandlungen, auch mit Rußland und der Ukraine. Mit Sicherheit brauchen diese Länder wie zuvor Zucker, Zitrusfrüchte, Nickel. Trotzdem ist wohl noch unklar, ob Verträge über einen Wirtschaftsaustausch zustande kommen können, ob sie Öl liefern können, ob Kompensationsgeschäfte möglich sind, ob die USA einen solchen Handel zulassen werden.

Handel Kubas mit DDR und BRD:

Zwischen der DDR und Kuba gab es eine Vielzahl von Abkommen, die weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausgingen. Neben Handelsbeziehungen gab es eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung und dem Aufbau von Industrieanlagen, aber auch im wissenschaftlich-technischen Bereich und in der Bildung. Mit der Annexion der DDR hat die BRD-Regierung die Verträge und Abkommen mit Kuba zum 1.1.91 einseitig gekündigt. Eine besondere »Popularität« erlangte der ebenfalls gekündigte Vertrag über den Austausch von 22.000 Tonnen Futterhefe aus Kuba gegen 22.000 Tonnen Milchpulver aus der DDR, was dem gesamten Flüssigkeitsbedarf in Kuba für fünf Monate



entsprach. Die Lieferung trug auch dazu bei, den im Sozialprogramm festgelegten halben Liter Milch täglich für jedes Kind bis sieben Jahre zu sichern.

Die BRD betrieb nur wenig Handel mit Kuba: Bis 1988 wurden Importe in Kuba von zehn bis zwanzig Mio. Dollar über Kredite finanziert, die alle abgezahlt sind. 1989 betragen die Importe noch drei Mio., 1990 nur noch eine Mio. Dollar (!) gegen Sofortzahlung. Es gibt jetzt keine Schritte von seiten der BRD-Regierung, aber etliche Unternehmen bemühen sich um Geschäftsbeziehungen zu Kuba.

Ausblick

Die Wirtschaftsdaten zeigen: In Kuba geht es heute um das Überleben. Drei Jahrzehnte lang war Kuba eingebunden in einen Wirtschaftsverbund, den es heute nicht mehr gibt, den RGW. Nun ist das Land gezwungen, sich im Außenhandel den Gesetzen des Weltmarkts unterzuordnen, nach denen Rohstoff- und Grundstoffpreise immer tiefer fallen, verglichen mit den Preisen von Industriegütern. Mit Blick auf die Lebensbedingungen der Menschen in den Ländern Lateinamerikas ist absehbar, was »Integration« in den Weltmarkt für die Staaten dieser Region langfristig bedeutet. Daß der Lebensstandard heute noch erheblich über dem der übrigen Bevölkerung des Kontinents liegt, verdanken die Kubaner ganz wesentlich ihrer Position im früheren sozialistischen Block. Man braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, daß sich die Lebensbedingungen der Kubaner zukünftig gravierend verschlechtern und zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung die Folge sein können.

Bewußt enthalten wir uns jeglicher Prognose. »Untergangspropheten« – die tausend Gründe aufzählen, warum es Kuba längst nicht mehr geben dürfte – beherrschen in der BRD die Diskussion. Im Grunde müssen wir uns aber eingestehen: In den innenpolitischen Verhältnissen Kubas kennen wir uns zu wenig aus, um uns ein fundiertes Urteil erlauben zu können. Hinzu kommt: Solange sich die kubanische Bevölkerung weitgehend passiv gegenüber der politischen Opposition verhält, ist es überhaupt nicht möglich, abzuschätzen, wie sich die Schichten, Klassen und Generationen zukünftig gruppieren werden. Noch ist für die Mehrheit der Bevölkerung keine politische Alternative zur jetzigen Gesellschaftsform denkbar, was aber nicht heißt, daß es in Kuba keine Opposition gäbe. In aller Vor-

sicht wagen wir zu behaupten: Wenn es in Kuba »knallt«, dürfte der Anteil derjenigen, die den kubanischen Sozialismus verteidigen, größer sein als in den bisherigen sozialistischen Staaten Osteuropas. Darüberhinaus ist die Verteidigung Kubas mittelfristig von internationalen Kräfteverhältnissen abhängig. Was können sich die Yankees leisten?

Aus den eben genannten Gründen schließt der Artikel nicht mit einer innenpolitischen Einschätzung, sondern mit einer Reihe von Fragen, zu deren Beantwortung bessere politische Kontakte nach Kuba notwendig sind.

Solche Fragen sind:

- Bildet ein militärischer Angriff von den USA die Gefahr, oder fällt Kuba durch den großen Druck und wirtschaftliche und politische Kapitulation gegenüber dem Imperialismus?
- Inwieweit untergraben gemischte Unternehmen mit ausländischer Kapitalmehrheit in größerer Zahl das kubanische Sozialsystem?
- Inwieweit wird zukünftig die Eingliederung in den Weltmarkt und die Vergabe von Krediten an politische Bedingungen geknüpft? Ist sie überhaupt möglich angesichts der US-Blokade?
- Inwieweit polarisieren sich in der Wirtschaftskrise die Interessen verschiedener Bevölkerungsschichten und bieten der Opposition Anknüpfungspunkte?
- Wo liegt die Perspektive der Jugend mit hervorragender Ausbildung und oft ohne entsprechende Einsatzmöglichkeiten?
- Kann die Jugend, die die Revolution nicht miterlebte, ein revolutionäres Bewußtsein bilden aus der Identifikation mit ihren gesellschaftlichen und politischen Aufgaben?

Wir wissen nicht, wie die Zukunft sich gestalten wird, wir wissen aber, daß Kuba unsere Hilfe braucht. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten, auch um den Herrschenden in unserem Lande zu beweisen, daß der Sozialismus trotz ihres Siegesgeschreis auch in Deutschland lebt. ■

Dieser Ausgabe liegt ein Solidaritätsaufruf für Kuba bei! Er kann zur weiteren Verbreitung extra bestellt werden.

»Staatssicherheits«-Sozialismus?

In der Diskussion über das MfS zeigt sich: Die Umwandlung der »Wende« in der DDR 1989 zur Konterrevolution kommt einer bedingungslosen Kapitulation der DDR gleich; obwohl die Übernahme durch den Westen nicht militärisch erfolgte, verteilen sich die Rechte von Siegern und Besiegten wie nach einem Krieg. Die BRD besitzt nun das »historische Recht« des Siegers und übt es auch aus. Daß der Westen die MfS-Problematik reichlich für seine Zwecke ausnutzt, ist zwangsläufiges Ergebnis dieser historischen Situation. Aber wie sieht die Antwort auf diese Situation vom kommunistischen Standpunkt aus? Dieser Standpunkt muß sich beziehen auf den politischen und gesellschaftlichen Inhalt des »beendeten Kriegszustandes« (im »kalten Krieg« zwischen BRD und DDR), das heißt: Klassenstandpunkt. Die politische Problematik liegt aber in der Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieses »Klassenstandpunktes« in der DDR und der Funktion, die das MfS darin hatte.

1. Je mehr Geheimdienst, um so weniger Sozialismus

Was das MfS, bzw die Stasi angeht, so ist natürlich zu unterscheiden zwischen Auslandsdienst und Inlandsdienst. Der Auslandsdienst – das gestehen auch Politiker aus dem Westen ein – bedient sich, nach den Eigengesetzen der Geheim-Diplomatie, der Methoden des Gegners und operiert ja auch auf dessen Terrain. Die Korruption ist hier die »Seele des Geschäfts«, der Einkauf von Individuen aller Art. Umgekehrt ist es hier den Führenden und »subjektiv Ehrlichen« einfach gefallen, die Würde zu bewahren: Es traf ja immer den wirklichen und identifizierbaren Klassenfeind und das noch in einem »kalten« Kriegszustand. Der Inlandsdienst aber hat – geht man von allgemeinen kommunistischen Auffassungen aus – den Klassenfeind im Innern zum Gegner. Der Hauptanteil aber an der Niederhaltung des inneren Klassenfeindes obliegt der organisierten Klasse, der politischen (öffentlichen) Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. Deshalb könnte man in einer allgemeinen Formel sagen, daß die Reife (Ausdehnung) des Sozialismus in einer Gesellschaft in umgekehrtem Verhältnis zur Ausdehnung des inneren Geheimdienst steht. In der DDR wurde – was sich heute bitter rächt – eine propagandistische Glorifizierung des MfS betrieben, der »Tscheisten-Kult«. Wie bei allen Glorifizierungen, ist auch hier das historische Vorbild, die sowjetische Tscheka (der erste Geheimdienst in der SU), verfälscht zum Mythos erhoben worden. Den Mangel (die Repression nach Innen) zur Tugend zu erklären, bedeutet nichts anderes, als den kritischen Stachel gegen alle Arten dieser Staatsapparate stumpf zu machen. Und die Kritik an ihnen, bzw. an den Bedingungen, die sie hervorbringen, ist eines der vorantreibenden Elemente in der sozialistischen Entwicklung.

2. Staats-Partei und Klasse

Nach 1945 wurden in der SBZ/DDR zwar die alten Staatsapparate zerschlagen, aber nicht durch proletarische Klassenorgane ersetzt. Der »Sozialismus von oben« blieb stärker als die Ansätze »von unten«. Der Grund: Es handelte sich nicht um den Sozialismus als internationalen, revolutionären Prozeß der Massen, sondern um die staatlichen Interessen der SU in der Weltpolitik, weshalb auch der reale internationale Sozialismus inhaltlich auf das Format des Sozialismus in der SU beschränkt – und angewiesen! – blieb. Dieser Prozeß (der reale Verlauf der Revolution nach 1917) hat schon vor 1945 die kommunistische Bewegung tiefgreifend geprägt und verwandelt. Die Frage, weshalb

der offizielle Kommunismus in Deutschland zuerst mit der Besatzungsmacht und später mit dem staatlichen System der DDR (darin dann besonders mit den Stasi-Methoden) identifiziert wurde, ist nicht alleine durch die »Sachzwänge« der weltpolitischen Situation nach dem zweiten Weltkrieg zu erklären. Die Ursachen liegen tiefer und gehen auf die Geschichte der Komintern zurück. Die offizielle Parteitradition aus KPD/Komintern paßte durchaus in diese neue weltpolitische Situation hinein (nicht aber der unterlegene, selbständige Ansatz kommunistischer Politik), brachte also die Menschen mit, die voller Überzeugung dieses Staatssystem mittrugen. In dieser offiziellen Parteitradition lag begründet, daß die Partei der Klasse – nunmehr als Staat – mit fremden Interessen (der SU, bzw. der sowjetischen Arbeiterklasse) gegenübertrat. Die »Kommandomethoden« des Aufbaus in der DDR sind sehr früh schon in der Partei verinnerlicht worden – es sind die Methoden, mit denen schon vorher die KP die Interessen der SU in die Arbeiterklasse hineinrug. Die Bürokratisierung der KP fand ja schon vorher statt. Bekannt ist das tiefe Mißtrauen, was die Parteiführung gegenüber den Arbeitern 1945 hegte und auf der anderen Seite den »Erziehungsauftrag« der KPdSU legitimierte.

3. Die Stasi als Vorfeld-Organisation

Bestätigt wurde diese Haltung der offiziellen Partei durch die Renitenz und Resistenz der Arbeiter, und diese Haltung setzte sich nach 1953 durch die Brechung vorhandenen Widerstandes oder Obstruktion durch. Die Arbeiterklasse gilt seitdem – sofern aktiv – tendenziell als konterrevolutionäres Subjekt. Weil das »Volk« so angesehen wird (Erfahrungen von 1948-1953 und aus den Fluchtbewegungen bis 1961) wird der innere Klassenfeind abstrakt, anonym, letztlich klassenlos. Das Bespitzelungswesen trifft das Volk/die Klasse individuell und ist Teil der Atomisierungstendenz. Das Klassenkollektiv wird durch die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« stillgestellt (das »Arrangement« von Arbeitern und Staat nach 1961), darüber hinaustreibende »Elemente« im Vorfeld des öffentlichen Konfliktes bürokratisch integriert oder politisch liquidiert (Dissidenz). Die Stasi ist eine »Vorfeld«-Organisation, eines der Hauptinstrumente der Staats- und Parteiführung zur »Beilegung begrenzter Konflikte«. Diese Funktion macht sie aber im kommunistischen Sinne rückschrittlich, weil damit der sozialistische Fortschritt – für den der offene Konflikt, zeitweilig auch der Zusammenstoß der Arbeiter mit dem Staat lebensnotwendig ist – erstickt wird. In dieser gewaltsamen Umgehung der Demokratie im Sozialismus (der Demokratie in der Klasse) liegt das reaktionäre Moment des Stasi-Systems – nicht primär in der unmittelbaren Repression. Die Stasi – als Staatsapparat und gesellschaftliches Netzwerk – ersetzt damit die Klassen-Demokratie und beweist noch in ihrer Ausdehnung die Notwendigkeit der Demokratie. Denn die Führung muß wissen, was politisch »unten« los ist, und weil sie – aus eigenem Charakter und äußerem Zwang – die Demokratie nicht zulassen kann, muß dieses Wissen »erspitzt« werden. Die Stasi beweist ferner, wie wenig in diesem Staats-Partei-System der »Kader« der Partei fähig oder willens ist, Informationen nach oben korrekt weiterzugeben oder den Informationen der »unteren Kader« Vertrauen zu schenken. Die Stasi ist auch Ersatz für Partei-Demokratie; schließlich kann es Partei-Demokratie ohne Demokratie in der Klasse nicht geben!

4. Das Bündnis mit autoritär-staatlichen Traditionen

Zum Verhängnis wird den Kommunisten und Sozialisten heute aber insbesondere die Verquickung mit den reaktionärsten Traditionen im »Volk«, auch in der Arbeiterklasse: Die Obrigkeitshaltung ist mehr noch als die Korruption die Grundlage für die Verankerung der Stasi als gesellschaftliches Netzwerk. Der deutsche Spieß, der seine Heimat zwar im Kleinbürgertum, seine Wahlheimat aber auch in der Arbeiterklasse hat, hat es noch mit jedem Staat gehalten. Der Hang zu autoritären Lösungen, der »autoritäre Charakter« des Untertanen-Typs, ist keine deutsche Besonderheit, in Deutschland aber aufgrund historischer Entwicklungen (mangelnde demokratische Traditionen aufgrund der umgangenen demokratischen Revolution) stark ausgeprägt. Mit dem Netzwerk-System der Stasi hat sich die SED auf die reaktionärsten Traditionen »im Volk« gestützt – offen bleibt, wie weit die Partei selber durchdrungen war von zentralistisch-bürokratischen »Obrigkeits«-Traditionen und damit eine Erblast der deutschen Arbeiterbewegung zur späten Blüte gebracht hat. Diese verheerende Verquickung von revolutionärem Anspruch und reaktionären Methoden macht einen Großteil des »Bewältigungsproblems« heute aus. Der Wunsch »im Volk«, den Mist abzuschütteln, in dem man selber mit herumgerührt hat, führt in ein kollektives Trauma, das nur noch Hysterie hervorruft. Was bleibt, ist das »Haltet den Dieb«, der »Dieb«, das sind die Kommunisten!

5. Die Kommunisten müssen die Folgen tragen

Diese gesellschaftliche Seite des »Stasi-Syndroms« entlastet aber die Kommunisten nicht von ihrer besonderen

Verantwortung! Sie können sich gegen die ihnen zuge dachte Rolle des Opferlamms nur wehren, wenn sie die volle politische Verantwortung, und zwar kollektiv übernehmen, unabhängig davon, in welchem Grade sie individuell verstrickt waren oder nicht. (Das gilt im übrigen ebenso für die Kommunisten in Westdeutschland wie in der SU!) Die (ehrlichen, nicht-korrupten) Motive gelten nur für die Beurteilung von Einzelnen, die kommunistische Bewegung hat sich aber den realen Auswirkungen zu stellen. Und die sind, was die allgemeinen Methoden betrifft, die im besonderen dem Stasi-System zugrundeliegen, reaktionär. Durch diese Methoden sind die Kommunisten ununterscheidbar von den Korrupten und Spießern geworden. Letztere reißen die Ersteren mit – das heißt: Die Kommunisten werden das Hauptopfer der alten SED-Politik des »Arrangements«, nachdem sich ein Großteil des »Volkes« mit dem Westen arrangieren will.

Mit der Neugründung der SED als PDS ist der richtige, erste Schritt getan worden, um sich dieser Verantwortung zu stellen. Das aber ist nur die erste Bedingung für die notwendige Auseinandersetzung. Die politische Auseinandersetzung darf nicht bei der Frage Einzelner oder der Formen der Partei-Existenz (Eigentum usw.) stehen bleiben. Genau damit würde man sich auf die Ebene des Gegners begeben, vor dem sich – und das ist ein entscheidender Punkt! – kein Kommunist zu legitimieren hat. Die wirkliche Legitimation wird nur innerhalb der Arbeiterklasse erworben, und in der Frage, wie man dorthin kommt oder weshalb man sich von dort entfernt hat, sind die aktuellen Probleme und die historische Entwicklung unmittelbar verknüpft.

12.3.92 ■

Die bürgerliche Hetzjagd hat begonnen

Aufarbeitung der DDR-Geschichte !?

Die Hetzjagd, die zur Zeit in Presse und Medien der BRD läuft, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Es scheint fast so, als ob die deutsche Geschichte nur noch aus der 40jährigen Geschichte der DDR und deren Staatssicherheit bestünde. In den Hintergrund gerät der geschichtliche Zusammenhang und damit die Voraussetzungen, unter denen die beiden deutschen Staaten nach 1945 entstanden: Vom Deutschen Reich unter Bismarck mit seinen Sozialistengesetzen zum Kaiserreich Wilhelm II. mit den Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter, dem 3. Reich und dem barbarischen Gestapo-Terror gegen die Arbeiterbewegung, sowie der daraus folgenden militärischen Besetzung und Teilung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Jede dieser Perioden trägt in sich auch Folgen und Spuren der vorangegangenen, und die Geschichte ist nur zu begreifen, wenn der rote Faden klar wird, der sich durch sie hindurchzieht und von mehr Niederlagen als Erfolgen für die Arbeiterbewegung begleitet ist: Es sind die inneren Klassenausinandersetzungen und das Großmachtstreben des deutschen Kapitals.

Der Historiker-Streit erreicht neue Dimensionen

Historiker bemühen sich bereits seit längerem, die herrschende Klasse Deutschlands von ihrer historischen Verantwortung für zwei Weltkriege und den Nationalsozialismus reinzuwaschen, indem sie den Nationalsozialismus nicht als Form bürgerlicher Klassenherrschaft, sondern als Antwort auf den Bolschewismus darstellen. Jetzt wird der Staatssicherheitsdienst der DDR benutzt, um die eigene

Verantwortung zu verharmlosen, den fast schnurgeraden Übergang der Nazi-Justiz in den Justizapparat der BRD Anfang der 50er Jahre (Kiesinger, Carstens, Globke und viele andere, die dem Nazistaat gedient hatten, beherrschten den Staats- und Justizapparat der BRD) und um von der gegenwärtigen Rechtsentwicklung der deutschen Politik abzulenken. Jetzt, wo es gegen den Sozialismus geht, wollen sie zeigen, daß sie »gelernt« haben. Die »friedliche Revolution« in der DDR, auf die Regierung und herrschende Klasse selbstzufrieden hinweisen, hat der Bevölkerung der DDR ein koloniales Abhängigkeitsverhältnis beschert, das mit Versprechungen nicht mehr zu erhalten ist, von dem Gefahr ausgehen könnte, wenn die Bevölkerung nicht niedergehalten werden kann. Schon wird von der Gefahr eines »sozialpolitischen Flächenbrandes« in den fünf neuen Bundesländern gesprochen und daß die Lage schlechter ist als die Stimmung in der Bevölkerung. »Wenn das drüben klar wird, muß die Stimmung drüben umschlagen«. (Meyer)

Erfolge der Hetzjagd

Die Hetzjagd wegen Stasi-Zugehörigkeit bzw. »informeller Mitarbeit« wird in guter deutscher Tradition von liberalen »Spiegel« angeführt und kann schon auf »Erfolge« hinweisen. Der thüringische Bundestagsabgeordnete der PDS, Dr. Riege, suchte den Freitod. Er war der politischen Elite, die in Bonn sitzt, ein besonderer Dorn im Auge, weil der ehemalige Postbedienstete in Jena Professor für Recht geworden war. Trotz »Abwicklung« nach der Wende war er Kommunist geblieben. Mit Recht fragt die Abgeordnete

der PDS, Fache, ob nicht »unsere uneingeschränkte Solidarität« Riege hätte helfen können. Die Inquisitoren beschuldigen ihn, vor 32 Jahren als Mitarbeiter des MFS tätig gewesen zu sein. Damals herrschte in Deutschland »kalter Krieg«, Sabotageakte antikommunistischer BRD-Organisationen gegen die DDR (daran war auch das Ostbüro der SPD beteiligt) waren akzeptierter Bestandteil der gegen die DDR gerichteten Politik. Vergiftungen von Lebensmitteln, Störung der wenigen Handelsbeziehungen und was sonst der Entwicklung der DDR schaden konnte, gehörten dazu. Riege und viele aus seiner Generation verbanden mit ihrer Tätigkeit für die DDR kein Denunziantentum, sondern die Hoffnung, daß dieser Staat für die arbeitende Bevölkerung ein besseres Leben ermöglichen würde, als das, was sie aus ihrer Kindheit noch kannten. Daß Riege zu seiner Vergangenheit und der Vergangenheit der DDR mit ihren positiven wie negativen Seiten stand, ehrt ihn und zeigt die entgegengesetzte moralische Qualität im Vergleich zu jenen Nazigrößen, die angeblich nichts gewußt und nichts gesehen haben und den »Führer« als ihren allein verantwortlichen Oberbefehlshaber hinstellten. Aber auch zu jenen Figuren, die sich heute bemühen, ihre DDR-Vergangenheit vor den neuen Herren abzustreifen.

Es gibt auch »Erfolge« anderer Art bei der Hetzjagd. Einige Tage nach dem Freitod Rieges veröffentlichte »Neues Deutschland« ein Interview mit einem anderen Bundestagsabgeordneten der PDS, Ulrich Briefs. Der aus der PDS/Linke Liste ausgetretene West-Abgeordnete erklärte u. a.: »Ich habe viel gelernt über die PDS und ihre Gesellschaft und ein sehr negatives Bild erhalten. Ich denke, es handelt sich um eine durch und durch manipulierte und verlogene Gesellschaft.« Zur Erinnerung: Der Abgeordnete Briefs kam vor der Bundestagswahl von den westdeutschen Grünen zur PDS/Linke Liste und wurde nur durch die Stimmen der PDS-Wähler in den fünf neuen Bundesländern Abgeordneter. Der »Ehrenmann« rückt natürlich sein Mandat nicht raus. Der »Personenkreis« der PDS/Linke Liste aus dem Westen hüllt sich in Schweigen. Briefs meint in seinem ND-Interview, er sei auf Grund seines Austritts (für ihn war das ein »Befreiungsschlag«) vor allem von Linken aus dem Westen (vor seinen Wählern im Osten läßt er sich nicht blicken) daraufhin angesprochen worden. Über das, was die »Linken aus dem Westen« geäußert haben, schweigen er und seine westlichen »Mitsstreiter« Wir und andere haben Briefs in der Vergangenheit, als er von der Gewerkschaftsbürokratie bedrängt wurde, unterstützt. Dies ist auch im Nachhinein gesehen, richtig und notwendig gewesen. Auch wenn man heute feststellen muß, daß er offensichtlich nichts daraus gelernt hat.

Was ist der Zweck der Hexenjagd

50 Jahre nach der Wannseekonferenz »erinnern« sich Parteien und Regierung der BRD der damals beschlossenen »Endlösung« an Millionen Juden. Aus diesem Anlaß

wurde in Berlin eine Ausstellung eröffnet. Die »Welt« schreibt über die seinerzeit auf dieser Konferenz versammelten Staatssekretäre, Ministerialbeamten und SS-Führer: »Es waren mediokre Beamte, die die Endlösung organisierten, Menschen wie wir. Dies zu zeigen ist eine Leistung dieser Stätte.« Soweit der Journalist Seewald. Wer ist »wir«, dürfen wir doch wohl fragen. Für wen spricht Seewald in der »Welt«? Für die bürgerliche Elite, oder will er der Ideologie von der »Kollektivschuld« neuen Auftrieb verleihen?

Sein Kollege Neander gibt auf die Frage in der derselben Zeitung eine Antwort: Die »Stasi-Enthüllungen« sind für ihn der willkommene Anlaß zu einem Vergleich zwischen Stasi und Gestapo: »Gewiß, die Gestapo war in der Nutzung viel grausamer und schneller. Sie machten kurzen Prozeß. Aber sie beschränkten sich im wesentlichen auf Zufallstreffer. . . Den Luxus eines systematisch durchorganisierten, riesigen, das ganze Land und alle seine Lebensbereiche überziehenden Netzes von streng verpflichteten Spitzeln wie der Stasi hat sich das NS-Regime – von der Ausnahme ganz bestimmter Zielgruppen abgesehen – nie geleistet. Es war an der Vernichtung und Ausschaltung etwaiger Feinde interessiert, nicht aber daran, alles, aber auch alles, über jeden im Lande zu wissen.«

Die »Ausnahme ganz bestimmter Zielgruppen«, das können nur Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und jene, die Widerstand organisierten, gewesen sein. Alleine dafür brauchten die Nazis schon »das ganze Land und alle seine Lebensbereiche« überziehende Netze. Noch nie was von Blockwarten gehört, Herr Neander? Nehmen wir zu Gunsten dieses Journalisten Unwissenheit an. Unter welche Rubrik fallen bei ihm aber dann die toten Juden, deren Schicksal er doch auch heute so beklagt neben dem der Roma, Sinti und anderer? Sind das »Zufallstreffer«, »Ausnahmen« (d. h. bestimmte »Zielgruppen«) oder fallen sie unter »Vernichtung und Ausschaltung etwaiger Feinde«? Oder nehmen wir die Zehntausende körperlich und geistig Behinderter, die mit Lügen und Listen umgebracht wurden?

Druck auf die Gewerkschaften und Beschäftigten im Westen

Die Gewerkschaft ÖTV wird in einer Pressekampagne angeklagt, sie habe anläßlich des LKW-Streiks 1983 mit den Behörden der DDR gekungelt. Frau Wulf-Mathies hat mit Recht auf das Timing der Kampagne mit der bevorstehenden Tarifverhandlung hingewiesen. Die Gewerkschaften müssen eingeschüchtert und vorbereitet werden, daß sie sich für die Bewältigung der »Jahrhundertaufgabe« in der DDR zur Verfügung stellen. Die »Substanz« des Vorwurfes der Kungelei ist einfach: Der Fernfahrerstreik 1983 mußte auch die Transitstrecke nach West-Berlin erfassen. Die ÖTV benachrichtigte die vier Kontrollmächte des Berlin-Abkommens. Die SU verwies die ÖTV an die DDR. Dabei ging es um die Grenzübergänge Staaken, Dreilinden,

Wir trauern um

Prof. Dr. Gerhard Riege

Mitglied des
Deutschen Bundestages
* 23.5.1930 † 15.2.1992

Er trug an der Last der
Vergangenheit.
Er zerbrach an der
haßerfüllten Gegenwart.

„Mir fehlt die Kraft zum Kämpfen
und zum Leben. Sie ist mir mit der
neuen Freiheit genommen worden.

Ich habe Angst vor der Öffentlichkeit,
wie sie von Medien geschaffen
wird und gegen die ich mich nicht
wehren kann.

Ich habe Angst vor dem Haß, der
mir im Bundestag entgegenschlägt,

aus Mündern und Augen und Hal-
tung von Leuten, die vielleicht nicht
einmal ahnen, wie unmoralisch und
erbarmungslos das System ist, dem
sie sich verschrieben haben.

Sie werden den Sieg über uns voll-
auskosten. Nur die vollständige Hin-
richtung ihres Gegners gestattet es
ihnen, die Geschichte umzuschreiben

und von allen braunen und schwar-
zen Flecken zu reinigen.

Solange es die PDS gibt, wird es
auch den Stachel geben, der die Erin-
nerung an einen Versuch der Alterna-
tive und an die eigene Vergangenheit
seit dem Zweiten Weltkrieg wach-
hält.“

(aus dem Abschiedsbrief von Gerhard Riege)

Helmstedt und Herleshausen. Außenminister Fischer aus der DDR soll nach Absprache mit Honecker sein Einverständnis gegeben haben, daß nach Beendigung des befristeten Streiks die Grenzkontrollen so zügig wie nur möglich durchgeführt werden sollten, um ein Verderben der Lebensmittel zu verhindern. Dies ist ein Zusammenhang, aus dem sich Kungelei überhaupt nicht ableiten läßt. Die Gewerkschaft hatte noch darum gebeten, daß die Fernfahrer des DDR-Transportunternehmens »Deutrans« von Entladungsarbeiten während des Streiks entbunden würden. Das war eine Forderung der LKW-Fahrer, die mit dem Streik durchgesetzt werden sollte. Man kann es auch anders ausdrücken: Sie forderten von den LKW-Fahrern der DDR Solidarität, keine Streikbrucharbeit. Tatsächlich hatten Unternehmer Vorbereitungen zum Streikbruch getroffen.

Was macht die Presse daraus? Die als liberal geltende »Süddeutsche Zeitung« betrachtet die Erwiderung von Frau Wulf-Mathies zu den Vorwürfen gegen die ÖTV als »beispiellose Frechheit«, während die Springer-Presse (»Bild«) von einem »Dokument der Schande« spricht, daß die ÖTV 1983 »die DDR-Regierung um Hilfe gebeten« habe. Dabei versäumte es Frau Wulf-Mathies nicht, ihren damaligen Stellvertreter und Konkurrenten Mertens insofern herabzusetzen, als sie andeutete, daß Mertens ohne ihr Wissen möglicherweise etwas getan habe, was »nicht in Ordnung« gewesen sei.

Die CDU/CSU fordert durch ihren Sprecher den Ausschluß Bernt Engelmanns aus der IG Medien. Engelmann habe sich aus DDR-Archiven Dokumente für sein »Schwarzes Kassenbuch« beschafft – was er nie verheimlicht hat. Es wird nicht etwa gefragt oder bezweifelt, ob seine auf die Dokumente gestützten Feststellungen über die Nazitätigkeit von führenden BRD-Nachkriegspolitikern den Tatsachen entsprechen, sondern entscheidend soll sein, woher die Dokumente kommen. Die »Welt« konstruiert daraus Engelmanns »Verbundenheit mit dem System«. Ob sie diesen Vorwurf demnächst auch gegen den Leiter der Wiener Dokumentationsstelle für Naziverbrechen, Simon Wiesenthal, erhebt, der sich um die Archive der DDR, Polens und anderer Ostblockländer bemühte?

Wie zynisch in der BRD die demokratischen »Grundsätze« zu Makulatur werden, zeigt der jüngste Skandal um die Daten von 70.000 Personen, die dem Konzern BASF »überlassen« wurden. Sie stammten aus der intensiven Zusammenarbeit zwischen der Ludwigshafener Polizei und dem Werkschutz der BASF. Der Betriebsrat wußte von nichts und weist die Erklärung der Firmenleitung, es handle sich um Vorsichtsmaßnahmen gegen Beschäftigte von Fremdfirmen, zurück. Denn ebenso könnte die Überprüfung »auch auf alle BASF-Mitarbeiter ausgedehnt werden«. Es wäre naiv zu glauben, daß dies nicht der Fall sei und daß BASF ein einmaliger Fall wäre.

Die Stasi-Jagd soll bewirken, daß das Volk in der ehemaligen DDR sich mit der Erniedrigung und Ausplünderung abfindet. Angst und Duckmäusertum soll verbreitet werden. Versprechungen à la Kohl finden keinen Glauben mehr bei der Bevölkerung.¹ Die »Wessis«, die der DDR-Bevölkerung wie Kolonialbeamte vorgesetzt werden, stoßen auf wachsende Verachtung und Zorn, selbst in den Reihen der CDU-Ost.

Langsam kommt die Bevölkerung dahinter, daß die »Saubermänner« entweder keine Saubermänner sind oder – wie Wilhelm Busch sagte – solche sind, weil Tugend nur Mangel an Gelegenheit war. Für die Niederhaltung der Bevölkerung in der ehemaligen DDR sind Regierung und Unternehmer aus dem Westen auf die Hilfe der Gewerkschaften angewiesen.

Die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit

Mit dem Rückzug der Sowjetunion als Besatzungsarmee aus der DDR verlor die Regierung ihre entscheidende Stütze. Die Verantwortlichen in der SU haben erneut – wie schon 1945 – gezeigt, daß sie die sozialistische Bewegung in Deutschland als Werkzeug ihrer außenpolitischen Interessen betrachteten. Der unerläßliche Selbstschutz der Arbeiterklasse konnte sich unter diesen Bedingungen nicht entwickeln. Die Stasi war ein schlechter Ersatz für die politische Eigeninitiative der Arbeiterklasse.

Vor den Folgen dieser Abhängigkeit der deutschen Arbeiterbewegung von ausländischen Besatzungsmächten haben wir seit 1945 gewarnt. Dies kann uns aber nicht von der Verpflichtung entbinden, für die Überwindung der Folgen mit einzustehen. Die sozialistische Bewegung muß bei der arbeitenden Bevölkerung und besonders bei der Jugend wieder Vertrauen gewinnen. Sie muß ihren Kämpfen jede nur mögliche Hilfe geben.

Eine Aufarbeitung der Vergangenheit in Zusammenarbeit mit Presse, Medien und Justizorganen der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht möglich.² Ganz abgesehen von der Geschäftemacherei, die mit dem Akten-Ankauf und -Verkauf von der Presse betrieben wird, läßt die Presse von »Spiegel« bis »Bild« nichts aus, um mit der Unwissenheit der Bevölkerung im Westen gegen die im Osten Schindluder zu treiben (angebliche Tötung von Neugeborenen oder die »Enthüllungen« des sächsischen Innenministers Egger über den angeblichen Psychiatrie-Terror).

Schon die Aufarbeitung der Nazivergangenheit mit und in der bürgerlichen Gesellschaft war nicht möglich, die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit noch viel weniger. Der deutsche Spießler steht nicht zu seiner Vergangenheit. Er verklärt sie. Dafür beweist er umso mehr »Tapferkeit« beim Herumtreten auf dem am Boden liegenden Gegner. Die »Tapferkeit« der Nazizeit ist dem Spießler geblieben, nur die Methoden sind verfeinert: 100000 Angestellte des öffentlichen Dienstes, 20000 Lehrer, tausende hervorragender Wissenschaftler und Ärzte und über 1000 Richter und Staatsanwälte erhalten Berufsverbote und werden aus politischen Gründen brotlos gemacht. Dazu kommt der

1 Nicht nur Kohl hat der DDR-Bevölkerung die Unwahrheit gesagt. Der DIW-Wochenbericht 17/90: »Es ist aber kaum zu erwarten, daß die Produktion so nachhaltig zurückgeht, daß anhaltende Massenarbeitslosigkeit droht«.

2 Repräsentanten der »Bürgerbewegung« der DDR lassen sich jetzt von den Gegnern des Sozialismus in der BRD in ihren Feldzug einspannen. Ein »Tribunal« soll »politisch-moralische« Schuld feststellen, ohne die historische Verantwortung der herrschenden Klasse und deren Kampf gegen die sozialistische Bewegung zu berühren.

August Thalheimer

Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie

Zu den Vorstellungen des ADGB (Naphtali) über die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung · 1928
Mit einem Nachwort zur Montan-Mitbestimmung 1981
53 S., Broschur

3,- DM

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

Einsatz der Strafjustiz, die Soldaten der Grenztruppen verurteilt, weil sie ihre Dienstvorschriften befolgten, wobei Flüchtlinge zu Tode kamen. Gleichzeitig werden juristische Maßnahmen gegen Ärzte und Militärangehörige im Westen eingeleitet, die äußerten, Soldaten seien »potentielle Mörder«, was meint, sie werden für dieses Handwerk ausgebildet. Fragebogen, Verfolgung der PDS, stehen erst am Anfang – die PDS soll aus der Öffentlichkeit verschwinden! Die politische Moral wird vom Sieger bestimmt, sie entspricht der Moral der herrschenden Klasse.

Die Aufarbeitung der Stasi-Geschichte mit ihren verschiedenen Aspekten muß vor allem von der PDS in Zusammenarbeit mit früheren Mitgliedern der SED aus den Be-

trieben geschehen. Unsere Antwort auf die Hetzjagd kann nur sein, nicht in Panik zu verfallen, erst recht nicht, weil einige zum Gegner überlaufen, um dort ihr Wissen gegen guten »Lohn« zu verkaufen. Die Bäume der bürgerlichen Ordnung wachsen nicht in den Himmel. Es soll von den immer deutlicher hervortretenden sozialen Folgen des »Anschlusses« (Langzeitarbeitslosigkeit, Kahlschlag von Industriegebieten, wachsende Gewaltkriminalität usw.) abgelenkt werden. Es soll ein Keil in die Bevölkerung getrieben werden, indem immer neue Opfer-Täter-Szenarios in der Boulevardpresse inszeniert werden. Mißtrauen und Zwietracht werden geschürt, um nach der Devise »Teile und Herrsche« die Bevölkerung immer wieder zu spalten.

P., HH, 11.3.92 ■

LESERBRIEF

Zur Rolle der deutschen Sozialdemokratie im Baltikum 1917/18

Zu dem im Januar 1991 in der »Arbeiterpolitik« erschienenen Artikel »Die Sowjetunion und die baltischen Staaten« ist noch eine Ergänzung notwendig. In dem Abschnitt, der die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf die drei baltischen Länder skizziert, wurde das Blutbad unter revolutionären Arbeitern nach der Eroberung des »roten Riga« im Mai 1919 durch deutsch-lettische Truppen erwähnt. Es hieß dann weiter, daß deutsche Generäle zusammen mit Briten und Amerikanern sich massiv bemühten, der russischen Revolution den Garaus zu machen.

Die historische Wahrheit ist nicht nur schwarz-weiß, denn das Wechselverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution ist nur zu verstehen, wenn die Einfluß- und indirekte Teilnahme der deutschen Reichsregierung unter den Sozialdemokraten Ebert-Scheidemann an der erwähnten konterrevolutionären Bluttat ihre gebührende Erwähnung findet. Denn die Politik der Sozialdemokratie war ein aktives Bekämpfen der Revolution mit Unterstützung der Reichswehr und der Baltikumer. Besonders hervorgetan hatte sich dabei der sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen, AUGUST WINNIG. In seinen Erinnerungen, 1935 und 1940¹ unter dem Titel »Heimkehr« erschienen, schildert er seine Rolle selbst: »Ich fühlte die Gefahr, die diesen Ländern drohte. Mit blutiger Mühe waren sie dem russischen Machtbereich abgerungen und wollten jetzt zu einem Eigenleben emporwachsen. . . Diese kleinen Völker, die wir dem Moskowitertum entrunnen haben, sind jetzt mir anvertraut. Wieviel Herren haben sie schon gehabt: der Orden hat sie vor 700 Jahren erobert und dem Abendlande zugeführt. Dann sind Polen, Schweden, Dänen, Russen in wechselvollem Durcheinander ihre Herren gewesen. 200 Jahre hat die russische Herrschaft gedauert, und deutsche Waffen haben ihr ein Ende gemacht. Was kommt jetzt? Wäre es nicht ein seltsamer und versöhnender Kreislauf, wenn Deutschland die-

sen Ländern, die es einst ihrem Eigenleben entrissen hat, ihre Unabhängigkeit zurückgäbe? Aber das kann nur gelingen, wenn wir den russischen Vormarsch aufhalten. Ob ein Peter oder Alexander, ein Nikolaus oder Lenin die Armeen marschieren läßt, es ist immer Rußland, das da marschiert. Jetzt muß ich schnell nach Riga und muß schnell nach Berlin, damit wir die Rote Armee aufhalten können. . .«

Dann kamen »schlechte Nachrichten«: »Eine der beiden lettischen Kompanien meuterten, und sie hatten sich mit den Bolschewiken verbündet. . .« (die »Bolschewiken« waren die lettischen revolutionären Arbeiter) . . . »Es war festgestellt, daß die Bolschewiken Rigas bereits durch Boten mit der Roten Armee verkehrten. Es wurde die Befürchtung laut, daß schon 100 oder mehr Angehörige der Roten Armee sich in der Stadt eingeschlichen hatten. . .« Die lettische bürgerliche Regierung war nicht in der Lage, die revolutionären Arbeiter zurückzudrängen und erbat von der englischen Flotte Hilfe gegen die Roten. Die Engländer wandten sich an die deutschen Behörden (das war Winnig) und erklärten, so Winnig, »ohne unsere Einwilligung würden sie keinen Mann an Land setzen«.

Winnig, der zwei Jahre später ausdrücklich die Kapp-Putschisten begrüßte, schilderte dann, was ihn besonders beeindruckte: . . . »dann kam die erste wirkliche Hilfe: das Freikorps Pfeffer rückte ein, etwa in der Friedensstärke einer Kompanie, eine ausgelesene Mannschaft in voller Ausrüstung und von guter Haltung. Der deutsche Soldat in seiner härtesten Prägung war da und griff ein; nun konnte das Baltikum wieder hoffen.« Einen der Offiziere dieses Freikorps fragte Winnig, ob ihnen die Soldatenräte unterwegs Schwierigkeiten gemacht hätten: »Schwierigkeiten? Nein, die gab es nicht. Für alle Fälle hatten wir ja Handgranaten.«

So wie die Niederschlagung der Revolution 1918 in Deutschland durch die Ebert-Scheidemann-Regierung dem Sieg des Nationalsozialismus 1933 den Weg bereitete, so auch im Baltikum: Der politische Vertraute der Ebert-Scheidemann-Regierung, Winnig¹ war tatkräftig beteiligt an der konterrevolutionären Aktion des deutschen Militärs, was zu einer Stärkung der reaktionären Kräfte im Baltikum führte. Nur auf diesem Hintergrund ist zu verstehen, daß die Nazitruppen nach ihrem Einmarsch 1941 im Baltikum eher Unterstützung als Widerstand vorfanden. Die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Vorstellung von »Ruhe und Ordnung« trägt politische Verantwortung für diese Entwicklung – und das sollte als Teil der historischen Wahrheit nicht vergessen werden.

P. B., 15. 2. 1992 ■

1 Winnig schrieb im November 1933 (!) über sein politisches Wirken: »... aber es war notwendig, daß er (dieser Weg) gegangen wurde, sonst wären wir heute nicht dort, wo wir nun sind.« So wie seine Politik endete auch der Mann Winnig – in den Reihen der NSDAP! Gezählt haben dafür Millionen Tote.

Triumph imperialistischer Zerstückelungsstrategie?

Die Informationsbriefe »Arbeiterpolitik« veröffentlichten in der Nr. 1/1991 einen umfangreichen Artikel »Die Sowjetunion und die baltischen Staaten« und fordern gleichzeitig zur Diskussion darüber auf. Der Aufsatz bietet eine Fülle von zum Teil schwer zugänglichem Faktenmaterial. Drei Probleme, die für die Entwicklung der baltischen Republiken sowie für die Baltikumpolitik imperialistischer Mächte und der Sowjetunion von beträchtlichem Gewicht sind, werden m. E. aber viel zu kurz behandelt.

Der erste Problemkreis umfaßt die langfristigen Planungen, die »Endziele« des deutschen Imperialismus seit etwa der Jahrhundertwende gegenüber der Region. Kurz, dabei treffend, formulierte am 10. Februar 1942 der Leiter der politischen Abteilung im Reichskommissariat für das Ostland, der obersten faschistischen Besatzungsbehörde für das Baltikum, die deutschen Endziele für die Region zwischen Tilsit und Narva. FRIEDRICH TRAMPEDACH schrieb damals in einer Aufzeichnung: »Der baltische Raum soll deutscher Siedlungs- und nicht nur deutscher Lebensraum werden.«¹ (Hervorhebung im Original) Diese Formel reflektierte nicht nur die Ziele der faschistischen Eliten. Derartige Vorstellungen über die Zukunft des Baltikums gehörten spätestens seit Beginn des ersten Weltkrieges zum Allgemeingut der entscheidenden Gruppen der Bourgeoisie in Deutschland. Äußerungen, wie jene des Baltendeutschen Friedrich Trampedach vom Februar 1942, ließen sich in großer Zahl beispielsweise aus der Kriegszieldiskussion der Jahre 1914-1917 zitieren. Ein Blick in die Akten vermittelt sehr bald die Erfahrung, daß die eindrucksvollsten Zeugnisse über die deutschen »Endziele« im Baltikum aus jenen Zeitabschnitten überliefert sind, in denen sich der deutsche Imperialismus zur Realisierung seiner Pläne im Stande glaubte bzw. schon mit deren Umsetzung in Politik begonnen hatte. Das betrifft vornehmlich die Zeit des ersten Weltkrieges und die Jahre nach dem Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, ab 22. Juni 1941. Dagegen sind die Äußerungen von Entscheidungsträgern in Deutschland während der Zeit nach der militärischen Niederlage im ersten Weltkrieg bis etwa zum Anschluß Österreichs im März 1938 zurückhaltend. Ein genauer Blick auf die breitgefächerte deutsche Baltikumpolitik belegt aber, daß die langfristig angelegten Ziele in der s. g. Zwischenkriegszeit, auch in der Zeit der Weimarer Republik, nicht aufgegeben worden sind.

Die von Trampedach so treffend beschriebenen deutschen »Endziele« enthielten im Grunde zwei, für das Schicksal der Staaten und Völker im Baltikum schwerwiegende Komponenten. Die deutsche Herrschaft sollte staatsrechtlich gesehen durch den erzwungenen Beitritt der drei besetzten baltischen Staaten zum Deutschen Reich errichtet werden. Zum anderen wollte man durch eine »negative« Bevölkerungspolitik im großen Umfang Raum für deutsche Siedler schaffen. Grundlage dafür waren der Antikommunismus und vornehmlich in der Zeit nach 1941 der Rassismus, der vielfach mit dem Antikommunismus kombiniert wurde (»jüdisch-bolschewistisch«).

Radikale Konzepte für eine »negative«, raumschaffende Bevölkerungspolitik im Baltikum sind bereits aus der Zeit des ersten Weltkrieges überliefert. In seiner bekannten »Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege« forderte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, CLASS, im September 1914 eine »Art völkische Feldbereinigung« durchzuführen, aus dem Baltikum die Weiß- und

Großrussen, die Juden, die Polen, die Litauer sowie einen großen Teil der Letten und Esten »abzuschieben« und dadurch Land für die Ansiedlung von »Millionen deutscher Stammesgenossen« zu gewinnen.²

In der Zeit der Besetzung durch den deutschen Faschismus hatte sich als Faustregel für die »negative« Bevölkerungspolitik herausgebildet, daß alle Juden, Polen und Russen sowie etwa 50% der litauischen, lettischen und estnischen Bevölkerung aus rassistischen und alle Kommunisten sowie all jene Menschen, denen eine besondere Nähe zum Sowjetsystem nachgesagt wurde, aus politischen Gründen »verschwinden« sollten. Den dadurch gewonnenen Raum wollte man mit Deutschen oder mit anderen »Germanen« besiedeln.³

In deutschen »Endziel«-Planungen, vornehmlich aus den Kriegszeit, erscheint das Baltikum sowohl als eigenständiges Expansionsobjekt, aber auch als Plattform zur Erreichung viel weiter gesteckter Ziele. Im Aufsatz der »Arbeiterpolitik« findet sich der Hinweis auf die für Großmächte bedeutsame geographische Lage der drei Republiken. So sollte die Eroberung des Baltikums dem deutschen Imperialismus auch die Herrschaft über die östliche Ostsee sichern. Wesentlicher aber noch war, daß der erzwungene Beitritt der baltischen Länder zum deutschen Reich als Bestandteil und wirkungsvolles Instrument zur Entboltschewisierung und Zerstückelung der Sowjetunion angesehen wurde und als Ausgangspunkt für die in südlicher und östlicher Richtung geplante koloniale Erschließung Rußlands, Weißrußlands, ja selbst der Ukraine dienen sollte.

Eine, wenn auch nur knappe Beschreibung der deutschen »Endziele« gehört m. E. in jede objektive Darstellung der baltischen Landesgeschichte, da die Planungen stärker als jede praktische Politik, gewissermaßen in reiner Form, das Wesen der deutschen Beziehung zum Baltikum offenbaren. Außerdem hat der deutsche Imperialismus in diesem Jahrhundert bereits zweimal versucht, seine Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

Das hat in der baltischen Landesgeschichte tiefe Spuren hinterlassen und Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet. Neben den »rassisch Unerwünschten« wurden vor allem die revolutionären Kämpfer für den Sozialismus in der Region zwischen Tilsit und Narva Opfer der deutschen Herrenmenschen und ihrer Helfer aus der einheimischen Bevölkerung. So waren es beispielsweise nicht schlechthin »fremde Truppen«, wie es in dem Artikel der »Arbeiterpolitik« heißt, die im Bunde mit Weißgardisten aus dem Baltikum die sozialistische Revolution in den baltischen Staaten 1918/19 im Blute erstickten. Den Kern der konterrevolutionären Streitkräfte bildeten deutsche Freiwillige (wie schon bei der grausamen Niederschlagung der Revolution 1904/05, die sich im Baltikum vorwiegend gegen die deutschen Barone richtete) und reguläre deutsche Heeresverbände. Ihre seit dem Waffenstillstand im ersten Weltkrieg von den Westalliierten geförderten Aktionen zur Vernichtung der baltischen revolutionären Bewegung waren die Voraussetzung für das Entstehen der drei Republiken als kapitalistische Staaten am Rande einer sich formierenden sozialistischen Macht. In den balti-

1 Schreiben an das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete zur Einrichtung von landeseigenen Verwaltungen im Baltikum, in: Zentrales Historisches Staatsarchiv Riga, R-70/51/32, Bl.110

2 Die Denkschrift ist u.a. abgedruckt in: Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S.226 ff.

3 So war u.a. vorgesehen, eine Million Holländer anzusiedeln. Die Siedlungskonzeption für das Baltikum ist ausführlich dargestellt in der Raumordnungsskizze für das Reichskommissariat Ostland vom 17.11.1942, in: Zentrales Historisches Staatsarchiv Riga, R-69/1a/3, Bl.154 ff.

schen Republiken hatten von Anfang an, auch als Folge der blutigen Verluste der Arbeiterbewegung, konservativ-reaktionäre bis faschistische Kräfte, die zudem extrem antikommunistisch und antisowjetisch eingestellt waren, großen Einfluß.

Auch nach dem Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Juni 1941 richtete sich der faschistische Terror außer gegen die »rassisch Unerwünschten« in besonderem Maße gegen Mitglieder der KPdSU, des Komsomol, der Sowjetgewerkschaften und gegen Vertreter der Sowjetordnung im Baltikum – von den Mitarbeitern des Staatsapparates bis hin zu Führungskräften in der Wirtschaft sowie im Kultur- und Wissenschaftsbereich. Die Mordkommandos vermerkten in ihren Berichten neben der oft nach **viele Tausenden** bemessenen Zahl der Opfer beinahe stereotyp, daß es sich dabei um »Juden, Kommunisten und Sowjetfunktionäre« gehandelt habe.

Im engen Zusammenhang mit der planmäßigen Menschenvernichtung steht der zweite Problemkreis, den m. E. die »Arbeiterpolitik« stark vernachlässigt hat. Er umfaßt die zugegebenermaßen schwierige, weil kaum erforschte Frage der Kollaboration mit den deutschen Faschisten. Bei dem sensiblen Problem Kollaboration sind zur Vermeidung von Pauschalurteilen zwei grundsätzliche Fragen nicht außer Acht zu lassen:

- So verabscheuungswürdig die Untaten der Kollaborateure, so strafrechtlich relevant die Verbrechen des einzelnen Täters sein mögen, die Hauptverantwortung für das Geschehen in den besetzten Gebieten tragen die großen und kleinen Repräsentanten des deutschen Faschismus, die vielfach nach 1949 führende Positionen in Staat, Wirtschaft und Militär der BRD einnahmen (Bsp. Vialon, Essen, Bräutigam – für das Baltikum).⁴

- Obwohl es als erwiesen gilt, daß vornehmlich in der Anfangsphase der Okkupation viele Menschen im Baltikum zur Zusammenarbeit mit den Deutschen bereit waren, bildeten die Kollaborateure immer nur eine Minderheit, sind die Verräter nicht mit den unterworfenen Völkern gleichzusetzen.

Da das Problem der Kollaboration bis heute in den drei Republiken wirkt, deren Innenpolitik und auswärtige Beziehungen stark berührt sowie eigentlich noch immer als ein Stück unbewältigter Vergangenheit der drei baltischen Staaten anzusehen ist, soll nachfolgend auf einige Seiten der Kollaboration hingewiesen werden.

Bürgerliche wie marxistische Fachhistoriker und mit dem Gegenstand befaßte Juristen sind sich seit langem darüber einig, daß baltische Kollaborateure im Vergleich

zu den Helfern der Nazis in anderen besetzten Ländern einen unverhältnismäßig hohen Anteil an dem besonders im Baltikum mit ungeheurer Geschwindigkeit ablaufenden Massenmord an Juden und an politischen Feinden des Faschismus hatten – um nur auf eine, sicher die furchtbarste Seite der Kollaboration einzugehen. Erst seit dem Hamburger Prozeß gegen den Letten VIKTOR ARAJS, der 1979 wegen gemeinschaftlichen Mordes an mindestens 13.000 Juden verurteilt worden war, ist das Problem auch stärker in das bis dahin weitgehend von der rechtfertigenden Geschichtsschreibung geprägte Bewußtsein vieler Westdeutscher gelangt. Nach meinen Kenntnissen fahnden u. a. US-amerikanische, kanadische und australische Justizbeamte noch heute nach Balten, die am Massenmord beteiligt und bei Kriegsende in diese Staaten geflohen waren.

Um die Größenordnung der Morde, beispielsweise an den Juden zu verdeutlichen, sollen einige Zahlen angeführt werden. Seit dem 22. Juni 1941 gerieten etwa 245.000 baltische Juden unter deutsche Herrschaft. Davon waren sechs Monate später – im Januar 1942 – ca. 200.000 nicht mehr am Leben. Grobe Schätzungen (genauere Angaben lassen die Quellen bislang nicht zu) gehen davon aus, daß zwischen 65.000 und 100.000 Juden von baltischen Einheiten ermordet wurden.⁵ Hinzu kommen in dieser kurzen Zeit Zehntausende von Kommunisten, Rotarmisten und andere Vertreter der Sowjetordnung, die von landeseigenen Kräften umgebracht worden sind. In den Meldungen wurden die Opfer aus rassischen und aus politischen Gründen vielfach zusammengefaßt. So heißt es beispielsweise in einer Meldung, daß schon bis zum 1. August 1941 von landeseigenen Einheiten im Baltikum »insgesamt weit über 20.000 Kommunisten und Juden liquidiert« worden seien.⁶ Der Anteil der landeseigenen Kräfte ist auch deshalb schwer zu bestimmen, weil die Mordkommandos vielfach aus Deutschen und Balten zusammengesetzt waren und die »Erfolge« meist den deutschen Einheiten »gutgeschrieben« wurden.

Mitunter gibt die zahlenmäßige Zusammensetzung der Kommandos einige Hinweise auf den Anteil der Balten am Vernichtungsprozeß. Die »Hauptlast« der Vernichtung trugen im Baltikum die Kommandos der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes. Dem für Litauen zuständigen Kommando (EK 3) gehörten meist achtmal soviel Litauer wie Deutsche an.⁷ Das in Lettland mordende EK 2 bestand aus 170 Deutschen, denen weit über 8.200 lettische Hilfspolizisten zugeordnet waren.⁸

In diesem Zusammenhang scheinen die in der »Arbeiterpolitik« (Seite 21) genannten Zahlen über den Waffendienst der Balten für Deutschland entschieden zu niedrig zu sein. Ab Juli/August 1941 lösten die Besatzer die meist im Auftrag von SS und deutscher Abwehr operierenden landeseigenen Einheiten auf und bildeten aus deren Mannschaftsbestand etwa 110 s. g. Schutzmannschaftsbataillone mit zusammen fast 60.000 Mann. Diese waren sowohl im Baltikum als auch in Rußland, in der Ukraine und in Weißrußland zur »Partisanen- und Judenbekämpfung« eingesetzt. Dort zeichneten sie sich durch besondere Grausamkeit gegen die Bevölkerung aus. Die »Kampfesweise« der Balten in den slawischen Gebieten schuf abgrundtiefen Haß zwischen den Völkern der Sowjetunion – ein von der deutschen Führung einkalkulierter Nebeneffekt. Darüber hinaus dienten Zehntausende von Balten in regulären deutschen Polizeieinheiten, die vielfach zur Hälfte aus landeseigenen Kräften bestanden. Ab Sommer 1942 begann in Estland und Lettland zusätzlich die »Werbung« für die SS. Etwa 40.000 Esten dienten schließlich in der estnischen Waffen-SS-Division und in Sondereinheiten der SS. In Lettland wurden zwei SS-Divisionen aufgestellt. In Litauen verzichteten die Deutschen aus rassischen Gründen auf die

4 Dazu u. a. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Hg. Nationalrat der Nationalen Front und Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin 1965 (Das Dokumentationszentrum wurde vor allem wegen seiner Enthüllungen über die massenhafte Verwendung von Nazi- und Kriegsverbrechern im öffentlichen Dienst der alten BRD per 31.12.1990 vom Bundesarchiv »abgewickelt«). Zu Bräutigam s. vor allem: Aus dem Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam, eingel. von H.D. Heilmann in: H4(1987) der Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Berlin, S.123 ff.

5 Dazu vor allem Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981, S.533. Für die Schätzungen zum zahlenmäßigen Anteil der Kollaborateure vor allem a. a. O., S.596 f

6 »Ereignismeldung UdSSR Nr.40« des Chefs der Sipo und des SD in: Bundesarchiv, Abt. Potsdam, Film Nr. 3646. Diese zusammengefaßten Berichte der mobilen Mordkommandos sind neben den Akten vornehmlich im Zentralen Historischen Staatsarchiv Riga noch immer die wichtigste Quelle für den Verlauf des Vernichtungsprozesses im Baltikum und für das Ausmaß der Beteiligung landeseigener Kräfte an dem Massenmord.

7 Gerald Reitlinger, Die Endlösung, Berlin 1961, S.241

8 Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, a. a. O., S.287

Formierung einer Waffen-SS-Division. Sie bildeten SS-artige Sondereinheiten im Umfang von etwa 20 Bataillonen. Weitere Zehntausende von Balten leisteten Waffendienst in den Teilstreitkräften der Wehrmacht. Am stärksten scheint den deutschen Faschisten die Ausschöpfung des Wehrpotentials in Lettland und Estland gelungen zu sein. Bei einer Einwohnerzahl von 1,8 Millionen leisteten etwa 150.000 Letten Waffendienst für die Deutschen. In Estland waren es bei 1,1 Millionen Einwohnern fast 70.000.⁹

Ohne die Kollaboration auf höheren Ebenen wäre eine solche Ausschöpfung des Wehrpotentials kaum möglich gewesen. Die in dieser Beziehung wichtigste Ebene waren die ab Frühjahr 1942 aufgebauten Kollaborationsverwaltungen in den drei Republiken. Sie führten zur Deckung des steigenden Menschenbedarfs der Deutschen die allgemeine Wehr- und Arbeitsdienstpflicht ein. Die Gemusteren wurden je nach Tauglichkeit der Wirtschaft oder den Waffenverbänden zugewiesen.

Eine zweite, mehr moralische Ebene war vornehmlich in der Anfangsphase der deutschen Herrschaft von beträchtlicher Bedeutung. So wurde der Eintritt »kleiner Leute« in die bewaffneten Formationen und deren Teilnahme an den schlimmsten Verbrechen dadurch begünstigt, daß angesehene Mitglieder der Eliten aus vorsowjetischer Zeit sehr bald und eindeutig zur Kommunisten- und Judenverfolgung sowie zur Zusammenarbeit mit den Okkupanten aufriefen. Zu diesen Spitzenkollaborateuren zählten u. a. der Bischof von Wilna, BRIZGYS, der ehemalige Oberbefehlshaber der litauischen Armee, STATYS RAŠTUKIS, der ehemalige Chef des Generalstabs der litauischen Armee, PETER KUBILIUNAS, der einflußreiche lettische Finanzminister VALDMANIS und der stellvertretende Rektor der Universität Tartu (Estland), Prof. KANT.

Schließlich ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Kollaboration mit dem deutschen Faschismus lange vor dem 22. Juni 1942 einsetzte. Die faschistische Spionage, besonders die Canaris-Abwehr, überzog alle drei Republiken mit einem beinahe flächendeckenden Agentennetz, das bis in höchste Armee- und Regierungskreise reichte. Außerdem bildete sie Rangergruppen aus, die in die Länder eingeschleust wurden und mit den seit dem sowjetischen Einmarsch nach 1940 in den Wäldern operierenden Untergrundkämpfern Verbindung aufnahmen. Darüber hinaus gab es in allen drei Staaten einflußreiche faschistische Gruppen, die die Unterstützung des Nazi-Reiches suchten und meist über den SS-Apparat (SD) auch gewährt bekamen. Sofort nach Beginn des deutschen Überfalls nahmen alle diese Gruppen, nochmals gründlich eingewiesen von deutschen Instruktoren, »spontan« den Kampf gegen die Rote Armee, die Sowjetorgane, gegen »Juden und Kommunisten« auf.

Die komplexen Ursachen der Kollaboration sind bis heute auch noch nicht in Ansätzen erforscht. Eine wesentliche Ursache für die ungewöhnlich große Kollaborationsbereitschaft der Oberschicht aus vorsowjetischer Zeit ergibt sich aus dem Klassencharakter des deutsch-sowjetischen Krieges. Vorrangiges Ziel des deutschen Faschismus war die Auflösung des bolschewistischen Gesellschaftsmodells, der zum Staat gewordenen antikapitalistischen Alternative mit ihrer zunehmenden Ausstrahlungskraft auf die vom Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Massen in aller Welt. Hitler hat seine Generäle eindringlich darauf hingewiesen, daß dieser Feldzug keine militärische Auseinandersetzung im herkömmlichen Sinne, sondern ein weltanschaulicher Vernichtungskrieg sei. Bei Be-

ginn des deutschen Überfalls war gerade ein Jahr vergangen, als die bolschewistische Sowjetunion im Verein mit einer entgegen den Behauptungen aller bürgerlichen Geschichtsschreibung relativ starken revolutionären Bewegung in den drei Republiken die baltischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer entmachtete hatte. Folgerichtig wurden die faschistischen Truppen als Befreier und Verbündete gesehen. Die enge Zusammenarbeit mit ihnen gegen den »jüdischen Bolschewismus«, gegen »die Roten« war unter diesem Klassenaspekt für die baltische Oberschicht eine Selbstverständlichkeit.

Darüber hinaus spielt die politische und militärische Situation im Sommer und Herbst 1941 bei der Ursachenforschung eine große Rolle. Deutschland trat damals als der unbesiegbare Herrscher Europas auf. Viele Balten, vornehmlich aus der Oberschicht und der Intelligenz glaubten, durch bereitwillige Zusammenarbeit ihren Ländern im Schatten der faschistischen Großmacht eine gewisse Form staatlicher und nationaler Eigenständigkeit zu sichern. Für viele einfache Menschen schien angesichts dieser Situation, verbunden mit der rapiden Verelendung die Tätigkeit im Dienste der Besatzer ein Gebot der Vernunft, mitunter sogar eine Überlebensfrage zu sein.

In der Literatur und in den deutschen Akten werden vielfach sowjetische Unterdrückungsmaßnahmen ab Sommer 1940 als wesentliche Ursache der großen Kollaborationsbereitschaft genannt. Das Ausmaß der stalinistischen Unterdrückung und ihr Einfluß auf die politische Haltung der Balten sind noch weitgehend ungeklärt. In der Literatur findet man je nach Standort des Autors deutlich voneinander abweichende Zahlen. Ich folge der Meinung der »Arbeiterpolitik« (Seite 18), daß im Klassenkampf Opfer unvermeidlich sind, daß aber der stalinistische Terror, wie er auf anderen Feldern offenbar wurde und sicher auch in beträchtlichem Umfang im Baltikum stattfand, mit dem Streben nach Sozialismus, nach der humanistischsten aller menschlichen Ordnungen nichts gemein hat, ja – wie sich heute zeigt – dem Sozialismus großen Schaden zufügte.

Der dritte Problemkreis, der m. E. in der »Arbeiterpolitik« zu wenig erörtert wird, ist die Frage nach der Rolle Gorbatschows bei der damals (im Januar 1991) absehbaren Abspaltung der Baltenrepubliken von der Union. Diese Probleme sind sicher nur im Gesamtkomplex der Erforschung der Ursachen für den Scherbenhaufen, vor dem die internationale Arbeiterbewegung steht, zu beantworten. Vor allem wird zu untersuchen sein, welche strukturellen und/oder programmatischen Fehler oder Fehlentwicklung in der sozialistischen Bewegung sowie in welchem Maße die bis 1984/85 im Namen des Sozialismus herrschenden Partei- und Staatsführer und in welchem Maß Gorbatschow, Schewardnadse und Jakowlew für den weltweiten Zusammenbruch der Sozialismus-Modelle und den Vormarsch des Imperialismus verantwortlich sind. Aus dieser Sicht ist die baltische Frage nur ein Teilproblem. M. S., 8.3.92 ■

August Thalheimer

Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg

Veröffentlicht unter dem Pseudonym Aldebaran Anfang 1946, Nachdruck. 27 Seiten, Broschur. 1,50 DM

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

⁹ Dazu vor allem Hans Werner Neulen, An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und Waffen-SS, München 1985, S.275 ff.

USA

Erdrutschsieg der Opposition in der Teamstergewerkschaft

In der International Brotherhood of Teamsters (IBT) – der mit ca. 1,8 Mio. Mitgliedern größten Gewerkschaft in den USA, in der vor allem Lastwagenfahrer (Teamsters) organisiert sind – haben oppositionelle Kräfte bei den Wahlen zum Gewerkschaftsvorstand im Dezember einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Die Gruppe um den Reformkandidaten Ron Carey errang alle 16 zur Abstimmung stehenden Vorstandssitze. Der Wahlerfolg Careys bildet den vorläufigen Schlußpunkt einer über zehn Jahre anhaltenden Auseinandersetzung mit den korrupten Methoden der mit der Mafia verflochtenen Gewerkschaftsführung.

Die Übernahme der Gewerkschaftsführung durch die Reformer ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil die IBT jahrzehntelang als die uneinnehmbare Hochburg jener reaktionären Gewerkschaftsbürokraten galt, die in der Nachkriegsära die Politik und das Erscheinungsbild der US-Gewerkschaftsbewegung prägten. Die im Dezember abgehaltenen Wahlen, in der die Mitglieder zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaft über ihre Führung abstimmen konnten, waren möglich geworden, nachdem das US-Justizministerium die IBT wegen ihrer zahlreichen Korruptionsaffären im Jahre 1987 unter Zwangsverwaltung gestellt hatte.

War es der Regierung Reagan darum gegangen, ein Exempel gegen die Gewerkschaften zu statuieren, so hatten die Reformkräfte die gerichtlich beaufsichtigte Reorganisation der Gewerkschaft dazu ausnutzen können, ihre Forderung nach freien Wahlen der Funktionäre durchzusetzen. Auch wenn festzuhalten bleibt, daß die innergewerkschaftliche Opposition erst durch die unerbetene Hilfe des Staatsapparates breite Resonanz unter den Gewerkschaftsmitgliedern und in der Öffentlichkeit fand, so ist der Wahlerfolg Careys Ausdruck des aus dem Niedergang der US-Gewerkschaften in der Ära Reagan hervorgegangenen tiefen Mißtrauens der verbliebenen Schichten gewerkschaftlich organisierter Arbeiter gegen ihre Führungen.

Über die USA hinaus sind die Erfahrungen der IBT-Reformer beim »Wiederaufbau« ihrer Gewerkschaft nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil das Frachttransportwesen durch das Vordringen weltweit tätiger Fracht- und Kurierdienstkonzerne, wie z. B. United Parcel Service, eine international organisierte Niedriglohn-Branche geworden ist, die auch hierzulande gewerkschaftlich kaum organisiert ist.

Den nachfolgenden Bericht entnehmen wir der Januarausgabe der »Labor Notes«, einer monatlich in Detroit erscheinenden Zeitschrift, die sich als Sprachrohr oppositioneller Strömungen in den US-Gewerkschaften versteht. Zur Vorgeschichte der Auseinandersetzungen in der IBT verweisen wir auf die Korrespondenz zur US-Gewerkschaftsbewegung in Arpo 4/1991.

Als die Stimmen am 13. Dezember ausgezählt waren, hatte die Reformliste Ron Careys alle 16 zur Abstimmung stehenden Vorstandssitze gewonnen. »Die Mitglieder haben gesprochen«, gab der geschlagene R.V. Durham, der Kandidat der Mehrheit des alten Vorstandes, zu. Eine dritte Liste, geführt von dem Gewerkschaftsvorstandsmitglied Walter Shea, war von einer Minderheit des etablierten Vorstandes unterstützt worden.

»Die Basis will ehrliche Leute an der Spitze dieser Gewerkschaft sehen und alles was damit zusammenhängt: bessere Vertretung, eine offenere Führung und Tarifverträge, die keine Ausverkaufsvereinbarungen sind«, sagte Bill Urman aus Minneapolis, einer der neu gewählten Vizepräsidenten.

Die Liste Careys gewann 48 % der Stimmen. Die Durham-Liste erhielt 33 % und die Sheas 18 %. Die Liste Carey gewann in allen Regionen mit Ausnahme Kanadas (die meisten großen US-Gewerkschaften organisieren auch Mitglieder in Kanada; Anm. d.Red.). Carey war bei der Wahl unterstützt worden von »Teamsters for a Democratic Union« (TDU; Teamsters für eine demokratische Gewerkschaft; Red.) – einer seit 15 Jahren aktiven Reformgruppe in der Gewerkschaft. Carey selbst gehört zwar nicht zu TDU, viele Kandidaten seiner Liste sind jedoch TDU-Mitglieder.

Regionale Ergebnisse

Am besten schnitten die Reformer im Süden und im Westen ab, wo TDU starke örtliche Organisationen hat und die Listen Durhams und Sheas am schwächsten vertreten waren.

In den südlichen Bezirken nahmen über 35 % der Gewerkschaftsmitglieder an der Abstimmung teil, die Reformer gewannen hier 54 %. In den Locals (Ortsverbänden; Red.) 519 in Knoxville, 480 in Nashville, 728 in Atlanta und 667 in Memphis gewann Carey mehr als zwei Drittel der Stimmen. Ähnlich sah es in den Bezirken des Westens aus, wo die Reformer 53 % der Stimmen erhielten. In Local 63 in Los Angeles, einer früheren Hochburg Sheas, gewann Carey 63 %. Sogar im kalifornischen Local 70, in dem ein Listenmitglied Durhams Vorsitzender ist, gewann Carey 42 %.

Im Osten lagen die Reformer mit einem Stimmenanteil von 46 % in Führung. Shea war hier Zweiter mit 30 %. Obwohl Carey in vielen Locals mit engen Verbindungen zum organisierten Verbrechen unterlag, gewannen die Reformer in New England sowie in einigen großen Locals in Pennsylvania, New Jersey und New York. ... In den Bezirken des Mittleren Westens fiel das Rennen knapper aus. Aber auch hier überflügelte Carey mit 48 % Durhams Stimmenanteil von 38 %.

»Es war deutlich, daß die Mitglieder sich von jedem einzelnen Mitglied der Gewerkschaftsführung angeschissen fühlten«, sagte Mike Ruscigno, Sekretär in Local 138 in New York. »Wenn ihnen ihre örtlichen Funktionäre erklärten, für Durham oder Shea zu stimmen, sagten sie: 'Vergiß es'. Die haben denen gar nicht zugehört.« Carey gewann Local 138 mit einem Vorsprung von 10 zu 1.

Die einzige Niederlage mußte die Reformliste in Kanada hinnehmen, wo Durham Carey im Verhältnis 2:1 schlagen konnte. ... Die Niederlage in Kanada widerspiegelte die relativ schwache Organisation der Reformer dort.

Insgesamt nahmen 424000 Teamsters, 28 % der Gewerkschaftsmitglieder, an der Abstimmung teil. In der niedrigen Wahlbeteiligung sehen aktive KollegInnen aber kaum eine Überraschung. Schließlich war es das erste Mal, daß die Gewerkschaft eine solche Wahl durchführte. »Vergeßt nicht, daß Tausende von Teamsters sich erstmals an der Entscheidung beteiligten, wer die Gewerkschaft führt«, sagte dazu der bereits zitierte Carey-Unterstützer Urman. »Das ist allemal besser als in der Vergangenheit, als Entscheidungen von einer Handvoll Männern hinter verschlossenen Türen getroffen wurden.«

Wiederaufbau der Gewerkschaft

Die Unterstützer der neuen Gewerkschaftsführung sagen, daß Carey nun schnell eine andere Art von Führung beweisen muß. Urman schlägt z. B. vor, daß im »International Teamster«, der Gewerkschaftszeitung, »über die Arbeiter berichtet werden soll, und zwar über diejenigen, die sich für Veränderungen einsetzen.« Carey selbst hatte am 12. Dezember angekündigt, daß er das Gehalt des Präsidenten um 22 % – auf 175000\$ – kürzen und die gängigen Mehrfachgehälter für Funktionäre, die in verschiedenen Gewerkschaftsämtern tätig sind, abschaffen würde.

Gefragt ist aber mehr als nur symbolisches Handeln; die neuen Führer werden die Kampfkraft der Gewerkschaft am Arbeitsplatz wiederherzustellen haben. Carey hatte in seiner Kampagne die alltäglichen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und die Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie in den Mittelpunkt gestellt, unter dem Motto, daß nur eine saubere auch eine starke Gewerkschaft sein könne.

Gewerkschaftliche Organisationsarbeit ist sicherlich eine Hauptaufgabe. »Wir müssen eine massive Kampagne im ganzen Land beginnen«, sagt z. B. Ruscigno von Local 138, »in der wir die arbeitslosen Teamsters in die gewerkschaftlich nicht organisierten Transportunternehmen schicken, um die von innen zu organisieren.«

Carey wird auch die gewerkschaftliche Tarifverhandlungspolitik zu stärken haben. Vor den Wahlen hatten sich die Arbeitgeber besorgt gezeigt, daß sie es mit Druck von der Basis für bessere Tarifverträge zu tun bekommen könnten. Das »Wall Street Journal« (die führende US-Wirtschaftszeitung; Red.) berichtete: »Die 45000 Arbeitgeber der Teamsters werden es wahrscheinlich schwieriger haben, weiter ihre butterweichen Tarifverträge zu bekommen.« Besonders besorgt waren die Unternehmer über Carey, der von einem Verhandlungsführer der Arbeitgeber als »ein ziemlich unberechenbarer Kamerad« bezeichnet wurde.

Erste Aufgabe der neuen Führung wird es nun sein, über den Tarifvertrag im Autotransportgewerbe zu verhandeln, der am 31. Mai letzten Jahres ausgelaufen war. Die Autospeditionsfahrer haben seitdem mit dem alten Vertrag weitergearbeitet.

Den Job zu Ende führen

Die Reformer werden jetzt auch ihre Aufgabe zu Ende führen müssen, die Gewerkschaft zu säubern. Sie haben die höchsten Funktionäre neu gewählt und haben bewiesen, welche Unterstützung sie unter den Gewerkschaftsmitgliedern besitzen. Dennoch übt nach wie vor eine breite Schicht mittlerer, oftmals mit mehreren Gehältern bezahlter Funktionäre die Kontrolle über große Teile des Gewerkschaftsapparates aus.

Carey hat angekündigt, daß er bereit sei, mit jedem zusammenzuarbeiten, der die Gewerkschaft wieder aufbauen will. Aber es ist noch nicht ausgemacht, ob diese Funktionäre willens und fähig sein werden, sich an die neue Art der Gewerkschaftsarbeit anzupassen.

Larry Brennan, ein unterlegener Kandidat auf der Durham-Liste und Präsident der Bezirkskonferenz Michigan sagte gegenüber der »Detroit Free Press« (führende Tageszeitung Detroit; Red.), daß seine Bezirkskonferenz die Abführung von Gewerkschaftsbeiträgen an die nationale Organisation unterbinden werde, wenn Carey gegen zu viele lokale Funktionäre vorgehen würde. Auf der anderen Seite, so sagt z. B. Pat Reardon, Speditionsfahrer aus Kalamazoo, Michigan, »gibt es eine Menge guter Leute in der Gewerkschaft, sogar in Führungskreisen, die in ihrer miesen Funktion gefangen sind und Veränderungen begrüßen werden.«

Die Reformer wissen, daß sie zur Festigung ihrer Position weitere Locals übernehmen werden müssen. In den

letzten Monaten haben Reformkandidaten in einer Anzahl Locals Ämter gewinnen können. Die Wahlergebnisse der einzelnen Locals werden den Reformern sagen, welche von ihnen in den kommenden örtlichen Wahlen im Herbst für Veränderungen zugänglich sein werden.

»In Memphis machen wir jetzt Dampf für die nächsten Wahlen. Wir stellen eine Liste zusammen, verteilen Flugblätter und versuchen, die Mitglieder hinter uns zu bekommen,« sagt J. C. Thomas, ein Fernfahrer. Überall in der Gewerkschaft werden die Aktiven in neue Bereiche vorstoßen und mehr als die 28 % der Gewerkschaftsmitglieder erreichen müssen, die jetzt abgestimmt haben.

Die Bewegung verbreitern

Die Reformer sind sich klar darüber, welche Wirkungen ihr Erfolg überall in der Gewerkschaftsbewegung haben wird. Thomas sagt: »Die Leute werden sehen, daß wir es gepackt haben. Sie werden sehen, wie wir es geschafft haben. Die Leute werden wieder anfangen, sich in einer Gewerkschaftsbewegung zu fühlen.« Und die Reformer denken jetzt darüber nach, wie die Teamsters zu einer aggressiven und progressiven Stimme in den Gewerkschaften werden können.

»Wir müssen erreichen, daß dieser Sieg in der Gewerkschaftsbewegung Wellen schlägt,« sagt Urman. »Einige von unserer Liste werden Positionen zu Fragen beziehen, die über die Teamsters hinaus für die gesamte Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung sind.« Dabei geht es z. B. um die Einführung einer nationalen Krankenversicherung oder die Frage der Arbeitslosigkeit. Wenn die Teamsters dabei Erfolg haben, fügt Reardon hinzu, »könnten wir eine echte Kraft in der Gewerkschaftsbewegung werden.« 29.02.92 ■



GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

Widerstand gegen die Treuhand in Berlin

Westberliner helfen Ostberlinern: Osram – Narva

400 000 Entlassungen zum Jahresende 1991, von 4,08 Mio Beschäftigten in Treuhandbetrieben sind noch 1,65 Mio übrig. Was ist die Treuhand und wessen Interessen vertritt sie eigentlich?

Das fragen sich die Hennigsdorfer Stahlarbeiter, die El-Pro- und die Narva-Belegschaft sowie viele andere von der Treuhand geschrumpfte bzw. geschlossene Betriebe. Diese Frage stand auch im Mittelpunkt einer Veranstaltung, mit der Betriebsräte mehrerer Berliner Verlage im Dezember den Anfang machten zu einer branchenübergreifenden Kommunikation zwischen Treuhandbetrieben.

Die Hennigsdorfer hatten ein Signal gesetzt: nur unmittelbarer Widerstand läßt die Herrschaften hinhören, das Jammern und Fordern von mehr Transparenz hat keinen Zweck. Ein halbes Jahr vorher hatten die Narva-Kollegen der Geheimhaltungs- und Erpressungspolitik hinter verschlossenen Türen ein Ende gemacht. Die exemplarischen Erfahrungen dieser Belegschaft sind am besten recherchiert und in der Öffentlichkeit zugänglich (Verdienst eines taz-Redakteurs): Das Wesen der Treuhandpolitik und des gewerkschaftlichen Umgangs mit ihr werden hier sichtbar.

Das ganze kritische Geschreibe über den »Moloch« Treuhandanstalt (THA), über die alten Bonzen, die dort untergeschlüpft sind, Bestechlichkeit und mangelnde Einbeziehung der Gewerkschaften ist zwar berechtigt, geht aber am Kern des Problems vorbei.

Die Einbeziehung der DDR in den kapitalistischen Weltmarkt und der Abbau aller Schutzmechanismen nach au-

ßen bedeutete den Untergang bzw. die rigorose Rationalisierung der Industriebetriebe, Verlage, Kultur- und wissenschaftlichen Einrichtungen. Den westlichen Konzernen ist es gelungen, sich in der THA so weit einzunisten, oder solche Bedingungen stellen zu können, daß ihnen aus DDR-Betrieben keine Konkurrenz erwächst. Die Treuhand muß aber auch genügend Mittel erwirtschaften, um den Privatisierungsprozeß hinziehen und abfedern zu können.

Oftmals enthalten die von der Treuhand favorisierten Projekte – bei realistischer Betrachtung – die größte Anzahl von Beschäftigungsverhältnissen. Aber fast nie wird dadurch ein Industriebetrieb konkurrenzfähig erhalten. Die Betriebsräte schlingern dazwischen und werden in dem aufreibenden Hin und Her zermürbt.

Narva

Am 22. 8. 91 fand eine öffentliche Beratung über die Zukunft der Narva (Berliner Glühlampenwerk, BGW) in der Humboldt-Universität statt. Die ehemalige AL-Senatorin Schreyer moderierte, der zuständige Fachsekretär der THA mußte (zum ersten Mal öffentlich) antreten, die IGM jedoch schickte einzig ihre gerade neu eingestellte Bezirkssekretärin.¹ Ein Vertreter des israelisch-schweizerischen Konsortiums Tabfin, ein abgewiesener Interessent, veröffentlichte hier, auf welcher knapper Informationsgrundlage die Treuhand entscheidet (s. Fragebogen). Gleichzeitig wurde ein Offener Brief von Berliner Betriebsräten bekannt, der der THA, aber auch der IGM, klar machen sollte, daß solidarische Strukturen im Entstehen sind. (s. Kasten)

Zur Vorgeschichte hat die Belegschaft eine eigene Dokumentation herausgegeben.²

1989 – 90

Das Glühlampenkombinat Narva beschäftigte in seinem Berliner Hauptwerk (ehem. Osram-Werk) ca. 5000 Menschen. Hier waren alle nur denkbaren sozialen Einrichtungen vorhanden wie Sportstadion, Bibliothek, Kindergarten, Theater, Jugendclub, ein eigenes Büro für den Veranstaltungssaal, Berufsschule, Ferienheime, eigene Poliklinik, 5 Küchen, 7 Kantinen u. a..

An die Streichung dieser Dinge ging die neue Geschäftsleitung, von der THA mit zwei Westmanagern, einer davon Binner, versehen, zuerst. Zunächst akzeptierte die neue Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) solchen Sozialabbau, weil die Notwendigkeit der Senkung von Kosten eingesehen wurde. Außerdem wurden 50 % der Belegschaft in Kurzarbeit geschickt.

Gegen die alte BGL hatte sich ein Gesellschaftlicher Rat gebildet, zusammengesetzt vor allem aus den wissenschaftlichen und technischen Bereichen. Dessen politische Tendenz zeigte sich durch eine Einladung Stefan Heyms zur Betriebsversammlung im März 1990.³

Frühzeitig gab es Kontakte zwischen Osram- und Narva-Kollegen, zunächst mit der alten BGL, die dazu beigetragen haben, die Spaltung zwischen den Aktiven einzudämmen. Es wird eine neue BGL unter Beteiligung des Gesellschaftlichen Rats gewählt.

Narva Berlin
Vergleich der Übernahmeangebote

1. Sofort gesicherte Arbeitsplätze	1.100
- mit Vertragsstrafe gesichert bis	garantiert bis 31. 12. 92 gegen
	Pomale gerichtet DM 20.000.- pro MA p.a.
2. Neue Arbeitsplätze mittel- und langfristig	850
a) im Betrieb Narva	
b) insgesamt	11.000
3. Investitionen	
a) im Betrieb Narva	200 Mio DM
b) insgesamt	587 Mio DM
4. Kaufpreis in Mio DM	
Bar/Zahlung an THA:	
Altschulden:	
Liquiditätsverbindlichkeiten:	
sonstige Verbindlichkeiten:	
	Inschuldung durch THA bis auf DM 40 Mio, diese werden vom Käufer übernommen. Rückstellungen über in der Bilanz
5. neg. Kaufpreis in Mio. DM	
6. Anmerkungen:	Partnerschaft und Betriebsbestätigung bis 22/7/97
7. VOTUM:	

Dies ist das Faksimile eines Formblatts der Treuhand mit der Überschrift »Narva Berlin – Vergleich der Übernahmeangebote«. Einzutragen ist hier vom Kaufbewerber: Zahl der Arbeitsplätze, Höhe der Investitionen sowie Kaufpreis. Anhand dieser dürren Daten entscheidet dann die Treuhand!

1 Hier wurde öffentlich die Treuhandentscheidung für Klingbeil sowie die anderen Alternativen für das BGW diskutiert.

2 Lichtquelle Treuhand August 1991, Bismarc Media, Künstlerhaus Bethanien, Mariannenplatz 2, 1000 Berlin 36

3 Dieser meldete sich auch am 8. 8. 91 wieder zum Problem Narva.

Im dann neugewählten BR sitzen wieder Kollegen mit Sachverstand und Erfahrung, die auch eigene Vorstellungen haben und diese zusammen mit der Geschäftsleitung (GL) vorantrieben, auf die die THA aber nicht einging. Von Anfang an war die THA mit hohen Sozialplanforderungen konfrontiert, denn es war klar, daß auch von der Restbelegschaft von 2000 nicht alle weiterbeschäftigt werden sollten.

Bei den Tarifverhandlungen 1991 gingen Glühlampenwerker raus und besetzten die Warschauer Brücke, Ergebnis der Erkenntnis, daß nichts mehr zu verlieren war.

Auch Osram war damit konfrontiert, dessen GL ebenfalls laufend in Ostberlin zugange war – die großen Hoffnungen der Belegschaft, die hieran geknüpft wurden, mußten von den Osram-BR-Kollegen immer wieder gedämpft werden.

Als Berater der Narva-GL sorgte Osram erst einmal für Reduzierung. Ein Wirtschaftsgutachten der Berger-Unternehmensberatung stellte die mangelnde Sanierungsmöglichkeit fest, worauf es in der THA einen Schließungsbeschluß für Narva gab, an dem zwei Siemens-Manager mitwirkten.

Ein Rahmenabkommen, erst mit dem Ziel eines »joint venture« (heute denkt niemand mehr an diesen Renner-Begriff) getroffen, verhinderte außerdem, daß ein anderer Westkonzern einzusteigen gedachte. Bis Ende 1990 verhielten sich die Osram-Abgesandten wie die Herren im Haus. Die Kontakte der beiden BR wurden akzeptiert (die Konkurrenz um Arbeitsplätze Ost-West sollten die Kollegen mal untereinander regeln!). Außerdem war es die Zeit der massiven Abwerbung vor allem des hochqualifizierten Personals. Aus dem Forschungs- und Entwicklungsbereich sind heute nur noch wenige bei Narva.⁴


Das ganze Kooperationstheater gebar eine Maus: ein Angebot an die Treuhand im Oktober 1990. Investitionen von 5 Mill. für die Beschäftigung von 120! Dies wurde von der THA abgelehnt – faktisch war hiermit der Ausstieg klar – aber die Konkurrenten wurden weiterhin im Unklaren darüber gelassen. Osram hatte ein Art Vorkaufsrecht bis März 1991.

Währungsunion 1. Juli 1990

Konzepte der Narva-GL und BR, die auf den osteuropäischen Markt orientiert waren, waren mit der Währungsunion hinfällig. Mit dem Ende der Planwirtschaft hatte Narva auch kein Vertriebsnetz mehr (zum Teil wurden die Einzelhandelsläden direkt angefahren), und Osram hatte schon eigene Vertriebsbüros eingerichtet. Die Kapazitäten von Osram sind groß genug für den osteuropäischen Markt, bzw. kommt dort nicht gegen die »Billigkonkurrenz aus dem Osten« (Osram Pressekonferenz) an. Der DDR-Markt war schon Anfang 1991 zu 50 – 60 % von Osram durchdrungen. Narva-Lampen verschwanden aus den Regalen. Bisher hat der Betrieb nur Verlust gemacht (statt erwarteter 100 Mill. Umsätze bis Sept. 91 nur 16 Mill.). Ende 1990 wurde die Arbeitsgruppe Narva bei Osram aufgelöst, Offizielle BR-Kontakte während der Arbeitszeit mehr oder weniger untersagt.

1991

Bis Februar gab es kein Angebot für die Narva bei der Treuhand. Das am 2.10.90 vorgelegte Konzept des Erfinders einer weiteren Sparlampe, Binninger⁵, war für Osram ein Stein des Anstoßes. Es wurde von der THA nicht akzeptiert. Trotz Anwesenheit des österreichischen Unternehmensberaters Hägele im Betrieb, der sich für den Einstieg der japanischen Phoenix stark machte, wurde neu ausgeschrieben. Rohwedder griff ein und beauftragte die Unter-



Offener Brief Berliner Betriebsräte

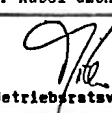
Am 13. September 1991 tagt der Verwaltungsrat der Treuhänderanstalt und entscheidet über die Zukunft des Ost-Berliner Unternehmens NARVA. Die Belegschaft und der Betriebsrat dieses Berliner Glühlampenwerkes kämpfen seit Monaten um die Weiterführung der Lichtquellenproduktion und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Wir, die unterzeichnenden Betriebsräte, unterstützen nachhaltig die Forderung der Glühlampenwerker und fordern die Treuhänderanstalt auf, bei ihrer Entscheidung, sich für jenes Konzept auszusprechen, welches der Betriebsrat als sozial und wirtschaftlich beste Variante bewertet. Gleichzeitig treten wir entschieden dafür ein, daß die Betriebsräte bei anstehenden Privatisierungen prinzipiell in den Entscheidungsprozeß von Anfang an mit einbezogen werden.

NARVA ist aber kein Einzelfall.

ABB/Bergmann Borsig GmbH	BMW Spandau AG
Kabelwerk Köpenick GmbH	BAE Batterie GmbH
BAE Batterie GmbH/Belfa	Kabelwerk Oberspree GmbH
AEG Ableitungselektronik	FBS GmbH
NILES-Hzm-GmbH	Elpro AG
TRO GmbH	Fa. Dr. Bruno Lange GmbH
STEREMAT GmbH	Fa. Hase und Wrede
Hesselektronik Berlin GmbH	Flughafen Berlin Schönefeld GmbH
Gillette Deutschland	Berufsbildungswerk
OTIS GmbH	KRUPP Stahl Oranienburg GmbH
KRUPP Stahlbau Berlin	OSRAM Werk Berlin Spandau
Funkwerk Köpenick GmbH	Piersburg GmbH (Solex) Berlin
Aslid-Kabelwerke GmbH	Kaiser Kabel GmbH

NARVA BGW GmbH
1017 Berlin, Ehrenbergstr. 11-14
10116 Berlin
Tel. 84222200 o. 84222208



Betriebsratsvorsitzender

nehmensberatung Price Waterhouse. Als die Klingbeilgruppe begann, sich auch um diese Immobilien zu kümmern, favorisierte Hanno Klein (Senatsbauverwaltung) anscheinend das Konzept »Lichterstadt Narvania« des israelisch-schweizerischen Konsortiums Tabfin.⁶

Als Osram-Vorstandsvorsitzender Plettner am 12.3. auf einer Aufsichtsratspressekonferenz bekannt gab, daß sie Narva nicht mehr wollten, und sich an der Ausschreibung des gesamten Geländes nicht beteiligen, war der Kontakt zur Klingbeilgruppe bereits geknüpft – vielleicht auch schon das Versprechen gegeben, keine Patentansprüche geltend zu machen. Kein Wunder, wenn das Immobilienkonzept darauf hinauslief, die Lampenproduktion pleite gehen zu lassen und die Maschinen an Osram zu verkaufen. Osram jonglierte mit seinen Patentlizenzen. Phoenix war offensichtlich darüber informiert und setzte in sein Angebot minus 21 Mill. wegen der Patentunsicherheiten ein.⁷

Zu diesem Zeitpunkt hatte Osram 286 Mitarbeiter von Narva übernommen.

Treuhand entschied für Klingbeil

Die Gründe sind schon leicht zu erraten, ganz deutlich sind sie geworden durch die Entscheidung des BR, uneingeschränkt an die Öffentlichkeit zu gehen. Der Deal war so gut wie gelaufen, die Hoffnungen der Belegschaft auf eine wenigstens die Hälfte der Belegschaft erfassendes Kon-

⁴ Tag der Offenen Tür bei Osram in Spandau

⁵ Binninger war von der Treuhand in die GL delegiert worden und kam bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz im März 1991 ums Leben.

⁶ Herr Fuchs-Kittowski von Tabfin: »...Da haben quasi unsichtbare Mächte dran mitgewirkt, wie auch schon im Falle Rohwedders und Hanno Kleins« (taz 12.8.). Hanno Klein wurde das Opfer einer Briefbombe.

⁷ Dokumentation, S.78

Narva-Stadion-Deal gestoppt

Der Landessportbund hatte am 13. 8. öffentlich gemacht, daß eine unbekannt Person das »Käthe-Tucholla-Stadion« von einer Antragsliste des Bezirks auf Übernahme von Sportstätten ausgestrichen hatte. Die Firma Wertkonzept hatte zuvor stolz erklärt, daß sie auch das Narva-Stadion erworben habe. Aufgrund des politischen Protestes (Olympia!) teilte die Treuhand nun mit, daß das Stadion nicht Teil des Klingbeil-Narva-Deals sei.

Ähnliches widerfuhr dem Anglerverein, der sich um die Erhaltung des ehem. Narva-Freizeitgeländes gekümmert hatte. Das Gelände war mit verschärbelt. Ganz zu schweigen von den vielen Betriebsferienheimen in der ganzen DDR.

zept gestorben. Es war nicht mehr viel zu verlieren. Also konnte man den Konflikt um die Weiterführung der industriellen Produktion austragen.

Von Interesse waren nur die Immobilien (eigener U-Bahnanschluß, S- und Fernbahn liegen vor der Tür, Riesenareal im Stadtzentrum, eigenes Sportstadion und Freizeitgelände), aber der Weg dorthin ging nur über Angebote für die Fortführung der Lampenproduktion. Während Klingbeil sich um diese Immobilien, Wertkonzept um den Gewerbepark kümmern wollten, sollte der Dritte im Bunde, Pietzsch, die Mitarbeiter übernehmen: 550 in der Lampenproduktion, dazu noch 50 in der Glühdrahtfertigung und 450 – 500 über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in eine Beschäftigungsgesellschaft.

Der BR zog das Konzept des Duisburger Maklers Henning Conle, evtl. noch das der israelisch-schweizerischen Tabfin Gruppe vor. Der japanische Lampenhersteller Phoenix garantierte nur den 129 Beschäftigten der Energiesparlampe die Arbeitsplätze.

Gegenüber dem kurzzeitigen Interessenten ABB (Brown & Boveri) hatten Klingbeil-Vertraute schon zugegeben, daß es nur um die Immobilien gehe, die Lampen-Produktions-Anlagen sollten verkauft werden.

Interessant ist, daß während des gesamten Pokers, der sich ungefähr von Juni bis zum 13. September (Entscheidung durch den Verwaltungsrat der THA) hinzog, das Angebot an Arbeitsplätzen ständig verändert wurde. Dies war offensichtlich angeregt durch Treuhandangestellte, die ihren Favoriten besser dastehen lassen wollten als die anderen Bewerber. Diese sind Lampenhersteller, die den Konkurrenzkampf mit Siemens, Osram ohnehin führen, aber bei einer Niederlage auf dem Markt wenigstens die Immobilien als Sicherheit haben wollten. (s. Kasten Stadion-Deal)

Womöglich sind Treuhandbeschäftigte auch bestechlich, womöglich unterhält die Klingbeil-Gruppe freundschaftliche Beziehungen in Berliner-Senats-Kreisen. Entscheidend aber ist, daß gegen die Ballung der Macht der Interessen von Siemens, Osram, Klingbeil in Berlin niemand ankommt.

Berliner Zeitung am 16. September 1991:

»Die Belegschaft wird sich vielleicht nicht mehr lange über ihren Erfolg freuen können. Es wäre bitter, wenn sich später herausstellen müßte, doch auf das falsche Pferd gesetzt zu haben. Freuen kann sich nur Osram. Ihr einziger Konkurrent in den neuen Ländern ist weiter geschwächt.«

Diesen Herrschaften Paroli geboten zu haben, ist das entscheidende Verdienst der Aktiven bei Narva und ihrer Unterstützer in anderen Betrieben und der Presse.

Der Betriebsrat wurde offiziell informiert, als die Entscheidung gefallen war. Am 6. 8. informierte die Treuhand die Presse, am 5. 8. hatte der BR es noch geschafft Vertreter der Bewerber zu sich zu bestellen. (s. Auszug Presseerklärung des BR). Der Narva-Unternehmensberater und Interessenvertreter der japanischen Phoenix, Hägele, schrieb einen Brandbrief an Frau Breuel:

»Sie müssen verhindern, daß westliche Finanz- u. Immobiliengruppen die vorhandenen Industrieanlagen abstürzen lassen, wozu auch das Berliner Glühlampenwerk gehört. Ich beschwöre Sie, sehr geehrte gnädige Frau Präsidentin, geben Sie Narva nicht der Klingbeil-Gruppe. Glauben Sie mir, Narva ist eine Schlüsselfigur und wird für Sie persönlich und für Ihre persönliche Arbeit von entscheidender Bedeutung sein.« Und am nächsten Tag: »Was hier gespielt wird, ist eindeutige Parteinahme durch Treuhandbeamte zugunsten einer allgemein negativ beurteilten Berliner Firmengruppe.«

Solche Appelle in letzter Minute hatten die Funktion, die THA als unqualifiziert und bestechlich hinzustellen. Frau Breuel sollte zu überlegen gegeben werden, ob sie über diesen Fall stolpern bzw. grundsätzlichen Schaden erleiden wolle.

Diese Öffentlichkeitsarbeit nervte die zuständigen Treuhandvertreter so sehr, daß sie sich die Blöße gaben, zu veranlassen, den BR zu erpressen. Dem BR wurde von Pietzsch, dem innerhalb des Klingbeil-Konsortiums zuständigen Herrn, mit sofortiger Stilllegung der Produktion gedroht, falls dessen Öffentlichkeitsarbeit nicht unterbliebe. Herr Dr. Klinz von der Treuhand dazu: »Wir hatten Information, daß zumindest Teile des BR bereit waren, ihren Widerstand gegen Klingbeil aufzugeben.«

Treuhandvertreter bestritten, etwas über den Deal zwischen Groenke (Klingbeil-Glühlampenverantwortlicher) und Osram zu wissen, gaben aber in anderen Gesprächen zu, daß hinter der Ablehnung anderer Bewerber Osram stecken könnte.

Es wurde hektisch versucht, das Klingbeil-Konzept die Lampenproduktion betreffend, nachzubessern (z. B. sollte Hägele Phoenix mithereinholen). Letzteres konnte wohl nichts werden wegen Osram. (s. Kasten Berliner Zeitung)

Auf der Sitzung des THA-Verwaltungsrates am 13. 9. schließlich wurde aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit der Rückzug der Klingbeilgruppe bekanntgegeben. Die Berliner Zeitung titelte am 16. 9. einen Bericht über die Betriebsversammlung des BGL auf dem Werkshof am 13. 9. mit: »Es lohnt sich zu kämpfen.«

Seitdem verhandelt der BR unabhängig und im Einklang mit der GL mit der mit Verkaufsverhandlungen beauftragten CSFB-Bank und mittlerweile 6 Interessenten. Die Entscheidung ist weiterhin in der Schwebe. Trotz Übersättigung des Marktes und natürlich durch Dumping-Preise, ermöglicht durch die von der THA getragenen Defizite, stieg das Auftragsvolumen, sodaß die ca. 1200 noch Beschäftigten Arbeit haben. Narva hat sich in mühseliger Kleinarbeit wieder ein Vertriebsnetz aufgebaut, zum Teil werden Läden direkt beliefert. Dazu trug auch die von der AL unterstützte Werbe- und Verkaufsaktion von BR und Beschäftigten in Berlin und Umland bei.

Gewerkschaft

Außer dem typischen papierernen Protest passierte auf Gewerkschaftsseite nichts. »Die IGM Berlin-Brandenburg hat die THA aufgefordert, alle Umstände des Narva-Verkaufs offenzulegen.« Was soll eine solche Forderung, wenn selbst

NARVA LEBT!



TUT UNS LEID, MR. PLETTNER.



* GmbH – ehemals VEB Berliner Glühlampenwerk
im Kombinat »Rosa Luxemburg« (Lux = Licht)

Der 2. Preis eines Wettbewerbs des Pankower Rudi-Rubbel-Gymnasiums: »Schüler werben für Ostprodukte« (Ralf Boyer, Klasse 12c). »Mr. Plettner« ist eine Anspielung auf die Gebrüder Plettner, die bis vor kurzem noch Geschäftsführer von Siemens und Osram waren.

die gewerkschaftlichen Verwaltungsratsmitglieder meinten, sie dürften Inhalte der Geheimverhandlungen nicht preisgeben, so z. B. Frau Engelen-Kefer in Vertretung von Hans Meier auf Anfrage der Henningsdorfer BR im Dezember 1991. Die Gewerkschaftsvertreter werden voll eingebunden, weil ihre Motive nicht viel andere sind als die der Treuhand selbst, nämlich die wirtschaftliche Kraft der westdeutschen Konzerne zu erhalten. Daher trägt auch die von der IGM geäußerte Kritik an dem Verkauf an die Klingbeil-Gruppe eher zur Vernebelung der Tatsachen bei: »Wie IGM Bezirksleiter Horst Wagner ... erklärte, sei die derzeitige Auftragslage bei Narva überraschend gut. Wieder einmal bestärke die Treuhand den Verdacht der Gewerkschaft, daß ihr die Verwertung von Immobilien wichtiger ist als der Erhalt und die Schaffung industrieller Arbeitsplätze... und es sei höchste Zeit, daß die Aufgabe der THA gesetzlich neu bestimmt wird.«

Die IGM und z. B. der Landesbezirksvorstand des Berliner DGB werden nicht müde, auf die institutionellen »Darmstädter« Vorschläge des IGM-Vorsitzenden Steinkühler hinzuweisen, als ob durch eine solche Veränderung das Konkurrenzverhalten der westdeutschen Konzerne und der Gewerkschaften in ihrem Gefolge ausgeschaltet werden könnten. Erstens ist es ein Ablenkungsmanöver, weil parlamentarische Mehrheiten überhaupt nicht abzusehen sind. Zum zweiten geht es ihnen darum, die Eigeninitiative von Belegschaften und die Solidarisierung hiermit zu verhindern.

Ganz verpönt war in der Berliner IGM-Zentrale die überbetriebliche Zusammenarbeit von Betriebsräten, die durch einen offenen Brief von Betriebsräten sichtbar gemacht wurde. Es hagelte Vorwürfe, warum man sich über die zentralen Gremien hinweggesetzt und sich erdreistet hätte, das IGM-Signet zu benutzen. Gleichzeitig ließ man überregionale BR-Treffen einschlafen oder erst gar nicht zustandekommen. Daß eine Kollegin, die am gemeinsamen offenen Brief beteiligt war, just in die Ortsverwaltung gewählt wurde, versuchte man mit allen möglichen Tricks zu behindern.

Deutlicher wurde die Ablehnung von gemeinsamer Gewehr, als eine Initiative von IG-Medien und HBV aus

dem Bezirk Berlin eine Betriebsräte-Vollversammlung aller THA-Betriebe organisieren wollte. Alle Versuche, die IGM mit dem Verweis auf die gemeinsame Betroffenheit im Falle Narva und Henningsdorf zur Beteiligung zu bewegen, wurden ignoriert. Die zunächst aufgeschlossen scheidende DGB-Landesesspitze zog sich zurück, als sie aufgefordert wurde, als Veranstalterin mitaufzutreten und alle anderen Industriegewerkschaften einzuladen – nicht ohne die Initiative mit »ihr haut ja ganz schön aufs Blech« zu diffamieren. Sie verwies auf eine von ihnen im nächsten Jahr geplante Diskussion über die Vorschläge der IGM zur Reform der THA.

Diese Haltung wurde von den betroffenen BR auf der Veranstaltung der IG-Medien und der HBV als Mechanismus durchschaut, sie und die Belegschaften aus der Diskussion herauszuhalten, und die Sache Abgeordneten und Vorständen zu überlassen. Es paßte voll in das Bild vom DGB, der herbe Kritik einstecken mußte. Mittlerweile besteht ein Beschluß der IG-Medien Berlin, gewerkschaftsöffentlich Rechenschaft von den gewerkschaftlichen Verwaltungsratsmitgliedern zu fordern.

Man sollte genau aufpassen, wie sich demnächst Gewerkschaftsvertreter zur Reise Möllemanns zusammen mit Siemens-Managern in die GUS-Staaten äußern. Woller die Siemens-Manager die russische Industrie nach eventueller Konkurrenz sondieren um zuzuschlagen? In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Osram zwar nicht bei Narva einsteigt, aber 51% bei TESLA (Lampenhersteller in der CSFR) erwerben will. Man hat ja in der CSFR und in Rußland keine Treuhand-Anstalt, die die Dreckarbeit für die Privatunternehmen erledigt.

Wo bleibt da die Forderung der ehemaligen DDR-Betriebe, ihnen die Produktion für den osteuropäischen Markt zu ermöglichen? 7.3.92 ■

Der 9. November 1991 in Halle und seine Hintergründe

Während in vielen Städten der alten und neuen Bundesländer mehr als hunderttausend Menschen den 9. November 1991 in Gedenken an die antisemitischen Progrome, der sogenannten »Reichskristallnacht«, zum Anlaß nahmen, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland zu protestieren, versammelten sich in Halle ca. 500 meist militante Neofaschisten, um den Fall der Mauer vor zwei Jahren zu »würdigen«.

Im Laufe des Tages kam es zu den bisher wohl schwersten Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten, der Polizei und den Neonazis in den neuen Bundesländern. Nach einer friedlichen Demonstration von ca. 7.500 Antifaschisten im politischen Spektrum vom linken Flügel der Bürgerbewegungen über die PDS bis zu autonomen Gruppen und der Neonazikundgebung auf dem halleschen Marktplatz kam es auf dem Weg zum Bahnhof zu Zusammenstößen meist auswärtiger Teilnehmer beider Veranstaltungen. Vier Schwerverletzte, Dutzende Leichtverletzte, 234 Festnahmen durch die Polizei und zahlreiche Zerstörungen im Bereich der Innenstadt bzw. des Bahnhofs waren die Folge.

Blickt man hinter die Darstellungen und Szenarios der bürgerlichen Medien, die weitgehend einheitlich den Tag als »Großkampftag rechter und linker Chaoten« darstellen wollten, und so die Stimmung in der Bevölkerung in erster Linie nicht etwa gegen die Unverfrorenheit der Neonazis richten wollten, sondern in allgemeiner demokratischer Verschwommenheit in den Aufruf »keine Gewalt« (Bild) gipfelte, muß man einige spezifische Hintergründe der

Auseinandersetzungen beleuchten. Woher kamen die jungen Neonazis in den neuen Bundesländern?

Die Herausbildung von Jugendgruppen, wie Punks und Skins, die sich insbesondere durch ihr äußeres Auftreten von der Mehrheit der Jugendlichen in der DDR absetzen wollten, begann in Halle Anfang der 80er Jahre. Die Ursachen waren oft weitgehendes Desinteresse an dem oft einförmigen FDJ-Leben, besonders in der Arbeiterjugend. Hier war der Organisationsgrad in der FDJ von 30 bis 70% wesentlich niedriger als in der Schuljugend bzw. bei den Studenten mit 95%. Insbesondere in den architektonisch meist tristen, weil zur Lösung des Wohnungsproblems im industriellen Ballungsgebiet Halle/Merseburg schnell errichteten Neubauvierteln, wie Halle-Neustadt (100.000 Einwohner auf 10 km²), oder Halle-Silberhöhe (45.000 Einwohner auf 2 km²), wurden Freizeitangebote für die Jugendlichen, wie Jugendklubs, Discotheken, Kinos, Sport- und Spielflächen nur unzureichend, und meist mehrere Jahre nach der Fertigstellung der Wohnhäuser errichtet. Die evangelische Kirche sprang geschickt in diese Lücke und bot insbesondere Jugendlichen, die ihren Protest durch Orientierung an westlichen Jugendgruppen zum Ausdruck brachten, Räumlichkeiten, um sie an sich zu binden.

So gruppierten sich um die Christusgemeinde im Halle-schen Osten, oder um Sankt Georgen im Arbeiterviertel Glaucha zunehmend Gruppen von Jugendlichen, die sich zunächst nur an kulturellen und musikalischen Strömungen orientierten, sich aber mit der Verschärfung der Krise in der DDR immer mehr politisierten. Suchten die Punks, analog ihren westlichen Vorbildern, ihren Weg in antihierarchischen Gruppenstrukturen, orientierten sich die Skins zunächst mehr unbewußt in Antipathie zu den Punks an faschistischen Hierarchien. Auch im Bereich der Fußballfanclubs kam es ab Mitte der 80er Jahre zunehmend zu faschistoiden Äußerungen und Tendenzen. So wurde es bei den Fans des Halleschen Fußballklubs üblich, auf dem Rückweg von Auswärtsspielen in der Bahnhofshalle die erste Strophe des Deutschlandliedes anzustimmen oder während der Spiele den Schiedsrichter oder die gegnerische Mannschaft mit Sprechchören, wie »Juden raus«, zu diskriminieren. Auch Hakenkreuzschmierereien wurden seit 1987 immer häufiger, wenngleich sie bei Entdeckung mit Blitzeinsätzen von Volkspolizei und Staatssicherheit beseitigt wurden und sich Riesenapparate mit den Ermittlungen der Täter beschäftigten.

Waren die Reaktionen des Staates, des SED- und FDJ-Apparates am Anfang noch auf ideologische Bekämpfung und Isolierung der Punk- bzw. Skinszene gerichtet, gab es ab ca. 1987 einige hilflose Versuche, die Gruppen zu kontrollieren und an die FDJ zu binden. Dazu dient auch die Tolerierung von Softpunkbands im Rundfunk und Fernsehen und die Öffnung von Jugendklubs. Da die Erscheinung nicht einzudämmen war, versuchte man die Gruppen auf ihrer kulturellen Orientierung zu halten und sie aus dem Dunstkreis der Kirchen zu lösen und zu entpolitisieren. Nach dem Zusammenbruch der DDR gab es bereits im Winter 1989/90 massive Einflußnahme neonazistischer Kräfte aus der BRD auf die Skinheadszene der DDR. So brachten Rep's und NPD Flugblätter und Schriften in die DDR und spannten diese Gruppen als Verteiler ein.

Versuche, sie in die Organisationen zu integrieren, schlugen jedoch zunächst fehl. Im Frühjahr 1990 kamen dann die offenen neofaschistischen Kreise um Kühnen und Co. und beackerten erfolgreicher das Feld, der sich nun in Folge der Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher nach dem Zusammenbruch der DDR sprunghaft erweiterten Gruppen. Ab Mitte 1990 kam es dann zu ersten Überfällen, von Neonazis, z.B. auf das hallesche »Reformhaus«, dem Sitz der Bürgerbewegungen sowie auf von auto-

nomen Punks besetzte Häuser, wie das autonome Antifacafe in der Reilstraße. Aus Verzweiflung über die Passivität der Polizei (so kam sie nach einem Überfall auf ein besetztes Haus in der Kellnerstraße erst nach einer Stunde, obwohl das Polizeipräsidium nur 100 Meter entfernt liegt) kam es zu Gegenaktionen militanter Autonome auf Treffpunkte der rechten Szene. Auf darauf zeitweilig ausgesprochene Lokalverbote für die Neonazis reagierten diese ebenfalls mit einer Hausbesetzung. So besetzten sie einen leerstehenden alten Bauernhof am Rande von Halle-Neustadt in der nunmehr schon bekannten und berüchtigten Kammstraße und bauten ihn festungsähnlich aus. Dort sammelt sich der harte Kern von ca. 50 halleschen Neonazis. Sie bildeten auch das organisatorische Zentrum für die Aktion am 9. November 1991. Sie fuhrten geschlossen in der S-Bahn in militärischer Ausstattung zum Treffpunkt der Rechten in der Nähe des Hauptbahnhofs und marschierten in 3er Reihen und im Gleichschritt zum Veranstaltungsort. Um sie herum gruppierten sich in der Stadt noch ca. 100-150 Sympathisanten. Die NPD, aber auch die rechtsextremistische Neugründung »Deutsche Liga für Volk und Heimat« ließen ihre demokratische Maske fallen und versuchten somit erneut das neonazistische Reservoir im Osten an sich zu binden und ihren Einfluß zu erhöhen.

Einer weiteren Betrachtung bedarf die Rolle des Staatsapparates. Zunächst verbot der Polizeipräsident von Halle die Neonaziveranstaltung. Dieses Verbot wurde jedoch vom Verwaltungsgericht in Magdeburg aufgehoben. Ein in den westlichen Bundesländern eingeübtes Theaterstück, nun auch im Osten erfolgreich erprobt? Weiterhin inszenierte man noch eine Hausdurchsuchung im besetzten Haus der Kellnerstraße – wegen angeblichen Rauschgiftverdachts und nutzte das gleichzeitig zur Erfassung aller Hausbewohner und öffentlichen Diskreditierung dort laufender alternativer Projekte. Insgesamt galt dieser Tag dem Sicherheitsapparat von Sachsen-Anhalt als Großmanövertag und Hamburg-Import Perschau konnte als zuständiger Innenminister diese Generalstabsübung seiner Behörde als gelungen betrachten. Nun gelte es, so Perschau, zügig einen verlässlichen Verfassungsschutz aufzubauen. Der neue Staats- und Sicherheitsapparat hat seine Notwendigkeit und Handlungsfähigkeit der Bevölkerung unter Beweis gestellt. Die Freiräume der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind auch in den neuen Bundesländern abgesteckt. Die Neonazis bilden dafür die notwendige Legitimation. 3.12.91 ■

Nachtrag:

Inzwischen ist es ruhig geworden in Halle. Nach einigen Überfallversuchen auf Jugendklubs scheint die Neonaziszene in Halle das Weite zu suchen. Bei einer Nacht- und Nebelaktion Mitte Januar fand die Polizei das von den Rechten besetzte Haus in der Kammstraße fast leer vor. Die Jungfaschisten haben sich, nach Informationen aus Antifa-Kreisen bzw. der Polizei, gespalten.

Der ideologische feste Kern um den Führer der Gruppe Hanke soll sich in die Alt-Bundesländer abgesetzt haben, während der Rest der Gruppe offensichtlich in das kriminelle Milieu abgeglitten ist und z.B. Jugendklubs oder Kneipen mit der Erpressung von Schutzgeldern unter Druck setzt. Dieser Teil ist nicht mehr bereit, sich in die Hierarchie der Neonaziszene einzuordnen.

Das Haus in der Kammstraße ist (nach einem Brandanschlag?) Ende Januar kaum noch nutzbar.

Die Gründe für den Rückzug der Neonazis bleiben im Moment noch offen. Sind sie der nach dem 9. November angewachsenen autonomen Antifaszene gewichen? Oder ist es nur ein taktischer Rückzug? Die Ruhe kann trügerisch sein. 28.1.1992 ■



Hörer wollen ihren Sender

Power from the East Side

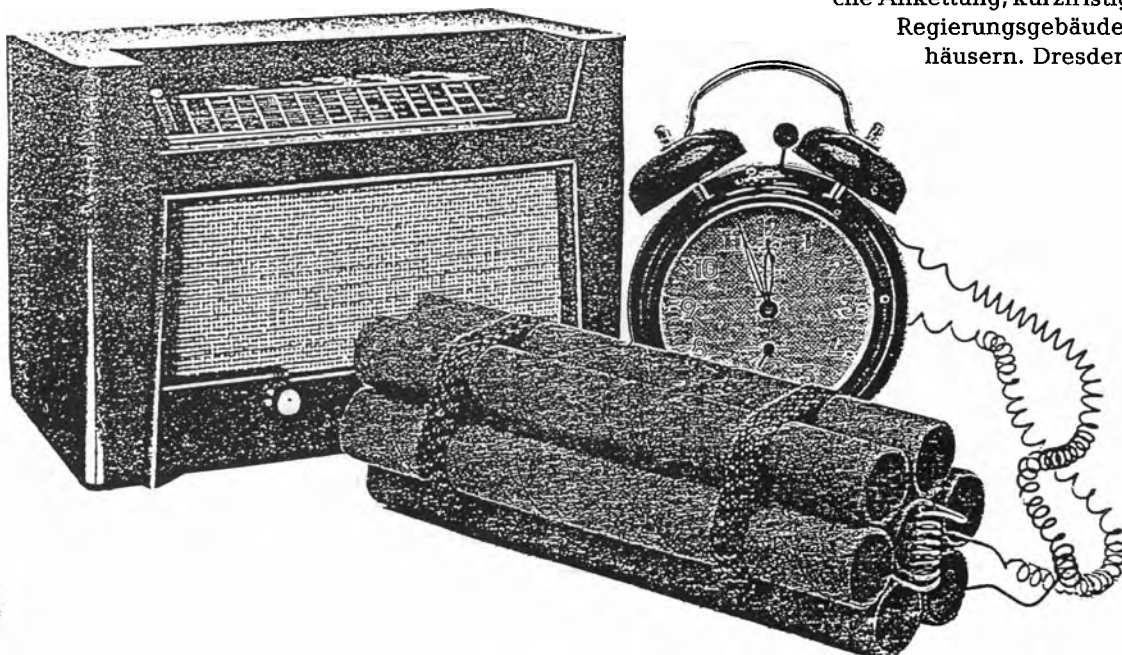
Das hat es, seit in diesem Lande Rundfunk gesendet und empfangen wird, noch nicht gegeben: Zigtausende Menschen wollen »ihren Sender« verteidigen, seit er durch Regierungspolitik stillgelegt werden soll. Überall dort, wo dieser Rundfunksender in den letzten fünf Jahren zu hören war, wuchsen die Sympathien für seine Mischung aus Jugendmusik, Sprechsendungen und Lokalinformationen. Es war noch eine andere Regierung, die diesen Sender installierte, 1964, anlässlich eines »Deutschland-Treffen der Jugend« in Berlin-Ost, der Hauptstadt der DDR. Daher sein Name, DT64. Er hatte einen prominenten Nestor unter den DDR-Intellektuellen, Prof. Gerhart Eisler, der sich für neue, jugendgemäße Formen von Rundfunkmachen einsetzte. Unter den gegebenen Verhältnissen war DT64 die Stimme der DDR-Jugend, eben so kritisch, wie es die allgemein herrschenden Verhältnisse zuließen. Seine Sendungen wurden ausgebaut, die Technik verbessert, er war immer weiter hörbar. 1987 wurden die bis dahin 11 Stunden tägliche Sendezeit auf 20 Stunden ausgedehnt.

In der Zeit der Okupation der DDR durch den Westen, ab 1989, traf die DT64-Redaktion ziemlich genau den Ton der Jugendlichen, die in dem Strudel der Kapitalisierung aller

Lebensbereiche der ehemaligen DDR mit ihrer Identität ins Schleudern gerieten. Und: dieser Sender war in der Lage, die kontroversen Standpunkte und Menschen im aktuellen Konflikt vor die Mikrofone zu holen. Gerade die Menschen, die über die Entwicklung nachdenken wollten, fanden in DT64 eine Stimme, fanden sich und ihre Gedanken wieder.

Das scherte die, die es sich nach 1990 in den Sesseln der Macht bequem machten, wenig: Rundfunk soll funktionieren, so, wie es die herrschende Politik braucht, und: mit Rundfunk soll Geld verdient werden, deshalb die weitgehende Privatisierung. Der Sender DT64 war für beides so ohne weiteres nicht zu funktionalisieren. Die ersten Frequenzen und Sendezeiten wurden ihm genommen, das Geld wurde gekürzt, ebenso die Planstellen.

Im Sommer '91 fingen einige Hörer an, öffentlich zu reagieren, DT64-Fanclubs bildeten sich, die Redakteure mußten immer häufiger erläutern, wie es um ihren Sender stand. In allen größeren Städten der ehemaligen DDR fanden sich Menschen, die das langsame Abwürgen von DT64 als einen Angriff auf ihre Lebenssituation begriffen und deshalb aktiv wurden: Protestbriefe an Regierungen und Rundfunkanstalten, mehr und mehr Unterschriften für den Erhalt von DT64 (zuletzt mehr als 200.000, auch von »Erwachsenen«), Hungerstreiks, Demonstrationen, öffentliche Anketzung, kurzfristige Besetzung von Regierungsgebäuden und Rundfunkhäusern. Dresden, Leipzig, Schwe-



»Für ein Land, in dem wir gebraucht werden.«

Aus einer Rede vor den Demonstranten, die sich am 18. 1. 92 vor dem NDR-Gebäude in Rostock versammelten:

»...Viele, denen durch den NDR eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch ins Haus flattern wird, hatten unangenehme Kontakte mit ihrer Polizei schon vor '89. In der vergangenen wie in der bestehenden Bonzokratie haben wir leider nicht so gute Erfahrungen gemacht, wie Sie, Herr Gomolka. Verraten Sie uns doch, wie man Karriere und Widerstand in so glücklicher Form verbindet. Ihre Entscheidungen werden den Politikfrust sicher nicht abbauen. Sie werden der Gewalt nicht Einhalt gebieten. Schon gar nicht wird aus Mecklenburg/Vorpommern ein blühender Garten Eden. Doch: Ihre Politik bewirkt die Verunsicherung der Menschen. Der Rückzug in die Nischengesellschaft hat begonnen, es setzt eine verständliche Radikalisierung ein. Es gibt aber immer noch Menschen, die mitgestalten wollen, Menschen, für die Politik transparent sein soll. Es ist nicht nur DT64 – es ist die Abschaltung des DFF, des RMV, es ist eine unmögliche Hochschulpolitik, es ist die Zerstörung von Sport- und Kulturstätten, es ist die Vernichtung tausender Arbeitsplätze und der gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Basis, eine vernichtende Wohnungs- und Sozialpolitik. Es ist nicht zuletzt der Ausverkauf des Landes an reiche Bürger und Firmen westlich der Elbe. Um dieses Land aufzubauen, sind Sie, Herr Gomolka, auf die Bürger, auf die Jugend angewiesen. Dazu brauchen wir Identität, irgendetwas, das uns in diesem Land gehört, von uns selbst gemacht ist. Kein NDR-Journalismus, der irgendwo im fernen Hamburg seinen staatstreuen vauseilenden Gehorsam über den Äther schiebt, keine Polizei, die sich im Einsatz gegen das Volk üben soll, keinen Ministerpräsidenten der zum Statthalter Bonns wird.

Wir möchten nicht in einem Haus wohnen, das einem Hamburger Hausbesitzer gehört, einen Arbeitsplatz haben, mit dem mich ein Münchener Arbeitgeber beschenkt, in einem Laden einkaufen, der einer Kölner Ladenkette gehört – und meine Wahlstimme einem dicken Bonner Politiker geben und dann noch NDR oder einen anderen westlichen Dieldudeldei-Kanal hören müssen...

Gegen ein Land, in dem sich die Bonzen wieder breit machen. Für ein Land, in dem wir gebraucht werden.»

Redebeitrag auf der Demonstration am 1. Februar in Rostock.:

»Das Jugendalternativzentrum 'JAZ' grüßt die Anhänger von DT 64! Die Parlamentarier haben uns unsere Stimme genommen. In selbtherrlicher Weise wird Mecklenburg/Vorpommern in eine Monarchie verwandelt. Mit Gesetzen wird

dem Volk der Maulkorb angelegt. Es ist wahrscheinlich nur noch eine Frage der Zeit, bis Gomolka zum Herzog gekrönt wird.

In Schwerin will man uns nicht hören. ... Wenn man ein Faß bis zum Rand mit Sprengstoff füllt, braucht man sich nicht zu wundern, wenn es beim ersten Funken explodiert. 44% der Menschen sind in unserem Land ohne echte Arbeit. Statt die Betriebe zu sanieren, folgt einer Entlassungswelle die nächste. Statt die Menschen an ihrem Eigentum zu beteiligen, verramscht man die Betriebe. Statt den Menschen Freiräume zu eröffnen, führt man die Urform des Manchesterkapitalismus ein. Wir haben nur eine gebeugte Masse zu sein, die ihre Schnauze zu halten, als willenloser Sklave zu schufte hat.

Oder seht Euch die Kultur in Rostock an. Das Schüler-Freizeitzentrum wird auf die ABM-Abschlußliste gesetzt. Das 'MAU' (Jugendlokal, d.Red.) soll aus verantwortungslosem Privatinteresse zum Jahresende geschlossen werden. Wo spielen dann die Bands, die wir im Jugendradio nicht mehr hören? Das Jugendalternativzentrum soll durch eine breite Straße plattgewalzt werden. Also kein Ort mehr für die Alternativen, für Behinderte. Kein Ort mehr, an dem Toleranz gegenüber Andersdenkenden geübt wird. Man will uns auf die Straße setzen.

Der Terror der Regierenden erzeugt Wut. Medien werden gleichgeschaltet. Nicht die Regierung und ihre Büttel, sondern wir werden zu Radikalen abgestempelt. Wer in diesem Land ein Sprachrohr haben will, braucht Geld. Wer Geld hat, hat Macht, auch die Macht, uns zu diffamieren oder totzuschweigen. Die Großen ziehen sich hinter selbstgemachten Gesetzen zurück. Recht kann auch Unrecht sein. Unrecht zerstört Demokratie. Gegen die Feinde der Demokratie haben wir das Recht auf Widerstand. Gomolkas Verfassungsschutz und Polizei bewachen und bespitzeln uns. Fotoapparate und Videocameras führen uns dem Orwellschen '1984' näher. Das 'Ministerium der Liebe' (gemeint ist der Verfassungsschutz, d.Red.) setzt uns Repressalien aus, sorgt dafür, daß wir keinen Job kriegen, isoliert uns.

Die Schweriner Landesregierung hat keine Augen und keine Ohren für die Belange des Volkes. Sie zerteilen in Oben und Unten. Einer verkauften Revolution folgt eine gekaufte Regierung. Ihr höchster Anspruch: Nichts darf sich ändern.

Die 'Farm der Tiere' hat Revolution gemacht. Die schwarzen Schweine sind an der Macht. Am 29. Februar in Schwerin werden wir euren Thron ansägen. Mit der Säge in der Hand fordern wir: DT 64 sofort und überall! Erhalt der Kulturstätten für die Jugend! Hört auf, das Land zu verramschen! Organisiert den Widerstand. Schlagt Krach auf der Straße. Verweigert Euch dem System, das sich Euch verweigert.» ■

rin, Rostock und andere Städte erlebten die verschiedensten Protestaktionen und Solidaritätskonzerte, die lokalen Zeitungen, wenn auch durchgehend von Westkonzernen gesteuert, berichteten neutral bis positiv. Offenbar geht vielen Redakteuren der herrschaftliche Umgang mit diesem Sender auch an die Nieren.

Daß ein Rundfunksender der Anlaß für dieses Engagement ist, hat zwar auch mit seiner Qualität – im Unterschied zu den anderen – zu tun, wesentlich aber sind die aktuellen sozialen und politischen Umstände, unter denen er als eine von vielen Einrichtungen liquidiert werden soll (siehe auch die Redebeiträge im Kasten).

Ist es erstaunlich, daß Westpresse, Funk und Fernsehen, die doch so aufmerksam jedes unruhige Zucken in der ehemaligen DDR registrierten und als Nachrichten verbreite-

ten, von den jetzigen Massenprotesten so gut wie nichts mitzuteilen wissen? Nein – es paßt ins Bild der Überheblichkeit und Ignoranz des allgemeinen Wessi-Auftritts in den fünf neuen Bundesländern, wenn im NDR und im »Spiegel« herablassend über diesen resonanzreichen Sender berichtet wird.

Da gegenzuhalten, den aktiven Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern zu zeigen, daß es im Westen auch noch Menschen gibt, die anders denken, machten sich Ende Januar eine Handvoll Kolleginnen und Kollegen, vor allem aus der IG Medien Hamburg, auf den Weg nach Rostock, um dort an einer der fast schon regelmäßigen Sonntags-Demos (ca. 3500 Menschen) teilzunehmen. In einem kurzen Redebeitrag erklären sie sich solidarisch mit den Forderungen der Jugendlichen und verlangten, daß der



IG Medien, Bezirk Rostock, Warnow Allee 23, 2500 Rostock 1

IG MEDIEN · Oddernkamp 9 · 2000 Hamburg 54

Telefon: 040/58 73 15 und 58 39 36
4. Februar 1992

Offener Brief an den NDR-Intendanten

Keine Kriminalisierung der DT 64-Anhänger

Sehr geehrter Herr Plog,

auch an diesem Sonnabend demonstrieren wieder mehr als tausend Jugendliche in Rostock für den Erhalt von DT 64 - phantastisch - gewaltlos - im Karnevalszug.

Es ist eine Demonstration, die das Bedürfnis nach eigener Identität zum Ausdruck bringt, die sich dagegen wehrt, daß das beliebte Jugendprogramm einfach per Verwaltungsakt "weggefetzt" wird.

Sie, Herr Plog, haben das Argument der 'norddeutschen Identität' immer angeführt, als Sie um den Beitritt Mecklenburg-Vorpommern zum NDR geworben haben. Jetzt, da es um die inhaltliche Programmgestaltung geht, begründen Sie das 'Aus' für DT 64 mit angeblich mangelndem gesetzlichen Entscheidungsspielraum.

Der Staatsvertrag und das Landesrundfunkgesetz bilden den gesetzlichen Rahmen für die Rundfunklandschaft. Die konkrete Ausgestaltung ist eine politische Entscheidung.

Würden Sie ernsthaft am DT 64 interessiert sein, wäre dies entweder auf einer der 5 NDR-Frequenzen möglich oder in einer Übergangsform, die mit der Landesrundfunkzentrale gefunden werden müßte.

Eine politische Entscheidung ist es auch ganz eindeutig, die Anhänger von DT 64 nach deren friedlicher Protestaktion im Funkhaus durch Strafanzeigen zu kriminalisieren. Die Mitglieder des Ortsvereins der IG Medien fordern Sie deshalb auf, die Strafanzeigen zurückzunehmen.

Ziehen Sie sich nicht in Ihren Hamburger Elfenbeinturm zurück - die frische Brise auf Rostocks Straßen ist bekannt dafür, daß sie den Kopf für neue Ideen freipustet.

Rostock, den 25.1.1992

Mitgliederversammlung
des Ortsvereins Rostock
der IG Medien

vom DGB in den Rundfunkrat des NDR geschickte Vertreter, ein Kollege Gerecke, sich schleunigst und in aller Deutlichkeit dafür einsetzt, daß der NDR die bis dahin mehr als 90 Strafanzeigen wegen »Hausfriedensbruch« zurückzieht.

Eine Woche später hatten vier jugendliche Initiatoren aus Rostock Gelegenheit, auf einer Mitgliederversammlung der IG Medien Fachgruppe im NDR in Hamburg zu sprechen. »Es gab bestimmt eine Menge Scheiß im Osten, aber jetzt fangen sie an, uns Dinge wegzunehmen, die gut waren, wie dieser Sender.« Die anwesenden Mitglieder unterstützten einstimmig eine Erklärung an die Leitung des NDR, nun endlich dem Sender DT64 auf einer UKW-Frequenz Platz zu schaffen, sowie die Strafanzeigen gegen die Hörerinnen und Hörer von DT64 zurückzunehmen.

Auf der für Mecklenburg-Vorpommern zentralen Demo in Schwerin am 29.2., zu der zwei Sonderzüge DT64-Fans aus ganz Nordostdeutschland fuhren, sprach auch ein Vertreter der GEW. Abends gab es ein großes, selbstorganisiertes Rock-Konzert mit verschiedenen, DDR-weit be-

Die Mitgliederversammlung der IG Medien im NDR fordert die Ausstrahlung des Jugendradios DT 64 auch innerhalb des Sendegebietes des NDR. (Was in Sachsen und Thüringen möglich ist, sollte in Mecklenburg-Vorpommern nicht undurchführbar sein.) Der ohnehin schwierige Prozess der Vereinigung Deutschlands verlangt ein Miteinander anstelle einer einseitigen Übernahme durch westliche Medien. Dazu gehört auch, wo immer es möglich ist, eine eigene Identität mit einem eigenen Programm zu bewahren. Nur ein solches Verfahren könnte auch dazu führen, die Anbindung gerade unserer Hörer an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzubauen oder zu bewahren. DT 64 hat bewiesen, daß es dazu in der Lage ist.

Die Leitung des NDR wird aufgefordert,

1. Sendeplatz für DT 64 auf einer UKW-Frequenz zu schaffen,
2. ist das aus rechtlichen Gründen nicht möglich, sich nachdrücklich bei der Landesmedienanstalt dafür einzusetzen, daß DT 64 namentlich auf einer UKW-Frequenz innerhalb des Sendegebietes des NDR ausgestrahlt werden kann,
3. die Strafanzeige gegen die Hörerinnen und Hörer von DT 64 zurückzunehmen, die in friedfertiger Form im Studio Rostock für ihre Interessen demonstriert haben.

kannten Bands in der größten Halle Schwerins. Der Pächter der Gastronomie dieser Riesenhalle nutzte die Gunst der freien Marktwirtschaft, machte mit dem Getränkeverkauf einen Profit von über 30.000 DM, von denen er den jugendlichen ein Almosen von 4500 DM überließ. Inzwischen hat es eine Verabredung zwischen den Aktivisten der Demonstrationen und der Landesregierung gegeben, zu einem »Runden Tisch« zusammenzukommen, von dem aber niemand sich viel erhofft.

50 km weiter hielten die Arbeiter der Wismarer Schiffbaubetriebe die Werft besetzt, Arbeiter in Rostock schlossen sich dem an. Dies vor allem brachte die Gomolka-Landesregierung ins Rutschen, weniger die Forderung der jugendlichen nach Wiedereinschaltung und Erhalt »ihrer Stimme«, DT64. Aber beide Bewegungen haben, auch wenn sie noch so unterschiedlich auftreten, dasselbe Motiv: Abwehr der Gewalttätigkeiten des westdeutschen Kapitals - deshalb sollte es künftig besser gemeinsam heißen: Power from the East!
14.3.92 ■

